

■ Deutsche Postbank AG, Bonn
Jahresabschluss (HGB)
zum 31. Dezember 2007

Deutsche Postbank AG, Bonn
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007
und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007

Lagebericht

Jahresbilanz
zum 31. Dezember 2007

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar 2007
bis 31. Dezember 2007

Anhang

Bestätigungsvermerk

Lagebericht der Deutschen Postbank AG

I Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

- I Am 1. Januar 2007 haben wir die Zahlungsverkehrseinheit der HypoVereinsbank (HVB) übernommen.
- I Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG fand am 10. Mai 2007 in Köln statt. Die Aktionäre stimmten allen Tagesordnungspunkten mit einer Mehrheit von jeweils über 97 % zu. Am Folgetag wurde die Dividende für das Geschäftsjahr 2006 in Höhe von 1,25 € pro Aktie ausgeschüttet.
- I Professor Dr. Wulf von Schimmelmann schied zum 30. Juni 2007 nach über acht Jahren erfolgreicher Arbeit an der Spitze der Deutschen Postbank AG auf eigenen Wunsch als Vorstandsvorsitzender aus. Sein Nachfolger in diesem Amt seit dem 1. Juli 2007 ist Dr. Wolfgang Klein.
- I Ebenfalls zum 1. Juli 2007 wurden vom Aufsichtsrat zwei neue Vorstandsmitglieder bestellt: Dr. Michael Meyer leitet das Produktmarketing und Guido Lohmann verantwortet den mobilen Vertrieb der Bank. Diese beiden Einheiten wurden bisher von Dr. Wolfgang Klein in Personalunion geführt.
- I Im Versicherungsgeschäft hat sich die Postbank neu aufgestellt. In einem ersten Schritt wurde am 18. Juli ein Vertrag zum Verkauf der BHW Lebensversicherung AG sowie der PB Versicherung AG und der PB Lebensversicherung AG an die Talanx Gruppe unterzeichnet. Das Closing dieser Transaktion fand zum 30. September statt. Gleichzeitig schlossen wir mit der Talanx einen langfristigen Kooperationsvertrag zum Vertrieb von Lebens- und Unfallversicherungen an die Kunden der Postbank.
- I Um die Reichweite der Postbank Produkte noch weiter zu erhöhen, gründeten wir am 27. August eine Partnerschaft zum Vertrieb von Finanzdienstleistungen mit Tchibo, einem der größten deutschen, international tätigen Konsumgüter- und Einzelhandelsunternehmen.
- I Im Zuge der strategischen Neuordnung des Versicherungsgeschäfts ging die Postbank am 21. September eine Vertriebspartnerschaft mit der HUK-COBURG ein. Seit Oktober 2007 werden über die Vertriebskanäle der Postbank exklusiv Kfz-, Haftpflicht- und Sachversicherungen der HUK-COBURG vertrieben. Umgekehrt bietet die HUK-COBURG über ihre Distributionswege exklusiv Produkte der Postbank, wie z. B. das Postbank Girokonto, an.
- I Anlässlich des ersten Capital Markets Day der Postbank am 6. Dezember 2007 stellte der Vorstand das strategische Programm „Next Step“ vor. Dieses beinhaltet eine noch intensivere Fokussierung auf den Kunden und ein geschärftes Kompetenzprofil. Damit strebt die Postbank an, als „Nummer 1 für Liquiditäts- und Finanzmanagement“ in einem herausfordernden Marktumfeld auch weiterhin profitabel zu wachsen.
- I Am 19. Dezember wurde der Postbank von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Pfandbrieflizenz erteilt. Diese erlaubt ihr, im Rahmen des neu aufgelegten „Debt Issuance Programme“ Pfandbriefe zu emittieren. Mit der Ausgabe von

Pfandbriefen stellen wir unsere Refinanzierungsstruktur, die bisher vor allem auf unserer starken Basis an Kundeneinlagen beruht, auf eine noch breitere Grundlage. Unserem Deckungsstock für die Emission von Hypothekendarlehen wurde von den Ratingagenturen Fitch Ratings, Moody's und Standard & Poor's indikativ die Bestnote „AAA“ erteilt. Anfang Januar 2008 folgte dann bereits unsere erste, sehr erfolgreiche Pfandbriefemission im Volumen von 1,5 Mrd. €.

Weltwirtschaft im Aufschwung trotz erster Belastungen aus der Finanzmarktkrise

Die Weltwirtschaft blieb auch 2007 stabil auf Wachstumskurs. Zwar nahmen aufgrund der Finanzmarktkrise in den USA und des massiv gestiegenen Ölpreises die globalen Konjunkturrisiken in der zweiten Jahreshälfte zu. Die Wachstumsdynamik wurde dadurch jedoch nicht spürbar gedämpft. Die globale Wirtschaftsleistung im Berichtsjahr konnte mit einem Plus von knapp 5 % beinahe das Niveau des Vorjahres erreichen.

Die Konjunktur in den Vereinigten Staaten litt im gesamten Jahr 2007 unter einem starken Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen. Die ausgeprägte Schwäche des Marktes für Wohnimmobilien wirkte sich zunächst aber nur in begrenztem Maß auf andere Wirtschaftssektoren aus. Der private Verbrauch wuchs weiterhin solide. Die Unternehmen weiteten ihre Investitionen aus, wobei insbesondere der Wirtschaftsbau deutlich zulegen konnte. Zudem profitierten die US-Exporte von der robusten Weltkonjunktur und dem schwachen US-Dollar. So lieferte der Außenhandel 2007 einen markanten Beitrag zum Wirtschaftswachstum, nachdem er dieses in den Vorjahren jeweils belastet hatte. Als Folge des kraftlosen Wohnungsbaus fiel der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) 2007 hingegen mit 2,2 % deutlich geringer aus als im Vorjahr und blieb damit auch knapp hinter unseren Erwartungen zurück.

In Asien setzte sich der wirtschaftliche Aufschwung nahezu ungebrems fort. Erneut verzeichneten die asiatischen Schwellenländer mit einem Zuwachs von fast 10 % das höchste Wirtschaftswachstum weltweit. Dagegen ließ die konjunkturelle Dynamik in Japan nach. Hier wuchs das BIP mit 1,9 % schwächer als im Vorjahr. Während vom Außenhandel weiterhin kräftige Wachstumsimpulse ausgingen, expandierte – vor allem als Resultat leicht rückläufiger Bruttoanlageinvestitionen – die Binnennachfrage verhaltener.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Euroraums war 2007 günstiger, als wir zu Jahresbeginn erwartet hatten. Auch wenn die konjunkturelle Dynamik im Jahresverlauf etwas nachließ, blieb das BIP-Wachstum mit 2,7 % nur geringfügig hinter dem des Vorjahres zurück. Dabei profitierte die Wirtschaft des Euroraums erneut von einem steigenden Außenbeitrag, trotz der starken Entwicklung des Euro. Getragen wurde das Wachstum jedoch vor allem von der Binnennachfrage. Besonders positiv entwickelten sich weiterhin die Bruttoanlageinvestitionen, während das Wachstum des privaten Verbrauchs nicht an den Wert des Vorjahres heranreichte.

Kräftiges Wachstum in Deutschland

Wenngleich auch in Deutschland das Tempo des wirtschaftlichen Aufschwungs im Verlauf des Jahres 2007 nachließ, übertraf das BIP-Wachstum hier mit 2,5 % zum wiederholten Mal die Erwartungen. Massive Impulse gingen im Berichtsjahr vom Außenhandel aus.

Die Exporte legten mit einer Steigerung von gut 8 % deutlich stärker zu als die Importe, mit der Folge, dass der Außenhandel für rund die Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Wachstums verantwortlich zeichnete. Auf der binnenwirtschaftlichen Seite erwiesen sich die Bruttoanlageinvestitionen mit einem Plus von etwa 5 % auch im Berichtsjahr als wichtigster Wachstumsträger. Dabei stiegen speziell die Ausüstungsinvestitionen mit einem Zuwachs von 8,4 % weiterhin sehr dynamisch. Die Bauinvestitionen wuchsen dagegen mit 2 % spürbar verhaltener als im Vorjahr. Allerdings entwickelten sich die verschiedenen Bausparten sehr unterschiedlich: Während der Wirtschaftsbau im Zuge der insgesamt regen Investitionstätigkeit der Unternehmen einen Zuwachs von rund 3 % erreichte, nahmen die Wohnungsbauinvestitionen lediglich um 0,3 % zu, und selbst dieses bescheidene Plus war lediglich einem starken ersten Quartal zu verdanken. Im weiteren Jahresverlauf fielen die Wohnungsbauinvestitionen hinter die Vorjahresentwicklung zurück. Negativ bemerkbar machten sich in dieser Phase die Vorzieheffekte des Jahres 2006, als der Wohnungsbau vorübergehend von dem Wegfall der Eigenheimzulage und der Anhebung der Mehrwertsteuer profitiert hatte.

Der kräftige Anstieg der Unternehmensinvestitionen wirkte sich auch 2007 positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Bis Jahresende sank die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt auf 3,51 Millionen. Dies entspricht einem Rückgang um rund 590.000 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert. Im gleichen Zeitraum ging die Arbeitslosenquote von 9,8 % auf 8,4 % zurück. Dennoch erwies sich der private Verbrauch im Berichtsjahr als Schwachpunkt der deutschen Wirtschaft. Verantwortlich hierfür war vor allem die kräftige Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 16 % auf 19 % zu Jahresbeginn, die zu einer spürbaren Dämpfung der Konsumneigung führte. Obwohl sich der private Verbrauch im Jahresverlauf wieder erholte, konnte er insgesamt den Wert des Vorjahrs nicht erreichen. Unsere Erwartung eines moderaten Wachstums beim Konsum wurde damit enttäuscht. Gleichwohl fiel das BIP-Wachstum in Deutschland im Berichtsjahr deutlich stärker aus, als von uns erwartet.

Entwicklung an den Märkten

Das Geschehen an den Finanzmärkten 2007 lässt sich in zwei Phasen gliedern. In der ersten Jahreshälfte dominierte der Einfluss der positiven globalen Wirtschaftsentwicklung. Aktienkurse und Zinssätze kletterten auf den höchsten Stand seit mehreren Jahren. Ab der zweiten Juli-Hälfte breitete sich an den Märkten dann eine tiefe Verunsicherung aus. Auslöser war die Krise des US-Hypothekenmarktes (Subprime-Krise), die zu Misstrauen der Finanzmarktteilnehmer untereinander und letztlich zu massiven Verwerfungen in vielen Marktsegmenten führte.

Die Notierungen an den Aktienmärkten stiegen bis in die zweite Jahreshälfte hinein kräftig an. Der dämpfende Einfluss steigender Kapitalmarktzinsen wurde in dieser Phase überkompensiert durch die gute Konjunktur und anhaltende Gewinnsteigerungen der Unternehmen. Ab dem Sommer gerieten die Aktienmärkte dann unter Druck und mussten nach teilweise sehr heftigen Schwankungen per saldo einen Teil der zuvor erzielten Kurssteigerungen wieder abgeben. Besonders stark betroffen waren Finanzwerte. Nachdem im Zuge der US-Subprime-Krise viele Banken massive Abschreibungen auf Vermögenswerte vornehmen mussten und es sogar zu einigen Schieflagen gekommen war, gaben die Kurse von Finanzwerten auf breiter Front nach. Dies zog die meisten der führenden Aktienindizes

der Industriestaaten nach unten, auch wenn die Kursentwicklung jenseits der Finanzwerte aufgrund anhaltender Gewinnsteigerungen der Unternehmen weiterhin positiv war. Trotz der Turbulenzen beendeten wichtige Aktienindizes das Berichtsjahr mit einem Plus. Insbesondere der DAX 30 entwickelte sich wegen seines hohen Anteils an zyklischen Werten und der guten konjunkturellen Entwicklung in Deutschland erneut sehr positiv. Mit einem Anstieg von gut 22 % im Jahresverlauf überflügelte er sehr deutlich den EURO STOXX 50, der lediglich um knapp 7 % zulegte. Der S&P 500 stieg um knapp 5 %. Die Postbank Aktie behauptete sich in der ersten Jahreshälfte per saldo auf dem Ende 2006 erreichten Niveau. Ab dem Sommer geriet sie dann in den allgemeinen Abwärtssog der Bankwerte, konnte die zwischenzeitlichen Kursverluste aber bis zum Jahresende wieder weitgehend ausgleichen.

Im Verlauf des Jahres 2007 wurde der Euro an den Devisenmärkten entgegen unseren Erwartungen erneut stark aufgewertet. Nach einem verhaltenen Anstieg in der ersten Jahreshälfte, legte er im zweiten Halbjahr massiv zu und wurde zum Jahresende bei 1,46 US-Dollar gehandelt. Dies entspricht einer Aufwertung um 10,6 % im Vorjahresvergleich. Treibende Kräfte der Dollar-Abwertung waren die Subprime-Krise und die daraus resultierenden Finanzmarkturbulenzen. Diese schürten die Furcht vor einer Rezession in den USA und veranlassten die US-Notenbank, beginnend im September den Leitzins von zuvor konstant 5,25 % bis Ende 2007 auf 4,25 % zu senken. Wir hatten hingegen für 2007 mit einem weitgehend unveränderten Leitzins in den USA gerechnet. Im Januar 2008 reduzierte die US-Notenbank den Leitzins nochmals massiv bis auf ein Niveau von 3 %.

Aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung und zunehmender Inflationsrisiken im Euroraum erhöhte die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Leitzins in der ersten Jahreshälfte zwei Mal um insgesamt 0,5 Prozentpunkte auf die in unserem letztjährigen Geschäftsbericht prognostizierte Zielgröße von 4 %. Vor dem Hintergrund der Finanzmarkturbulenzen, der zunehmenden Konjunkturrisiken und des steigenden Euro-Außenwertes verzichtete sie dann aber im weiteren Jahresverlauf auf eine zusätzliche Straffung der Geldpolitik. Dennoch stiegen die Geldmarktsätze in der zweiten Jahreshälfte massiv an. Das gegenseitige Misstrauen der Finanzinstitute erfasste auch den Geldmarkt, sodass kräftige Renditeaufschläge für Ausleihungen der Banken untereinander verlangt wurden. Der 3-Monats-Euribor kletterte in der Spitze bis auf 4,95 % und lag auch zum Jahresresultimo mit fast 4,7 % noch ungewöhnlich weit über dem EZB-Leitzins.

Der anhaltende Wirtschaftsaufschwung und die EZB-Leitzinserhöhungen ließen die Kapitalmarktrenditen in der ersten Jahreshälfte 2007 kräftig steigen. Sowohl die Rendite 10-jähriger US-Staatsanleihen als auch die Rendite 10-jähriger deutscher Bundesanleihen erreichten um die Jahresmitte Mehrjahres-Höchststände. Die US-Leitzinssenkungen und der Verzicht der EZB auf weitere Leitzinsanhebungen sorgten jedoch für Entlastung. Zudem profitierten Staatsanleihen vor dem Hintergrund der Finanzmarkturbulenzen von ihrer Funktion als „sicherer Hafen“. Zum Jahresresultimo lag die Rendite 10-jähriger US-Treasuries um rund 0,6 Prozentpunkte niedriger als Ende 2006. Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen stieg dagegen im gleichen Zeitraum um gut 0,3 Prozentpunkte auf 4,3 %. Die Zinsstrukturkurve blieb damit relativ flach.

Wie für alle Banken schränkt die flache Zinsstrukturkurve auch für die Postbank die Möglichkeiten ein, durch die Refinanzierung von in einem normalen Zinsumfeld relativ höher verzinslichen langfristigen Krediten durch niedriger verzinsten kurzfristigeren Einlagen die Erträge zu steigern. Aufgrund des starken Kundengeschäfts ist die Postbank bei der Refinanzierung weniger stark vom Kapitalmarkt abhängig. Da die Einlagen im Allgemeinen eine geringere Zinselastizität aufweisen, hat sich die Verflachung der Zinskurve nicht unmittelbar und nicht in vollem Umfang auf die Refinanzierungskosten ausgewirkt.

Branchensituation

Die deutschen Banken konnten 2007 mehrheitlich eine erfreuliche Entwicklung ihrer operativen Ergebnisse vorweisen. Die Marktverwerfungen infolge der US-Hypothekenkrise haben die Erträge in der zweiten Jahreshälfte aber teilweise spürbar belastet. Einzelne Finanzinstitute, die am Markt für strukturierte Produkte sehr aktiv waren, gerieten in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten. Verglichen mit vielen internationalen Finanzinstituten hielten sich bislang die Belastungen aus der US-Subprime-Krise bei den deutschen Kreditinstituten insgesamt aber in Grenzen.

Im Prime Standard der Deutschen Börse sind sieben Banken gelistet, von denen wir bei der folgenden Auswertung die IKB u. a. aufgrund der nur bis zum 30. Juni 2007 vorliegenden Geschäftszahlen nicht berücksichtigt haben. Die übrigen sechs Banken erreichten in den ersten neun Monaten des Berichtsjahrs eine durchschnittliche Eigenkapitalrendite nach Steuern von 19,5 %, dies entspricht einem Zuwachs von 5,8 Prozentpunkten im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreswert. Im gleichen Zeitraum reduzierten sie ihre Aufwand-Ertrags-Relation von durchschnittlich 57,2 % auf 53,3 %. Erzielt wurde die Verbesserung der Rentabilitätskennziffern durch einen höheren Zinsüberschuss bei einer geringeren Risikovorsorge sowie durch eine Steigerung des Provisionsergebnisses bei überwiegend nur leicht höheren Verwaltungsaufwendungen. Das Eigenhandelsergebnis entwickelte sich dagegen mehrheitlich rückläufig. Für das vierte Quartal ist bei den deutschen Banken von einem anhaltend positiven operativen Trend auszugehen, wobei mit weiteren finanziellen Belastungen durch die Marktverwerfungen gerechnet werden muss.

Bei der Kreditvergabe war in Deutschland im Berichtsjahr eine insgesamt verhaltene Zunahme zu beobachten. Die einzelnen Marktsegmente entwickelten sich allerdings sehr unterschiedlich. Infolge der erneut kräftig steigenden Investitionen belebte sich die Kreditnachfrage seitens der Unternehmen, wie von uns erwartet, spürbar. Hier stieg das Kreditvolumen bis zum Ende des dritten Quartals um 6,3 % oder 50,8 Mrd € auf 858,4 Mrd €. Bei den privaten Wohnungsbaukrediten, bei denen wir mit einem verhaltenen Zuwachs gerechnet hatten, gab das Marktvolumen im gleichen Zeitraum dagegen um 0,3 % oder 2,4 Mrd € auf 792,6 Mrd € nach. Hier wirkten sich die schwache Entwicklung der Wohnungsbauinvestitionen und hierunter insbesondere die geringen Neubauaktivitäten negativ aus, nachdem es im Vorjahr aufgrund des Wegfalls der Eigenheimzulage und der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung zu Vorzieheffekten gekommen war. Die konsumorientierten Kredite stagnierten erwartungsgemäß nahezu. Im Gesamtmarkt stieg das Volumen der Ratenkredite lediglich um 0,2 % oder 0,3 Mrd € auf 130,9 Mrd €.

Die Kreditportfolios deutscher Banken wiesen auch 2007 eine vergleichsweise hohe Qualität auf. Nach Angaben der Deutschen

Bundesbank ist nur mit einer moderaten Zunahme der Kredite mit Einzelwertberichtigungsbedarf zu rechnen, nachdem die Relation der Bestände an Not leidenden Krediten zum Bruttokundenkreditvolumen auf das niedrigste Niveau seit Ende der neunziger Jahre gesunken ist. Vor dem Hintergrund einer anhaltend positiven Konjunkturentwicklung befinden sich deutsche Unternehmen und Haushalte nach wie vor in einer soliden finanziellen Verfassung. Bei einer stabilen Ertragslage dürfte der Verschuldungsgrad deutscher Unternehmen 2007 außerhalb des Finanzsektors allenfalls leicht angestiegen sein. Die privaten Haushalte dürften ihre Verschuldung weiter zurückgeführt haben. Der Trend bei den Unternehmensinsolvenzen wies angesichts der guten Wirtschaftsentwicklung 2007 weiter nach unten. Der Rückgang verlangsamte sich jedoch erwartungsgemäß. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen verringerte sich um rund 4 % auf gut 29.000. Ein niedrigerer Stand war zuletzt im Jahr 2000 zu verzeichnen. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen erhöhte sich demgegenüber um ca. 16 % auf rund 107.000, womit sich das Tempo des Anstiegs im Vergleich zum Vorjahr etwa halbierte. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass die Möglichkeit der Privatinsolvenz erst seit 1999 besteht und deshalb immer noch bislang unbearbeitete Altfälle zu Buche schlagen.

Die deutsche Bankenlandschaft ist weiterhin durch die Drei-Säulen-Struktur aus privaten Banken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken sowie eine im europäischen Vergleich hohe Zahl an Kreditinstituten (30. September 2007: 2.022 Institute nach 2.048 Instituten Ende 2006) geprägt. Übernahmen bzw. Fusionen waren 2007 nur innerhalb der einzelnen Säulen zu beobachten. Nennenswert sind hierbei die Übernahmen der Depfa durch die Hypo Real Estate sowie die der Sachsen LB durch die Landesbank Baden-Württemberg.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2007

Im Jahr 2007 lag der Schwerpunkt der Investitionen der Postbank auf der Fortführung der operativen Integration der im Vorjahr getätigten Akquisition. So wurde hauptsächlich der Ausbau der beratungs- und verkaufsunterstützenden IT-Systeme unter Einbeziehung des CRM Systems (Customer Relationship Management) vorangetrieben, um somit die Realisierung von Synergien zu unterstützen. Parallel dazu wurde zur weiteren Stärkung des Vertriebs die moderne Multikanalarchitektur ausgebaut. Zusätzliche Investitionsaktivitäten sind auf die Fortführung der Umsetzung der regulatorischen Anforderungen aus „Basel II“ und auf den weiteren Aufbau der Kreditfabrik in der BHW Bausparkasse zurückzuführen. Die Weiterentwicklung der Postbank zur Kernbank für den Mittelstand wird durch den Ausbau einer Firmenkunden-Strategie im Bereich Kredit gefördert. Ziel des Themas „Filiale im Wandel“ war und ist die Steigerung der Attraktivität der Postbank Filialen, um mehr Neukunden zu gewinnen, die „Cross-Selling“ Quote bei Bestandskunden zu verbessern und die Abwanderung von Bestandskunden zu verhindern. Im Jahr 2007 wurden die Optimierungsmaßnahmen an acht Standorten pilotiert. Weitere wesentliche Investitionsausgaben standen im Zusammenhang mit der Fortführung der Umsetzung der mandantenfähigen Zahlungsverkehrs-Plattform „Payment Solution“ und der Abwicklung des gesamten inländischen Zahlungsverkehrs für die jeweiligen Mandanten.

Organisation und Steuerung

Angaben nach § 289 Abs. IV 4 HGB und erläuternder Bericht
Die Deutsche Postbank AG (Postbank) bietet Finanzdienstleistungen für Privat- und Firmenkunden schwerpunktmäßig in Deutschland an.

Grundkapital, Stimmrechte und Übertragung von Aktien

Das Grundkapital betrug am 31. Dezember 2007 410.000.000 € und ist in 164.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt. Jede Aktie vermittelt die gleichen gesetzlich vorgesehenen Rechte und Pflichten und gewährt in der Hauptversammlung je eine Stimme. Keinem Aktionär und keiner Aktionärsgruppe stehen Sonderrechte, insbesondere solche, die Kontrollbefugnisse verleihen, zu.

Die Ausübung der Stimmrechte und die Übertragung der Aktien richten sich nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und der Satzung der Gesellschaft, die beides nicht beschränkt. § 17 bestimmt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Aktionär an der Hauptversammlung teilzunehmen und sein Stimmrecht auszuüben. Gegenüber der Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. Dem Vorstand sind keine Vereinbarungen zwischen Aktionären bekannt, die das Stimmrecht oder die Aktienübertragung beschränken.

Kapitalbeteiligungen über 10 %

Der Bund ist zu 80% an der KfW Bankengruppe beteiligt, die wiederum rd. 30,5% an der Deutschen Post AG hält, welche mit 50% plus eine Aktie an der Postbank beteiligt ist.

Der Anteil des an den Börsen gehandelten Streubesitzes der Postbank beträgt somit 50% abzüglich einer Aktie. Es sind gemäß den uns vorliegenden Mitteilungen gem. § 21 Abs. 1a WpHG keine sonstigen Aktionäre bekannt, die direkt oder indirekt mehr als 10% des Grundkapitals halten.

Befugnisse des Vorstands zur Möglichkeit der Ausgabe oder des Rückkaufs von Aktien

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital bis zum 24. März 2009 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer stimmrechtloser, auf den Namen lautender Stückaktien (Vorzugsaktien) gegen Sacheinlagen, um bis zu 41.000.000 € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital). Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Ein Genehmigtes Kapital als Akquisitionswährung ist in der deutschen Unternehmenspraxis verbreitet. Unter Inanspruchnahme des Genehmigten Kapitals kann die Gesellschaft Unternehmenserwerbe flexibel und ohne Inanspruchnahme des Kapitalmarktes tätigen. Das Genehmigte Kapital entspricht einem Anteil von 10% des Grundkapitals.

Der Vorstand kann des Weiteren neue, auf den Namen lautende Stückaktien gegen Bareinlagen bis zum 10. Mai 2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrats aus dem Genehmigten Kapital II ausgeben, um dadurch das Grundkapital um bis zu insgesamt 137.000.000 € zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen.

Durch die Schaffung des Genehmigten Kapitals II soll die Gesellschaft in die Lage versetzt werden, schnell und flexibel neues Eigenkapital beschaffen zu können. Das Genehmigte Kapital II entspricht einem Anteil von weniger als 33,5% des Grundkapitals.

Die genauen Regelungen zu den Genehmigten Kapitalien sind unserer, auch im Internet einsehbaren, Satzung zu entnehmen.

Die Hauptversammlung der Postbank am 10. Mai 2007 hat die Vorratsbeschlüsse zum Erwerb eigener Aktien erneuert, die den Vorstand zum Erwerb eigener Aktien bis zu 10% des Grundkapitals ermächtigen.

Die Gesellschaft ist somit zum einen gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zum 9. November 2008 ermächtigt, zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf am Ende eines jeden Tages 5% des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Darüber hinaus dürfen auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10% des Grundkapitals entfallen.

Zum anderen ist die Gesellschaft gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zum 9. November 2008 ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10% des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Anzurechnen sind Aktien, die die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt. Auf Grundlage der Ermächtigung erworbene Aktien kann der Vorstand in anderer Weise als durch den Verkauf über die Börse oder Angebot an alle Aktionäre nur in den in der Ermächtigung vorgesehenen Fällen verwenden. Es bedarf dazu jeweils der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die Einzelheiten ergeben sich aus den von der Hauptversammlung beschlossenen Beschlussvorschlägen zu TOP 6 und 7 der ordentlichen Hauptversammlung vom 10. Mai 2007, die ebenfalls auf der Internetseite der Gesellschaft einsehbar ist.

Die jährlich wiederkehrende Erteilung der Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien durch die Hauptversammlung entspricht einer verbreiteten Praxis bei börsennotierten Aktiengesellschaften in Deutschland. Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung am 8. Mai 2008 vorschlagen, die Ermächtigung zu erneuern.

Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden gemäß §§ 84 AktG, 31 MitbestG vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen möglich. Nach § 5 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands und kann zudem einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Gemäß §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 33 Abs. 2 Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben.

Satzungsänderungen

Die Satzung der Postbank kann nach den Regelungen der §§ 119 Abs. 1 Nr. 5, 179 AktG geändert werden. Hiernach bedürfen Satzungsänderungen eines Beschlusses der Hauptversammlung. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat gem. § 19 Abs. 3 der Satzung zu Änderungen der Satzung ermächtigt, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß § 19 (2) der Satzung der Gesellschaft, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine

Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebotes stehen

Die Deutsche Postbank AG hat mit der Deutschen Post AG einen Kooperationsvertrag im Bereich Finanzdienstleistungen im Vertriebsnetz der Deutschen Post AG geschlossen. Dieser Vertrag kann von jeder Partei mit einer Frist von drei Jahren zum Jahresende, frühestens aber zum 31. Dezember 2012 gekündigt werden. Beabsichtigt die Deutsche Post AG, ihre Anteilsmehrheit an der Deutschen Postbank AG durch Veräußerung oder aufgrund einer Kapitalmaßnahme aufzugeben, so kann sie eine Vertragsänderung verlangen. Kommt eine entsprechende Vertragsänderung innerhalb einer angemessenen Frist nicht zustande, so kann die Deutsche Post den Kooperationsvertrag mit einer Frist von zwei Jahren zum Kalendermonatsende schriftlich kündigen. Sollte die Deutsche Post AG den Kooperationsvertrag kündigen, so könnte dies den stationären Vertrieb der Deutschen Postbank AG, der für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft von grundlegender Bedeutung ist, beeinträchtigen.

Darüber hinaus hat die Deutsche Postbank AG mit Talanx Aktiengesellschaft sowie deren Töchtern BHW Lebensversicherung AG, PB Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft Vertriebsvereinbarungen geschlossen. Diese Vereinbarungen dienen der Vermittlung bzw. dem Vertrieb von Versicherungsprodukten der Talanx und ihrer genannten Töchter durch die Postbank über ihr Call Center, sowie über die Internetplattform der Postbank. Diese Vertriebsvereinbarungen können seitens BHW Lebensversicherung AG, PB Versicherung Aktiengesellschaft, PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden, wenn ein Dritter, der kein mit einer Partei verbundenes Unternehmen ist, Kontrolle an der Deutschen Postbank AG erlangt (Change-of-Control), wobei der Erwerb der Kontrolle direkt durch unmittelbaren Kontrollenerwerb der Deutschen Postbank AG oder indirekt durch Kontrollenerwerb an einem direkt oder indirekt die Deutsche Postbank AG beherrschenden Unternehmen erfolgen kann. Sollten BHW Lebensversicherung AG, PB Versicherung Aktiengesellschaft oder PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft die Vertriebsvereinbarungen kündigen, so könnte dies die Vermittlung bzw. den Vertrieb der Versicherungsprodukte der Vertriebspartner durch die Deutsche Postbank AG und die daraus erzielten Vergütungen, welche für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind, gefährden bzw. beeinträchtigen.

Bei öffentlichen Angeboten zum Erwerb von Aktien der Gesellschaft gelten ausschließlich Gesetz und Satzung einschließlich der Bestimmungen des deutschen Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes. Die Hauptversammlung hat den Vorstand nicht zur Vornahme von in ihre Zuständigkeit fallenden Handlungen ermächtigt, um den Erfolg von etwaigen Übernahmeangeboten zu verhindern.

Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots

Im Falle von Herrn Rizos bestehen Ruhegehaltsansprüche bei einer mehrheitlichen Übernahme der Gesellschaft durch eine Drittgesellschaft.

I Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung

Vergütung des Vorstands

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung wird vom Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG festgelegt.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrates berät über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten und überprüft sie regelmäßig.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Sie entspricht damit den Vorgaben des § 87 Aktiengesetz (AktG).

Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert. Die Gesamtvergütung besteht aus einer erfolgsunabhängigen und einer erfolgsabhängigen Komponente.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind das Fixum (Grundgehalt), Nebenleistungen sowie Pensionszusagen. Das Fixum wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Erfolgsabhängige (variable) Vergütungskomponente ist der Jahresbonus. Die Bonushöhe ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Für die Vorstandsmitglieder ist bislang weder ein Long Term Incentive-Plan noch eine ähnliche Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung aufgelegt worden. Die Deutsche Postbank AG hat kein Aktienoptionsprogramm aufgelegt und plant dies derzeit auch nicht.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Präsidialausschuss bei außergewöhnlichen Leistungen einen angemessenen Sonderbonus beschließen.

Vergütung des Aufsichtsrats

Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei der Vergütung berücksichtigt.

Die feste Vergütung beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt.

Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 300 € für jeweils 1%, um die der Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2009 den Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2006

übersteigt. Die Vergütung wird nach Ablauf der Hauptversammlung 2010 fällig.

Weitere Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Anhang des Geschäftsberichtes.

I Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Gewinn- und Verlustrechnung

Im Geschäftsjahr 2007 stiegen die Erträge der Deutschen Postbank AG um 524 Mio € bzw. 22,0 % auf 2.902 Mio €.

Das Betriebsergebnis nach Bewertungen verminderte sich um 25 Mio € auf 262 Mio € (Vorjahr: 287 Mio €).

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss stieg im Berichtsjahr um 479 Mio € auf 2.281 Mio € (Vorjahr: 1.802 Mio €) und hat sich damit überaus positiv entwickelt. Wesentlichen Beitrag an diesem Ergebnis haben die Spezialfonds, die an die Postbank eine Ausschüttung von 680 Mio € geleistet haben. Im Bereich der Forderungen an Kunden hat sich vor allem der Zinsertrag aus Wohnungsbaudarlehen um 215 Mio € auf 1.772 Mio € (Vorjahr: 1.557 Mio €) positiv entwickelt und damit den Rückgang der Zinserträge aus Kommunalkrediten um –115 Mio € deutlich kompensiert. Ferner haben sich die Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen aufgrund der Zinsentwicklung und des gestiegenen Bestandes der Liquiditätsreserve deutlich erhöht. Die Zinsaufwendungen für Kundeneinlagen haben sich aufgrund der gestiegenen durchschnittlichen Verzinsung auf 2.028 Mio € (Vorjahr: 1.530 Mio €) erhöht.

Aufgrund der positiven Geschäftsentwicklung in 2007 hat die Postbank Filialvertrieb AG ein sehr gutes Jahresergebnis erzielt und im Rahmen der Gewinnabführung ein Ergebnis in Höhe von 179 Mio € (Vorjahr: 173 Mio €) an die Postbank abgeführt.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss stieg auf 528 Mio € (Vorjahr: 510 Mio €). Die positive Entwicklung des Provisionsüberschusses resultiert im Wesentlichen im Kreditgeschäft aus dem Anstieg der Bearbeitungsgebühren durch die Ausweitung der Firmenkundenkredite und im Wertpapierkommissionsgeschäft aus dem gestiegenen Absatz von Zertifikaten und Investmentfondsanteilen. Ferner haben sich die Erträge aus dem Kreditkartengeschäft aufgrund gestiegenen Zahl von emittierten Karten und der höheren Umsätze positiv entwickelt.

Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften beträgt 93 Mio € und liegt damit 27 Mio € über dem Vorjahreswert. Im positiven Ergebnis aus Finanzinstrumenten sind unrealisierte Bewertungsgewinne aus Zinsderivaten in Höhe von 134 Mio € (Vorjahr: 163 Mio €) enthalten, die im Rahmen der Portfoliobewertung (Mark-to-Market-Bewertung) ausgewiesen wurden.

Bewertungsergebnis

Das Bewertungsergebnis ist gegenüber dem Vorjahr um 439 Mio € gesunken und resultiert im Wesentlichen aus dem Bewertungsergebnis

aus Wertpapieren, dass sich um 480 Mio € vermindert hat. Verursacht wird das negative Bewertungsergebnis aus Wertpapieren durch Niederwertabschreibungen auf festverzinsliche Wertpapiere infolge des gestiegenen Zinsniveaus sowie Spreadausweitungen infolge der Finanzmarktkrise. Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft liegt aufgrund der positiven gesamtwirtschaftlichen Situation und der sich damit verbesserten Risikostruktur der Kunden mit 190 Mio € deutlich unter dem Vorjahreswert in Höhe von 210 Mio €.

Verwaltungsaufwand

Der relativ geringe Anstieg des Verwaltungsaufwandes um 4,5 % auf 2.187 Mio € ist auf das konsequente Kostenmanagement der Postbank zurückzuführen. Die zum 1. Januar 2007 durchgeführte Gehaltserhöhung bei den tariflichen Angestellten von 3 % sowie moderate Anpassungen der Beamtenbezüge konnten durch eine Senkung um gut 60 Mitarbeiter im Durchschnitt soweit kompensiert werden, dass sich der Personalaufwand im Vergleich zum Vorjahr nur um 2,5 % auf 701 Mio € erhöht hat.

Der sonstige Verwaltungsaufwand einschließlich der planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen stieg um 77 Mio € bzw. 5,5 % auf 1.486 Mio €. Insbesondere im EDV-Bereich hat die Umsetzung neuer Projekte, im Wesentlichen Multikanal-Banking, zum Anstieg der EDV-Aufwendungen in Höhe von 47 Mio € geführt. Ferner haben die umfangreichen Vertriebsaktivitäten der Postbank eine Steigerung der Marketingaufwendungen von 13 Mio € verursacht.

Sonstige Erträge und Aufwendungen

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen verminderte sich um 16 Mio € auf 363 Mio € (Vorjahr: 379 Mio €). Wie im Vorjahr sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen 243 Mio € (Vorjahr: 230 Mio €) aus der Erstattung der Postbank Filialvertrieb AG für die Entsendung der Beamten und aus der Erstattung für Sachaufwendungen in Höhe von 20 Mio € (Vorjahr: 22 Mio €) enthalten. Darüber hinaus werden Mieterträge in Höhe von 44 Mio € (Vorjahr 41 Mio €) ausgewiesen.

Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren

Mit Wirkung vom 30. September 2007 hat die Postbank die 50 %igen Beteiligungen an der PB Lebensversicherung AG; Hilden, und der PB Versicherung AG; Hilden, veräußert. Durch den Verkauf wurde ein einmaliger Ertrag in Höhe von 129 Mio € erzielt.

Ergebnis vor Steuern

Das Ergebnis vor Steuern beträgt 262 Mio € und liegt damit unter dem Vorjahresergebnis von 308 Mio €.

Jahresüberschuss

Nach Steuern in Höhe von 25 Mio € (Vorjahr: 46 Mio €) ergibt sich ein Jahresüberschuss von 237 Mio € (Vorjahr: 262 Mio €).

Verwendung des Jahresüberschusses

Der Bilanzgewinn beträgt 237 Mio €. Nach dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstandes sollen 205 Mio € an die Anteilseigner ausgeschüttet und 32 Mio € in die Gewinnrücklagen eingestellt werden.

Bilanzsumme und Bilanzentwicklung

Die Bilanzsumme der Deutschen Postbank AG lag zum 31. Dezember 2007 bei 161,3 Mrd € und damit um 26,1 Mrd € über der zum Jahresende 2006. Der Anstieg auf der Aktivseite resultiert im Wesentlichen aus der Ausweitung der Forderungen gegenüber Kreditinstituten, dem gestiegenen Kundenkreditgeschäft und den höheren Kapitalanlagen. Dem stehen auf der Passivseite die Ausweitung die stichtagsbedingt erhöhten Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten gegenüber.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden liegen mit 61,4 Mrd € um 8,2 Mrd € über dem Vorjahr. Wie bereits 2006 wurden weitere niedrigmargige Forderungen an öffentliche Haushalte um 1,9 Mrd € auf 3,5 Mrd € zurückgeführt. Deutliche Steigerungen wurden dagegen bei den Wohnungsbaudarlehen und den gewerblichen Finanzierungen erzielt. Die Wohnungsbaudarlehen stiegen durch neu heraus gelegte Kredite und Portfolioankäufe um 2,7 Mrd € auf 35,3 Mrd €. Darüber hinaus haben Sonderaktionen zur Förderung des Mittelstandes zur Ausweitung der gewerblichen Finanzierungen um 2,1 Mrd € auf 10,2 Mrd € geführt. Die Refinanzierung erfolgt überwiegend durch Mittel der KfW.

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Die Geld- und Kapitalmarktanlagen – Forderungen an Kreditinstitute und Schuldverschreibungen – lagen mit 77,9 Mrd € um rund 17,4 Mrd € über dem Vorjahreswert. In den Forderungen an Kreditinstitute haben sich im Wesentlichen die Wertpapierpensionsgeschäfte, bei denen die Postbank Pensionsnehmer ist, um 10 Mrd € auf 12 Mrd € und die anteiligen Zinsen aus Swapgeschäften um 2,1 Mrd € auf 6,0 Mrd. € erhöht. Der Bestand an Anleihen und Schuldverschreibungen hat sich ebenfalls gegenüber dem Vorjahr um 9,1 Mrd € auf 52,1 Mrd € erhöht und resultiert überwiegend aus dem Erwerb von Geldmarktpapieren in Höhe von 4,5 Mrd € von der der BHW Bausparkasse AG. Darüber hinaus wurden von anderen Kreditinstituten Geldmarktpapiere in Höhe von 1,1 Mrd € erworben. Dagegen haben sich die Termingelder um 4,1 Mrd € auf 3,1 Mrd € reduziert.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Kundenverbindlichkeiten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 10,4 Mrd € auf 86,1 Mrd €. Zur Refinanzierung wurden aufgrund der günstigen Zinsentwicklung für langfristige Verbindlichkeiten die Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen um 4,5 Mrd € auf 14,7 Mrd € aufgestockt. Durch Zinsanhebungen für das Produkt Kapital Plus ist der Bestand um 1,7 Mrd € auf 6,0 Mrd € gestiegen. Stichtagsbedingt haben sich ebenfalls die Termineinlagen um 3,2 Mrd € auf 5,6 Mrd € erhöht. Das Volumen der Spareinlagen ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben vermindert.

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich durch Kapitalmarktgeschäfte um 16,7 Mrd € auf 55,7 Mrd €. Der Zugang betrifft im Wesentlichen Termineinlagen in Höhe von 8,6 Mrd. € und Offenmarktgeschäfte in Höhe um 4,8 Mrd €. Durch planmäßige Tilgungen haben sich die verbrieften Verbindlichkeiten um 2,0 Mrd € auf 7,4 Mrd € vermindert.

Eigenkapital

Das ausgewiesene Eigenkapital der Deutschen Postbank AG hat sich durch die Dotierung der Gewinnrücklagen in 2007 um 32 Mio € auf 2,5 Mrd € erhöht. Der Bilanzgewinn für das Berichtsjahr beträgt 237 Mio €.

I Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen hat der Vorstand Bericht erstattet und zusammenfassend erklärt: „...dass die Deutsche Postbank AG nach den Umständen im Zeitpunkt des jeweiligen Geschäfts für jede Leistung im Sinne dieses Berichtes stets eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Maßnahmen wurden auf Veranlassung oder im Interesse der Deutschen Post AG bzw. ihrer verbundenen Unternehmen weder getroffen noch unterlassen.“

I Nachtragsbericht

„Das Kammergericht Berlin hat mit Beschluss vom 15. Januar 2008 im Freigabeverfahren rechtskräftig entschieden, dass die gegen den auf der Hauptversammlung der BHW Holding AG vom 20./21. Juli 2006 gefassten Beschluss über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf die Deutsche Postbank AG anhängigen Anfechtungsklagen der Eintragung des Übertragungsbeschlusses im Handelsregister nicht entgegenstehen. Daraufhin hat das Registergericht den Übertragungsbeschluss am 12. Februar 2008 im Handelsregister der BHW Holding AG eingetragen. Mit der Eintragung ist der Beschluss über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre wirksam geworden und sämtliche Aktien der Minderheitsaktionäre sind auf die Deutsche Postbank AG übergegangen.“

I Risikobericht

Organisation des Risikomanagements

Die Risikonahme zur Ergebniszielung stellt für die Deutsche Postbank AG (im Folgenden Postbank) eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Eine Kernkompetenz der Postbank ist, bankübliche Risiken in einem eng definierten Rahmen einzugehen und gleichzeitig die sich ergebenden Renditechancen zu nutzen.

Die Deutsche Postbank AG ist als übergeordnetes Institut innerhalb der Postbank Gruppe für die Vorgaben der Strategien, Methoden und Prozesse des Risikomanagements im Postbank Konzern verantwortlich. In diesem Sinne hat der Postbank Konzern eine Risikomanagement-Organisation geschaffen, die die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet.

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. In Zusammenarbeit mit den Risikokomitees hat der Gesamtvorstand die grundlegenden Strategien für die Aktivitäten an den Finanzmärkten und die sonstigen Geschäftsfelder des Konzerns festgelegt. Die Zusammensetzung der Komitees sowie deren Aufgaben veranschaulicht folgende Grafik:

Zusammensetzung und Aufgaben der Risikokomitees			
	Kreditrisikokomitee	Marktrisikokomitee	Op-Risk-Komitee
Vorstände/ Generalbevollmächtigte	<ul style="list-style-type: none"> Kredit Financial Markets Produktmarketing Services 	<ul style="list-style-type: none"> Financial Markets Kredit Produktmarketing Finanzen 	<ul style="list-style-type: none"> IT/Operations Ressourcen Services Filialvertrieb
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> Limitallokation der Kreditrisiken Definition des Limitsystems Entscheidung über Änderung der Risikoklassifizierungsverfahren Festlegung Standardrisikokosten 	<ul style="list-style-type: none"> Limitallokation der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs Ergebnisüberwachung Steuerung des MRK-Portfolios 	<ul style="list-style-type: none"> Festlegung Risikostrategie Op-Risiken Definition Mindestanforderungen für Konzern-Einheiten Definition Rahmenbedingungen für Op-Risk

Die Risikostrategie ist gemäß den Vorgaben der MaRisk konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Neben einer übergreifend geltenden Risikostrategie hat der Vorstand der Postbank spezifische Teilrisikostراتيجien für die Risikoarten Marktpreis-, Kredit-, Liquiditätsrisiken und Operationelle Risiken verabschiedet.

Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergibt sich aus den einzelnen Geschäftsfeldern, deren Aktivitäten durch die Geschäftsstrategie vorgegeben sind. Die Postbank ist aktiv in den

Bereichen Retail Banking, Firmenkunden, Transaction Banking und Financial Markets.

Aufgrund des breit diversifizierten Kundenportfolios sind die Konzentrationsrisiken im Portfolio des Postbank Konzerns tendenziell gering ausgeprägt. Innerhalb der Kreditrisikoüberwachung sind Prozesse, Berichtswege und Eskalationsmechanismen aufgesetzt worden, mit denen Kontrahenten- bzw. Emittentenrisiken überwacht werden und das Exposure nach z. B. verschiedenen Branchen, Kundengruppen und Einzeladressen aufgeschlüsselt wird.

Die operative Verantwortung für die Risikosteuerung ist bei der Postbank auf mehrere Einheiten verteilt; dazu gehören in erster Linie das Ressort Financial Markets, das Kreditmanagement Inland/Ausland, die Niederlassung in London und die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts.

Der dem Finanzressort zugeordnete Bereich Risikocontrolling ist die unabhängige, konzernweite Risikoüberwachungseinheit. Im Risikocontrolling liegt die Kompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -limitierung. Der Bereich Risikocontrolling ist zuständig für das operative Risikocontrolling und trägt die Verantwortung für das Reporting auf Gruppenebene.

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Postbank Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Im Jahr 2007 hat der Postbank Konzern sein internes Berichtswesen erweitert. Der monatlich an das Marktrisikokomitee gerichtete Bericht zu Marktpreisrisiken verknüpft innerhalb einer einheitlichen Berichtsstruktur die wesentlichen Ergebniseffekte und Risikokennzahlen auf Konzernebene. Die im Risikocontrolling erstellten Risikoberichte an den Gesamtvorstand und die Positionsverantwortlichen sind um Aspekte zum Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch, zu Spreadrisiken sowie zur Überwachung von Liquiditätsrisiken auf Konzernebene erweitert worden.

Die wesentlichen Informationen zur Risikolage werden regelmäßig auf Basis einer standardisierten Berichtsform mit dem Aufsichtsrat erörtert.

Arten von Risiken

Die Postbank unterscheidet folgende Risikoarten:

I Marktpreisrisiken

Mögliche Wertverluste bei Finanztransaktionen, die durch Veränderungen von Zinsen, Spreads, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen eintreten können.

I Kreditrisiken

Mögliche Wertverluste, die durch Bonitätsveränderungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz) verursacht werden können.

I Liquiditätsrisiken

Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Risiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.

Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Risiko, dass aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve (Spreadrisiko) aus einem Ungleichgewicht der liquiditätsbezogenen Laufzeitenstruktur innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums auf einem bestimmten Konfidenzniveau ein Verlust entstehen kann.

I Operationelle Risiken

Die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Die Definition umfasst auch rechtliche Risiken.

I Beteiligungsrisiken

Die Beteiligungsrisiken umfassen die potenziellen Verluste aus Marktwertschwankungen des Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden.

I Immobilienrisiken

Die Immobilienrisiken beziehen sich auf den Immobilienbesitz der Postbank und umfassen Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken.

I Geschäftsrisiken

Die Gefahr eines Ergebnisrückgangs aufgrund unerwarteter Änderungen von Geschäftsvolumen und/oder Margen und korrespondierenden Kosten. Der Begriff umfasst auch die Modellrisiken, die sich aus der Abbildung der Kundenprodukte mit unbekannter Kapital- und Zinsbindung (vor allem Spar- und

Giroprodukte) ergeben, sowie das strategische Risiko und das Reputationsrisiko.

Risikokapital und Risikolimitierung

Die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns wird im Hinblick auf den Anlegerschutz beurteilt und dient als Grundlage für die Ableitung der Systematik zur Limitierung von wesentlichen Risiken. Die Summe der der Bank zur Absicherung ihrer Risiken zur Verfügung stehenden Mittel wird als Risikodeckungsmasse bezeichnet. Das Risikotragfähigkeitskonzept der Postbank erfüllt alle aufsichtsrechtlichen Anforderungen und liefert steuerungsrelevante Impulse.

Der Postbank Konzern sieht seine Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn er die erstrangigen Verbindlichkeiten mit einer seinem Zielrating entsprechenden Wahrscheinlichkeit bedienen kann. Das Konzept zur Ermittlung der Risikodeckungsmasse richtet sich hierbei an der IFRS-Konzernbilanz aus. Die zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse besteht aus dem bilanziellen Eigenkapital abzüglich Goodwill, dem Nachrangkapital, der Neubewertungsrücklage, den sonstigen beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten und dem erwarteten Gewinn der Planperiode.

Zur dauerhaften Sicherstellung der Risikotragfähigkeit stellt der Vorstand des Postbank Konzerns nur einen Teil der Risikodeckungsmasse zur Risikonahme zur Verfügung. Dieser Betrag wird als Risikokapital bezeichnet und stellt ein Limit für das Gesamtrisiko des Postbank Konzerns dar. Das Risikokapital wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand festgelegt und auf die Risikoarten verteilt. Die weitere Verteilung erfolgt dann durch die Risikokomitees.

Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos stehen dem Postbank Konzern ausreichend Liquiditätsreserven zur Verfügung. Darüber hinaus reserviert der Postbank Konzern ein Sicherheitenportfolio von EZB-fähigen Wertpapieren für potenzielle Stresssituationen. Das LFT-Risiko wird zurzeit implizit über das für Geschäftsrisiken bereitgestellte Risikokapital begrenzt. Eine eigenständige Limitierung der LFT-Risiken ist mittelfristig geplant.

Da eine einfache Summation des Risikokapitalbedarfs der einzelnen Risikoarten zu einer Überschätzung des Gesamtrisikos führen würde, werden im Rahmen der Aggregation Korrelationen zwischen den Risikoarten berücksichtigt. Hierbei wird generell von hohen Korrelationen zwischen Marktpreis- und Kreditrisiken ausgegangen. Die Geschäftsrisiken sowie die Immobilien- und Beteiligungsrisiken weisen in der Regel ebenfalls mittlere bis hohe Korrelationen gegenüber den anderen Risikofaktoren auf. Lediglich für das Operationelle Risiko wird gegenüber allen anderen Risikoarten von einer geringen Korrelation ausgegangen.

Für die prozentuale Aufteilung der Risikodeckungsmasse des Postbank Konzerns nach Risikoarten im Geschäftsjahr 2007 (Berechnung per 31. Dezember 2007) und die Auslastung des Risikokapitals zum 31. Dezember 2007 bezogen auf Marktpreis- und Kreditrisiken wird auf den Risikobericht des Postbank Konzerns verwiesen.

Um die Auslastung des Risikokapitals festzustellen, wird der unerwartete Verlust quantifiziert. Zur Messung der einzelnen als wesentlich eingestuften Risiken verwendet der Postbank Konzern einheitliche Größen, die sich am Value-at-Risk (VaR)-Ansatz orientieren, d. h. an

dem Verlust (abzüglich der erwarteten Gewinne/Verluste), der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % im betrachteten Zeithorizont (Haltedauer: in der Regel ein Jahr) nicht überschritten wird. Das Konfidenzniveau leitet sich dabei aus dem angestrebten Zielrating im A-Bereich ab.

Für die im Tagesgeschäft direkt steuerbaren und mit Risikokapital unterlegten Marktpreis- und Kreditrisiken werden operative Limite festgelegt. Bei den Marktpreisrisiken erfolgt die Steuerung sowohl für das Kerngeschäft als auch für das Eigengeschäft über die Zuteilung von Limiten für die jeweiligen Portfolios. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch die Anlage in ein unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten optimiertes Zielportfolio. Die weiteren Risikoarten werden nicht durch operative Limite gesteuert, sondern stellen mit ihrem Risikokapital Abzugsgrößen von der Risikodeckungsmasse dar. Auch hier wird fortwährend die Adäquanz der Abzugsgröße ermittelt.

Solange die vergebenen Limite eingehalten werden und die aggregierten Limite und Abzugsgrößen kleiner sind als die Risikodeckungsmasse, ist auch die Risikotragfähigkeit gewährleistet. Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals sind die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhaltende Nebenbedingungen.

Risiken werden nur innerhalb von aus Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten abgeleiteten Limiten übernommen, um unter Berücksichtigung von Risiko-/Return-Aspekten Renditen zu erzielen. Damit sollen Existenz gefährdende Risiken vermieden werden.

Die im Zuge der US-Hypothekenkrise ausgelöste Unsicherheit auf den Finanzmärkten und die damit verbundenen Spread-Ausweitungen führten in der zweiten Jahreshälfte in einzelnen Portfolios zu entsprechenden Marktwertrückgängen. Vor diesem Hintergrund wurde das für Marktpreisrisiken vorgesehene Risikokapital bereits im dritten Quartal in geringem Umfang erhöht. Die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns war durch die Auswirkungen der US-Hypothekenkrise jedoch zu keiner Zeit beeinträchtigt.

Darüber hinaus erfolgte im vierten Quartal wie geplant die vollständige Integration von Spreadrisiken in die laufende Marktpreisrisikoberechnung. In diesem Zusammenhang erfolgte eine Re-Allokation einzelner Marktpreisrisikolimiten auf Subportfolioebene.

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über den Prozess Neue Produkte/Neue Märkte (NPNM) systematisch MaRisk-konform identifiziert, in einer Produktdatenbank dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomessung und -überwachung des Postbank Konzerns eingebunden.

Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet intensiv die Risikotragfähigkeit und Risikoauslastung. Konzernweit wird im Risikotragfähigkeitsbericht vierteljährlich die Risikotragfähigkeit dargestellt. Die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger und spezialisierter Berichte dargestellt. In Abhängigkeit von der Bedeutung der Risiken werden die Berichte

täglich, wöchentlich, monatlich oder quartalsweise erstellt. Adressaten des konzernweiten Reportings sind in der Regel der Gesamtvorstand bzw. die verantwortlichen Mitglieder der Risikokomitees und die operativen Bereiche sowie in Auszügen der Aufsichtsrat. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren umfänglich informiert. Die Methodenhoheit sowie die inhaltliche Verantwortung für das Risikoreporting auf Konzernebene liegt im Bereich Risikocontrolling.

Neben dem regulären Managementreporting existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc Frühwarnreporting.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen: Solvabilitätsverordnung und MaRisk

Solvabilitätsverordnung

Mit der nationalen Umsetzung von Basel II orientieren sich die regulatorischen Kapitalanforderungen im Kreditgeschäft stärker an den ökonomischen Risiken. Entsprechend müssen Kredite nunmehr in Abhängigkeit von ihren Risiken, d. h. in der Regel abhängig von der Bonität der Schuldner, mit Eigenkapital unterlegt werden. Darüber hinaus fordert die Aufsicht mit der neuen Eigenkapitalübereinkunft erstmals auch eine Unterlegung Operationeller Risiken mit Eigenkapital.

Die finale Fassung für die Umsetzung von Basel II in deutsches Recht ist zum 1. Januar 2007 in Kraft getreten. Rechtliche Grundlage für die differenzierte Eigenmittelunterlegung der Risiken sind das angepasste Kreditwesengesetz (KWG) und die Solvabilitätsverordnung. Die Postbank hat am 21. Dezember 2006 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Zulassung für die Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken nach den Regelungen des IRB-Basis-Ansatz bzw. des IRB-Ansatzes für das Mengengeschäft erhalten. Für die folgenden Portfolios hat die Deutsche Postbank AG daher seit dem 1. Januar 2007 die aufsichtliche Eigenkapitalunterlegung mittels Verwendung interner Ratingsysteme auf Basis selbst geschätzter Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie selbst geschätzter Verlustquoten und Konversionsfaktoren für das Mengengeschäft kalkuliert:

- I im Mengengeschäft: Baufinanzierungen, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden sowie angekaufte Forderungen ohne BHW,
- I im Individualgeschäft: Zentralregierungen, Banken, inländische Unternehmen und gewerbliche Spezialfinanzierungen.

Die Postbank Gruppe hat in 2007 für die weiteren Portfolios der Deutschen Postbank AG sowie für die Risikopositionen der übrigen zum aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis zählenden Gesellschaften die Übergangsregelung nach § 339 Abs. 10 SolvV angewendet und das Adressenausfallrisiko auf Basis der Regelungen des Grundsatz I ermittelt. Dabei handelt es sich insbesondere um die Portfolios der Tochtergesellschaften sowie den überwiegenden Anteil der OTC-Derivate und die Girokredite im Privatkundengeschäft.

Die aufsichtsrechtliche Meldung der Eigenmittelanforderungen erfolgt auf Ebene des Postbank-Konzerns. Gemäß § 2a KWG erfolgt für die Deutsche Postbank AG keine Einzelmeldung.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen der Marktpreisrisiken nutzt die Postbank die aufsichtlichen Standardmethoden. Mittelfristig

plant die Postbank, auch für die Messung und Steuerung der Marktpreisrisiken, ein internes Marktrisikomodell einzuführen und dieses ebenfalls zur Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen zu verwenden.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen Operationeller Risiken verwendet die Postbank den Standardansatz. Dieser ist Basis für eine geplante mittelfristige Umsetzung des fortgeschrittenen Messansatzes. Hierfür hat die Postbank in 2007 bereits ein eigenes Quantifizierungsmodell entwickelt, das nun intern validiert und sukzessive weiterentwickelt wird.

Hinsichtlich der Offenlegungsanforderungen nach §§ 319 bis 337 SolVv in Verbindung mit § 26a KWG veröffentlicht die Postbank auf Ihrer Internet-Seite einen separaten Offenlegungsbericht gemäß Solvabilitätsverordnung.

Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Die zum 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) ersetzen die bisherigen Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK), die Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH) sowie die Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision (MaIR) und ergänzen diese Regelungen insbesondere um die Themenbereiche Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch, Liquiditätsrisiken sowie Operationelle Risiken. Das inhaltliche Ziel der MaRisk besteht vor allem in der Einrichtung angemessener, am Gesamtrisikoprofil einer Bank ausgerichteter Leitungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse.

Der Postbank Konzern erfüllt die in den MaRisk kodifizierten Anforderungen zur Steuerung der bankspezifischen Risiken und zur Sicherstellung der betriebswirtschaftlichen Risikotragfähigkeit.

Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisiken

Risikodefinition

Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Gefahren bezeichnet, die bei Finanztransaktionen durch Veränderungen von Zinsen, Spreads, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen zu Verlusten führen können. Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.

Mit Rohwarenrisiken behaftete Geschäfte werden von der Postbank nicht getätigt. Rohwarenrisiken werden daher im Folgenden nicht gesondert betrachtet.

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements im Postbank-Konzern trägt der Vorstand. Das Risikomanagement der Marktpreisrisiken wurde vom Vorstand an das Marktrisikokomitee (MRK) delegiert, die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat.

Der Postbank Konzern hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Marktpreisrisikosteuerung festgelegt. Die Steuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Bereich Financial Markets der Postbank.

Der Bereich Risikocontrolling fungiert als konzernweite, unabhängige Überwachungseinheit. Neben der Kompetenz für die angewandten

Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -limitierung übernimmt das Risikocontrolling auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion.

Der Postbank Konzern hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Marktpreisrisiken definiert. Das für das Eingehen von Marktpreisrisiken zur Verfügung gestellte Risikokapital begrenzt den Umfang der einzugehenden Marktpreisrisiken auf ein für die Postbank verträgliches sowie erwünschtes Maß und führt zu einer unter Risiko-/Renditegesichtspunkten optimierten Risikomischung.

Marktpreisrisiken werden abgesichert, wenn deren aktive Übernahme nicht gewünscht ist. Sofern Marktpreisrisiken bewusst eingegangen werden, erfolgt dies mit dem Ziel, Erträge zu erwirtschaften. Als zusätzliche Ertragsquelle der Postbank werden damit Aktien-, Zins-, Fremdwährungs-, Spread- und Volatilitätsrisiken in Anlage- und Handelsbüchern eingegangen.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Zur Steuerung ihrer Marktpreisrisiken verwendet die Postbank eine Kombination aus Risikokennzahlen, Ergebnisgrößen und sonstigen Kennzahlen. Die Wertveränderungen der Marktpreisrisiken werden unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Hierbei wird durchgängig eine Bewertung auf Mark-to-Market-Basis vorgenommen. Die Ergebnissteuerung der Marktpreisrisikopositionen erfolgt sowohl mit einem periodischen als auch barwertigen Fokus. Sämtliche Marktpreisrisiken werden auf Value-at-Risk-Basis gemessen. Als weitere Steuerungskennzahlen werden Sensitivitätsmaße und Gap-Strukturen herangezogen. Darüber hinaus werden die Marktpreisrisikopositionen regelmäßige Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen, bei denen die Auswirkung ungewöhnlicher Marktbewegungen auf Barwerte als auch auf GuV- und Bilanzgrößen analysiert werden.

Hierbei werden auch die durch mögliche Spread-Veränderungen verursachten Marktwertveränderungen für die relevanten Portfolios regelmäßig analysiert. Die Erkenntnisse aus den Marktentwicklungen in 2007 haben unmittelbar Berücksichtigung in den analysierten Spread-Szenarien und der daraus abgeleiteten Risikotragfähigkeitsanalyse gefunden. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen (Spread-VaR) wurden im Verlaufe des Jahres 2007 vollständig in die laufende Risikoüberwachung integriert.

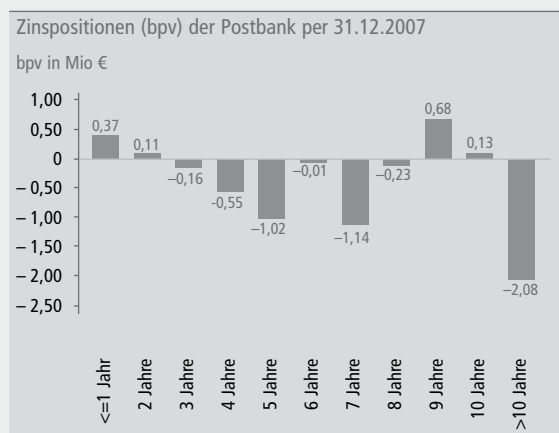
Um der relativen Bedeutung der Marktpreisrisiken für die Postbank und der Volatilität von Marktbewegungen gerecht zu werden, hat die Postbank für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, Limitüberschreitungen oder extremen Marktbewegungen mit Relevanz für die Postbank ermöglichen.

Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken als wesentlicher Teil der Marktpreisrisiken bezeichnen die aus einer Marktzensänderung resultierenden Änderungen des Marktwertes zinsensensitiver Finanzinstrumente. Zinsänderungsrisiken ergeben sich, wenn die zinsensensitiven Aktiva und Passiva in den einzelnen Laufzeitbändern voneinander abweichende Beträge und Zinssätze aufweisen. Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken

der Postbank kommen neben den Standardansätzen auch eigen entwickelte statistische Modelle zur Anwendung. Von besonderer Bedeutung für die Postbank sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Einlagengeschäfte und das Bausparkollektiv. Spezielle Abbildungsvorschriften und Bodensatzdefinitionen bilden hier die Basis für ein modernes Konzept zur Risikosteuerung.

Die nachstehende Grafik zeigt die offenen Zinspositionen der Postbank zum 31. Dezember 2007 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung. Positionen mit einem negativen Wert stellen ein aktivisches Zinsänderungsrisiko dar, es besteht also ein Überhang der Aktivpositionen. Positive Werte sind analog dazu als Passivüberhang zu interpretieren.



Die Abbildung zeigt, dass sich die aktivischen Überhänge zum Stichtag 31. Dezember 2007 im Wesentlichen auf den mittleren sowie auf den langfristigen Laufzeitbereich über 10 Jahre konzentrieren.

Überwachung der Marktpreisrisiken nach dem Value-at-Risk-Konzept
Die Postbank quantifiziert und überwacht die eingegangenen Marktpreisrisiken auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts. Die Ermittlung des Value-at-Risk (VaR) erfolgt grundsätzlich nach dem Varianz-Kovarianz-Ansatz. Im Rahmen der Risikokapitalallokation wird ein historischer Betrachtungszeitraum von 250 Handelstagen, eine Haltedauer von 90 Handelstagen und ein Konfidenzniveau von 99,93 % unterstellt. Die operative Steuerung erfolgt dagegen unter Zugrundelegung einer Haltedauer von 10 Tagen und eines Konfidenzniveaus von 99 %. Als Risikofaktoren werden neben Aktienkursen, Wechselkursen, Zinskurven sowie Volatilitäten auch die Risiken aus Spreadveränderungen im VaR berücksichtigt. Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungswerten ab.

Der VaR eines Portfolios bestimmt so die potenzielle negative Marktveränderung, die in einem Zeitraum von 10 Handelstagen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Der Varianz-Kovarianz-Ansatz wird auf alle Portfolios des Handelsbestands und des Anlagebuches konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt und transformiert unterschiedliche Ausprägungen des Marktpreisrisikos auf eine einheitliche Risikomessgröße, den VaR. Die im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung abgeleiteten Risikolimiten werden entsprechend skaliert.

Limitierung

Die Marktpreisrisiken werden im Postbank Konzern durch ein System Risiko begrenzender Limite auf der Grundlage des Value-at-Risk-Verfahrens überwacht. Die Gesamtlime werden vom Gesamtvorstand beschlossen und vom Marktrisikokomitee als Sublime den einzelnen operativen Einheiten zugeteilt. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich definierte Niveau auf. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt für die Gesamtbank auf End-of-Day-Basis, für die Handelsportfolios wird zusätzlich eine Intraday-Überwachung durchgeführt.

Backtesting

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR durch Vergleich mit den eingetretenen Gewinnen und Verlusten infolge tatsächlicher Marktwertveränderungen, aber unverändertem Bestand, überprüft (Clean Backtesting). Die Auswertung erfolgt nach dem Ampel-Modell der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Über die Ergebnisse des durchgeführten Backtestings wird der Vorstand im Rahmen der monatlichen Berichterstattung informiert. Die vor allem im zweiten Halbjahr erhöhte Volatilität der Marktrisikofaktoren führte in einzelnen Subportfolios zu einem Anstieg von Beobachtungen, in denen die reine Marktwertschwankung größer als der kalkulierte VaR war. Auf den relevanten übergeordneten Ebenen zeigt das Backtesting für das Jahr 2007 aber im Rahmen der statistisch zu erwartenden Bandbreiten liegende Ergebnisse und bestätigt damit die grundsätzliche Angemessenheit des verwendeten VaR-Verfahrens.

Stresstesting

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse von extremen Marktbewegungen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen (Worst Case Szenarien) auf die Vermögenspositionen des Postbank Konzerns. Im Rahmen dieser Analysen werden auch die marktwertigen Auswirkungen auf die Bilanz- und GuV-Positionen untersucht. Die Auswirkungen der Szenarien werden für jedes Risiko den zugeteilten Limiten gegenübergestellt. Der Vorstand wird über die Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Die im Berichtsjahr durchgeführten Szenarioanalysen zeigten, dass die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns auch bei extremen Marktsituationen gesichert war.

Marktgerechte Bedingungen

Neben der Überwachung der Marktpreisrisiken führt die Postbank bei Geschäftsabschluss auch eine Prüfung aller Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

Risikokennzahlen

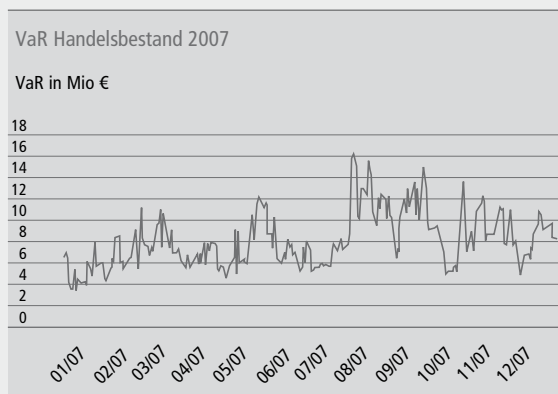
Für die Postbank wurden für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 (sowie für das Vergleichsjahr 2006) folgende Value-at-Risk-Werte ermittelt:

Value-at-Risk-Handelsbestand	2007 Mio €	2006 Mio €
VaR am Jahresultimo	6,8	4,0
Minimaler VaR	2,5	1,9
Maximaler VaR	15,1	9,6
VaR im Jahresdurchschnitt	6,5	4,3

Für das Anlagebuch betrug per 31. Dezember 2007 der VaR (99 %, 10 Tage) 116 Mio € (zum Vergleich: 110 Mio € per 31. Dezember 2006). In die Berechnung werden sämtliche risikotragenden Bestände des Anlagebuchs einbezogen.

Bedingt durch die Geschäftsstrategie der Postbank wird die Höhe der Marktpreisrisiken im Wesentlichen durch Zinsänderungsrisiken (einschließlich Spreadrisiken) determiniert. Daneben werden zur Risikodiversifikation innerhalb des Anlagebuchs und zur Erzielung von kurzfristigen Kursgewinnen im Handelsbestand Aktienkurs- und Volatilitätsrisiken eingegangen. Fremdwährungsrisiken haben eher eine untergeordnete Bedeutung.

Die Entwicklung des Value-at-Risk im Laufe des Berichtsjahres 2007 für den Handelsbestand ist der folgenden Grafik zu entnehmen.



Im zweiten Halbjahr 2007 wurden im Handelsbuch die ausgeprägten Marktschwankungen flexibel zur kurzfristigen Positionierung insbesondere am Aktienmarkt genutzt. In Verbindung mit den aufgrund der deutlich höheren Marktvolatilität zum Teil spürbar gestiegenen Risikoparametern bewegte sich der VaR in den letzten beiden Quartalen damit unter deutlichen Schwankungen auf einem leicht höheren Niveau als in den beiden ersten Quartalen 2007.

Das für Marktpreisrisiken definierte VaR-Handelslimit ist während der Berichtsperiode nicht überschritten worden.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene regelmäßige Reporting-Instrumente zu den Marktpreisrisiken:

- I Der Tagesbericht informiert den Gesamtvorstand sowie die Positionsverantwortlichen täglich vor Handelsbeginn über die eingegangenen Positionen, die Auslastung der Limite und den ökonomischen Gewinn/Verlust der Positionen.
- I Der Wochenbericht fasst die wesentlichen Veränderungen des Marktes und in den Positionen zusammen und richtet sich an die Positionsverantwortlichen. Die Tages- und Wochenberichte werden regelmäßig mit den Positionsverantwortlichen abgestimmt und liefern die Grundlage für die operative Steuerung.
- I Der Monatsbericht gibt eine umfassende Übersicht über die Entwicklung der Marktpreisrisiken innerhalb des Berichtszeitraums und richtet sich an den Gesamtvorstand. Neben den laufenden Ergebnissen und Risikokennzahlen enthält dieser Bericht auch die Ergebnisse der regelmäßig durchgeführten Stresstest- und Backtesting-Analysen. Darüber hinaus wird getrennt nach Portfolios und Währungen über das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch bei einem definierten Zinsschock und zusätzlichen Zinsszenarien informiert.
- I Das monatliche MRK-Reporting stellt für das Marktrisikokomitee in aggregierter Weise Risikokennzahlen (VaR, Zinssensitivitäten, Stresstestresultate) und barwertige bzw. periodische Ergebnisse, abgegrenzt nach Managementeinheiten bzw. GuV-Wirksamkeit, dar.
- I Der Risikobericht an den Aufsichtsrat fasst quartalsweise die wesentlichen Risikokennzahlen zusammen und stellt darüber hinaus seit 2007 die Ergebnisse aus den Sensitivitäts- und Stresstestanalysen dar.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Risikodefinition

Kreditrisiken (oder auch Adressenausfallrisiken) definiert die Postbank als Risiken aus möglichen Wertverlusten, die durch Bonitätsveränderungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz) verursacht werden können.

Es werden vier Arten von Kreditrisiken unterschieden:

- I Bonitäts- und Ausfallrisiken
Risiken möglicher Wertverluste, die durch eine Verschlechterung der Bonität oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners entstehen.
- I Abwicklungsrisiken
Risiken möglicher Wertverluste bei der Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen. Abwicklungsrisiken entstehen immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere bzw. andere kontrahierte Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.
- I Kontrahentenrisiken
Risiken möglicher Wertverluste durch den Ausfall eines Vertragspartners und somit für unrealisierte Gewinne aus schwebenden Geschäften. Hier handelt es sich um Wiedereindeckungsrisiken.

I Länderrisiken

Risiken möglicher Wertverluste aufgrund von politischen oder sozialen Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Abwertung oder Entwertung der Landeswährung (Transferrisiko).

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements im Postbank Konzern trägt der Vorstand. Das Risikomanagement der Kreditrisiken wurde vom Vorstand an das Kreditrisikokomitee (KRK) delegiert, die Kontrolle durch den Aufsichtsrat erfolgt im Kreditausschuss.

Der Postbank Konzern steuert sein Adressenausfallrisiko auf der Grundlage der vom Vorstand jährlich verabschiedeten Kreditrisikostategie. Die Kreditrisikostategie enthält Vorgaben für die Risikoprofile und Renditeziele der einzelnen Kreditprodukte.

Als eine weitere risikostrategische Maßnahme orientiert sich die Postbank bezüglich der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios für Firmenkunden, Banken und Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) unter Berücksichtigung eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko an einem Zielportfolio. Quartalsweise erfolgt ein Abgleich des aktuellen Forderungsportfolios mit dem Zielportfolio. Aufgrund seiner sehr starken Risikodiversifikation ist das Privatkundengeschäft nicht Teil des Zielportfolios, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos statt und zum anderen auf Portfolioebene.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Steuerung der Einzelrisiken

Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien der Postbank enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger oder -gremien zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Zuständigkeit für die Genehmigung von Krediten ist grundsätzlich abhängig von deren Höhe und bei Firmenkunden und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets zusätzlich von der Bonitätseinstufung (Rating) des jeweiligen Kreditnehmers bzw. Schuldners. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens im Bereich Firmenkunden und Financial Markets ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel), Marktfolge sowie dem Risikomanagement entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank private Wohnungsbaufinanzierungen bis 1 Mio €, andere Retail-Kreditprodukte sowie im Geschäftsbereich Firmenkunden Kredite bis 750 T€ versteht, für die vereinfachte und standardisierte Verfahren Anwendung finden.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die den Mindestanforderungen an die Nutzung des IRB-Ansatzes nach Basel II entsprechen. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen

Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren regelmäßig ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Im Retail-Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kredits bzw. Kreditnehmers. Parallel werden die Verwertungsquote bei Zahlungsunfähigkeit entweder individuell (im Falle der Baufinanzierungen) oder pauschal (im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts) geschätzt. Für die Giroprodukte im Retail-Bereich setzt die Postbank ein internes Verhaltensscoring ein, das Ausfallrisiken individuell auf Basis der historischen Kontoführungsdaten zusammen mit weiteren externen Informationen bewertet.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Kern (statistisches Bilanzrating oder Monte-Carlo-Simulation der erwarteten Zahlungsströme) bestehen und über ein heuristisches Modell qualitative und kurzfristige Informationen in das interne Rating einbeziehen.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse der Masterskala und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Rating-Agentur Standard & Poor's an. Die Validierung der Rating- und Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und während des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung bewertet die Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, der Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Vorhersagekraft der Modelle.

Im Rahmen der Anmeldungen der Rating- und Scoringsysteme zum IRB-Ansatz hat die Postbank die Prozesse zur Konzeption, Implementierung und Überwachung der Ratingsysteme den Anforderungen an die Verwendung Interner Ratingsysteme angepasst. Dazu gehören insbesondere die regelmäßige Überprüfung des Leistungsverhaltens und der korrekten Anwendung der Ratingsysteme, die Kalibrierung und Validierung der Ratingsysteme sowie die Einbindung der Ergebnisse der Überwachungsaktivitäten in das interne Berichtswesen. Alle Ratingsysteme werden vom Vorstand der Postbank genehmigt. Der Vorstand wird regelmäßig über die Funktionsfähigkeit des Rating-systems sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Management Reportings informiert.

Neben der Unterstützung beim Kreditentscheidungsprozess dienen Rating- und Scoringergebnisse u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des „erwarteten Verlustes“, also des Verlustes, der über den Zeitraum eines Jahres erwartet werden kann, und fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft der Postbank werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Mit diesem System können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in die Rentabilitätsberechnung, die in Form von Return-on-Equity-Kennziffern (ROE) ermittelt wird, ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail Bereich individuell statt.

Sicherheitenmanagement

Die im täglichen Geschäftsbetrieb einer Bank eingegangenen Risiken können durch Sicherungsinstrumente oder Aufrechnungsverfahren gemindert werden.

Das Sicherheitenmanagement ist wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Wie beim Grundgeschäft mit einem Kontrahenten wird die Werthaltigkeit der Sicherheit nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredites auf Basis konzerneinheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. Garantien und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingt sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindest-Eigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Garantie- sowie Sicherheitengeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten unterliegen den gleichen Risikoklassifizierungs-, -limitierungs- und -überwachungsverfahren wie Kreditnehmer.

Die Entscheidung über die Anerkennung und Anwendung eines Sicherungsinstrumentes zur Kreditrisikominderung trifft die Postbank im Kontext ihrer Geschäftsstrategie und der Kreditrisikostrategie. Als Sicherungsinstrumente nutzt die Postbank hauptsächlich Sachsicherheiten wie Grundpfandrechte zur Absicherung von Immobilienfinanzierungen, Garantien und Kreditderivate sowie finanzielle Sicherheiten und Sachsicherheiten.

Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlustes bei Ausfall eines Kredites berücksichtigt. Immobiliensicherheiten unterliegen einer vorsichtigen Bewertung, die auch Risiken potenzieller Wertverschlechterungen adäquat berücksichtigt. Je nach zugrundeliegendem Risiko werden Sicherheiten in unterschiedlichen Zeitabständen und Intensitäten überwacht. Der Anrechnungsbetrag differiert nach der Nutzung als Gewerbe- oder Wohnimmobilie und bei den Wohngebäuden nach der Eigen- oder Fremdnutzung der Objekte. In 2007 hat die Postbank ein Marktschwankungskonzept zur Überwachung von Wohnimmobilien entwickelt, das auf statistischen Analysen von Marktindizes und Ad-hoc-Analysen bei außergewöhnlichen Wertänderungen beruht.

Kreditüberwachung und Problemerkreditverfahren

Bei Nicht-Retail-Krediten erfolgt eine regelmäßige Einzelüberwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen

können. Die Risikohöhe sowie die Risikokonzentration werden durch Limitierung des Einzelkredits oder Limitierung des Gesamtbligos eines Kreditnehmers begrenzt. Für die Erfassung und Kontrolle werden moderne Datenverarbeitungssysteme eingesetzt. Die Kontrollen werden entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben von den operativen Krediteinheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden bzw. Geschäftskunden sowie im Bereich der Baufinanzierung ab 500 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit hat die Postbank entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand produktindividuell definierter harter und weicher Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten und Ratingveränderungen) mit erhöhtem Risiko behaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand von Risikoindikatoren ermöglicht der Postbank, ggf. Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Die Postbank führt im 14-tägigen Rhythmus mit Hilfe von Researchinformationen Überprüfungen der bedeutenden Kreditengagements mit börsennotierten Kreditnehmern durch, um sehr frühzeitig negative Trends in der Entwicklung der Bonität erkennen und Handlungsalternativen entwickeln zu können. Diese Überprüfungen werden durch eine Software unterstützt, die Kreditausfallwahrscheinlichkeiten aus einer Vielzahl von Marktdaten ableitet.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredites als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer auf eine Überwachungsliste gesetzt. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher Risikoindikatoren nach Ermessen des Kreditspezialisten auf die Überwachungsliste zu nehmen. Die Überwachungsliste dient auch der Erfassung und Analyse der Qualitätsänderungen dieser Kredite. Sie wird laufend von den verschiedenen Kreditabteilungen aktualisiert und dem Ressortvorstand Kredit quartalsweise vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand, das Kreditrisikokomitee und den Kreditausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene

Portfoliosteuerung

Zusätzlich zur Überwachung der Einzelrisiken ermittelt der Postbank Konzern den Credit Value-at-Risk (CVaR) des gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestandes. Der CVaR ist die potenzielle negative Veränderung des Barwerts des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, der innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des konzernübergreifenden Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist der CVaR als Maß für den unerwarteten Verlust aus Adressenausfallrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.

Im Unterschied dazu ist der erwartete Verlust eines Kreditportfolios der Forderungsbestand, der erwartungsgemäß im Durchschnitt innerhalb eines Zeitintervalls von einem Jahr in Verzug geraten bzw.

ausfallen wird; dieser berechnet sich als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Forderungshöhe und der Verlustquote. Der erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Messung des CVaR wird mit einem Kreditrisikomodell durchgeführt, das die konsistente Erfassung aller Kreditrisiken ermöglicht. Die Berechnung des CVaR basiert auf dem Migrationsverhalten der schulnerspezifischen Bonitäten und den Korrelationseffekten im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Größenklassen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des CVaR werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verwertungsquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die CVaR-Berechnung unter anderem fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Branchen-/Produkt-Ausfallwahrscheinlichkeiten und -Korrelationen, Credit Spreads als Risikoaufschläge für verschiedene Rating-/Bonitätsklassen sowie Schwankungsbreiten dieser Parameter für die Monte-Carlo-Simulation ein. Homogene, granulare Forderungen werden dabei bei der Berechnung des CVaR zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäftes.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird vierteljährlich der CVaR des Kreditportfolios berechnet, für Produkte/ Geschäftsbereiche mit besonderen Risikostrukturen erfolgt eine tägliche Berechnung des CVaR. Aufgrund der Diversifikationseffekte ist der CVaR im Konzernkreditportfolio geringer als die Summe der einzelnen CVaR der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom Kreditrisikokomitee den einzelnen Profit-Centern zur Verfügung gestellten CVaR-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des CVaR wird das Kreditportfolio regelmäßig einem Risikoarten übergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen, mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten.

Portfoliostruktur

Die wichtigsten Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Profit-Center zum 31. Dezember 2007 (Berechnung per 30. November 2007) im Vergleich zum Jahresende 2006 werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Weil der CVaR inkl. Portfolioeffekte nicht auf Ebene der Deutschen Postbank AG berechnet wird, wird die Portfoliostruktur in der Tabelle auf Konzernebene dargestellt. Der in nachstehender Tabelle ausgewiesene erwartete Verlust basiert auf eigenen Schätzungen der Parameter und differiert von den aufsichtsrechtlichen Werten.

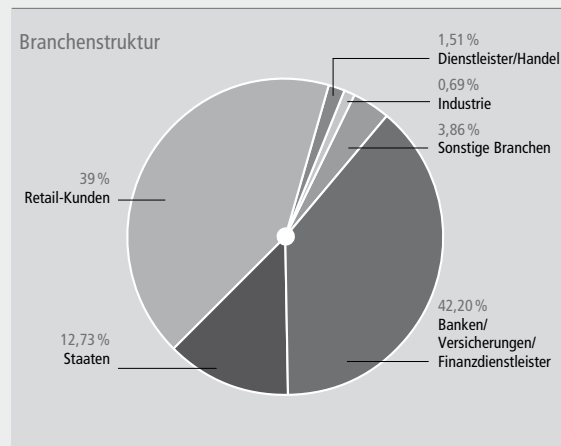
Kreditrisiken	Volumen		Erwarteter Verlust		Credit VaR *	
	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €
Firmenkunden	18.670	16.975	55	48	181	167
Privatkunden	42.380	35.638	173	134	133	111
Financial Markets	112.494	94.662	109	98	606	496
Sonstige (Banken/ Kommunen)	7.828	13.226	4	7	121	244
BHW	41.965	46.590	73	87	57	117
Gesamt (inkl. Portfolioeffekt)	223.337	207.091	414	374	661	544

* Konfidenzniveau 99,93 %

Der Anstieg des Gesamtkreditbestandes von 207.091 Mrd € auf 223.337 Mrd € geht mit einem Anstieg des Erwarteten Verlusts um 10,6 % und des unerwarteten Verlusts um 21,6 % einher. Die starke Veränderung des CVaR im Profitcenter Financial Markets spiegelt dabei die aktuellen Entwicklungen der Finanzmärkte wider. Im Vergleich zu den Vorjahreszahlen ist eine Abnahme des Konzernkreditbestandes gegenüber Banken und Kommunen und ein Anstieg der Privat- und Firmenkundenkredite sowie im Profitcenter Financial Markets zu beobachten. Unter Berücksichtigung des geplanten Wachstums im Kreditvolumen ist auch für das nächste Jahr mit einer entsprechenden Ausweitung des Erwarteten Verlusts und des CVaR zu rechnen.

Branchenstruktur des Kreditportfolios

Die Branchenaufteilung des Kreditportfolios zeigt bei ausgewogener Struktur ein weiterhin stabiles Bild. Das Portfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen sowie Krediten an Banken, die sich vor allem aus Geldmarkt- und teilweise gedeckten Kapitalmarktengagements (wie z. B. Pfandbriefen) zusammensetzen. Diese Banken sind, ähnlich wie Staaten, fast ausschließlich den Ratingklassen A und besser zugeordnet. Als Orientierung dient hierbei ein Zielfortfolio, das aus Diversifikationsicht optimiert wurde. Im Geschäftsjahr 2007 wurde das Privatkundengeschäft und der Kreditbestand im Profitcenter Financial Markets weiter ausgebaut. Folgende Grafik veranschaulicht die Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen:



Lagebericht

Jahresbilanz

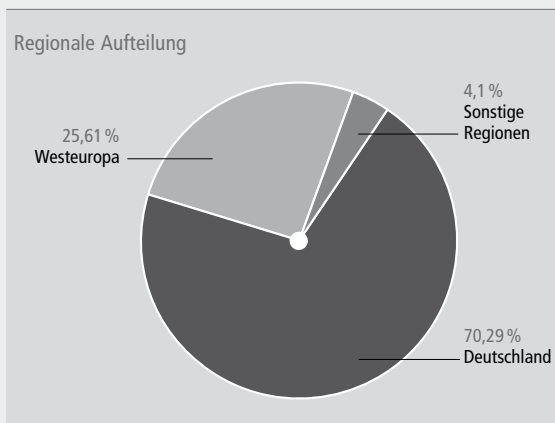
Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

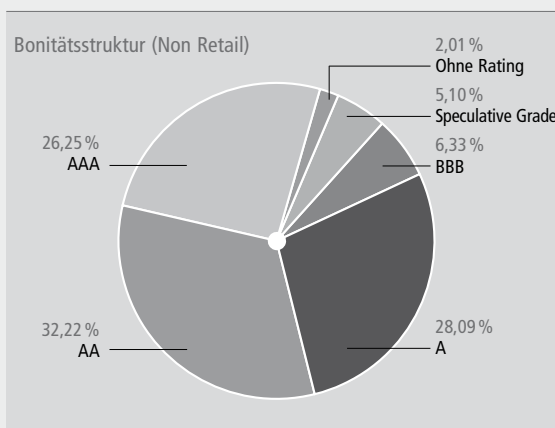
Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

Zur Steuerung des Länderrisikos hat die Postbank länderspezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings und die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer zentralen Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland.



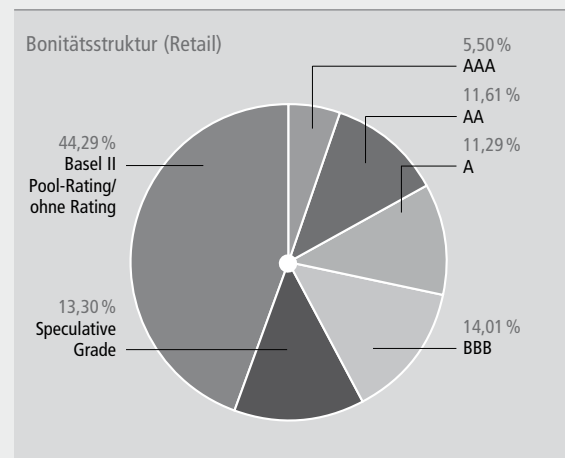
Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die Verteilung der Ratingklassen des Kreditportfolios zeigt die konservative Ausrichtung der Postbank. In der folgenden Grafik ist die Ratingstruktur des Kreditportfolios für das Non-Retail-Geschäft dargestellt. Es dominieren die guten Ratingklassen mit Investmentqualität.



Im Vergleich zum Jahresabschluss 2006 haben sich keine wesentlichen Veränderungen in der Ratingstruktur des Kreditportfolios ergeben.

Das Retailgeschäft der Postbank weist eine sehr günstige Bonitätsstruktur auf, wie die folgende Grafik illustriert.



Altbestände im Retailgeschäft (hauptsächlich vor 08/2004 ausgereichte Baufinanzierungen) sowie Forderungsankäufe werden über Pool-Ratings abgebildet; d. h. durch Segmentierungen werden homogene Risikopools gebildet, für die dann die relevanten Basel II Parameter individuell gemessen werden. Der relative und absolute Anteil dieser durch Pool-Ratings behandelten Portfolios wird sukzessive abnehmen, da für jedes Neugeschäft eine individuelle Bonitätseinschätzung durchgeführt wird. Für den Altbestand wurden für jeweils homogene Unterportfolios in 2006 und 2007 Verfahren zu Basel II konformen Poolschätzung der Ausfallwahrscheinlichkeiten und erwarteten Verlustquoten entwickelt.

Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungspools übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die Postbank nimmt bei der Asset Securitisation sowohl die Rolle des Investors als auch des Originators ein.

Investor:

Im Rahmen der Durchführung von Kreditsatzgeschäften hat die Postbank u. a. in strukturierte Kreditprodukte investiert (so genannte Structured Credit Products (SCP)). Konkret handelt es sich um folgende Produktarten: Asset Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligation (CDO), Collateralized Loan Obligation (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS).

Die von den Entwicklungen am US-Immobilienmarkt ausgehenden Verwerfungen an den Kapitalmärkten haben wir mit Blick auf potenzielle Ausfälle in unserem Structured Credit Portfolio eng begleitet. Die Bestände haben wir systematisch analysiert und auf dieser Basis ausreichend Risikovorsorge gebildet.

Originator:

Neben der Rolle als Investor in Kreditersatzgeschäften tritt die Postbank als Originator am Markt auf. Bei einer synthetischen Verbriefungstransaktion in Form der Verbriefung von Wohnungsbaudarlehen (PB Domicile 2006-1) wurde ein Gesamtvolumen von 2,4 Mrd € verbrieft. Diese Transaktion führt einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung, andererseits zu einer Risikodiversifikation.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene Reporting-Instrumente zur Darstellung der Kreditrisiken:

- I Der Kreditrisikobericht, der dem Gesamtvorstand und dem Kreditausschuss des Aufsichtsrates vierteljährlich zur Kenntnis gegeben wird, gibt Aufschluss über die Entwicklung des aktuellen Konzernkreditportfolios und die Ausfallentwicklung auf Einzelgeschäftsebene. Neben der Darstellung von Kreditbestands- und -risikokennzahlen werden unter anderem die größten auf den Einzelschuldner aggregierten Forderungsbestände und die größten notleidenden Kredite sowie die Auslastung der Risikolimits dargestellt.
- I Der Credit-Monitoring-Bericht wird vierteljährlich parallel zum Kreditrisikobericht erstellt und enthält zusätzliche Detailinformationen auf Geschäftsfeld- und Produktebene zur Steuerung der Kreditrisiken durch die operativen Einheiten. Der Credit-Monitoring-Bericht wird durch das Kreditrisikokomitee verabschiedet.
- I Die Kreditmatrix liefert detaillierte Informationen zum Kreditrisiko auf Portfolioebene (CVaR, Ratingverteilungen, Branchenverteilungen, Konzentrationsrisiken, Limitauslastung, Ziel-Ist-Portfolios), die in aggregierter Form teilweise auch in den Kreditrisikobericht und den Credit-Monitoring-Bericht einfließen. Auch die Kreditmatrix wird vierteljährlich vom Kreditrisikokomitee verabschiedet.
- I Zum Monitoring der Performance der Risikoklassifizierungsverfahren auf Einzelkreditenebene (Rating- und Scoringmodelle) werden je nach Geschäftsfeld monatlich bis vierteljährlich Modellmonitoring-reports erstellt, um die Performance der Rating- und Scoringmodelle im Rahmen einer Kurzvalidierung zu analysieren und zu dokumentieren. Ebenfalls wird die Modell-Compliance untersucht, d. h. die sachgerechte Anwendung der Modelle.
- I Auf Einzelebene sind die Überwachungslisten ein weiteres Instrument zur Berichterstattung bei größeren Engagements.

Umweltrisiken

Bei ihren Kreditentscheidungen berücksichtigt die Postbank auch Umweltrisiken. In der Kreditpolitik wie auch in den einzelnen Kreditentscheidungen wissen sich der Postbank Konzern und seine Mitarbeiter ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet.

Die Postbank hat erkannt, dass die Identifizierung und Quantifizierung von Umweltrisiken einen Bestandteil der üblichen Risikobeurteilungs- und Risikomanagementverfahren im In- und Auslandsgeschäft bilden müssen. Im Hinblick auf unsere Kunden betrachten wir die Erfüllung der geltenden Umweltauflagen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt als wesentliche Faktoren für die Beurteilung der Unternehmensführung.

Damit erfüllt die Postbank die Anforderungen an ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften sowie die Orientierung an supranationalen Leitlinien wie den UN Global Compact.

Überwachung und Steuerung von LiquiditätsrisikenRisikodefinition

Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet der Postbank Konzern zwischen zwei Arten von Risiken, dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko und dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko). Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird das Risiko verstanden, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können. Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko beschreibt das Risiko, dass aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve (Spreadrisiko) aus einem Ungleichgewicht der liquiditätsbezogenen Laufzeitenstruktur innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums auf einem bestimmten Konfidenzniveau ein Verlust entstehen kann.

Organisation und Risikostrategie

Zu Beginn des Jahres 2007 sind vom Vorstand, dem die Verantwortung für die Steuerung der Liquiditätsrisiken des Postbank Konzerns obliegt, die Liquiditätsrisikostrategie und das Notfallkonzept verabschiedet und konzernweit verankert worden. Die Zielstrukturen und Prozesse im Liquiditätsrisikomanagement sind vor dem Hintergrund der deutlich gewachsenen Konzernstrukturen und gestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen im Rahmen eines eigenständigen Projekts grundlegend neu konzipiert worden. Im Zuge dieser Umsetzung sind die Steuerungs- und Überwachungsprozesse in der Postbank weiterentwickelt, die von den MaRisk geforderte Funktionstrennung durchgängig etabliert, die für die Steuerung notwendigen Daten detaillierter modelliert, eine geeignete Systemunterstützung aufgebaut und detaillierte Liquiditätsrisikoberichte für den Konzern, die auch Stressszenarien beinhalten, entwickelt worden.

Zum Ende des Jahres 2007 hat der Postbank Konzern bereits ein Nachfolgeprojekt gestartet, das wesentliche Aspekte im Rahmen einer integrierten Gesamtbanksteuerung miteinander verknüpft und die sukzessive Weiterentwicklung der Liquiditätsrisikosteuerung auf Grundlage der „Sound Practices for Managing Liquidity in Banking Organisations“ der BIZ verfolgt.

Die Liquiditätssteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort Financial Markets der Postbank. Aufgabe des Liquiditätsmanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank nicht nur unter Normalbedingungen, sondern auch in Stress-Situationen zu gewährleisten. Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine begrenzte Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Liquiditätsrisiken werden nur im Rahmen genehmigter Grenzen übernommen. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses wird ein umfangreiches Portfolio mit freien EZB-fähigen Wertpapieren vorgehalten, das kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung genutzt werden kann. Zur Verbreiterung der Funding-Basis ist im Berichtsjahr ein Debt Issuance-Programm aufgesetzt worden, das u. a. beginnend im 1. Quartal 2008 die regelmäßige Emission von Pfandbriefen (Jumbo, Private Placements), vorsieht. Das Programm erlaubt auch andere Emissionsformen. Alle Produkte können in den gängigen Währungen und Strukturierungsvarianten

emittiert werden. Weiterhin hat die Postbank im Berichtsjahr die Pfandbrieflizenz für öffentliche und Hypothekendarlehen erhalten.

Der Bereich Risikocontrolling definiert im Rahmen seiner Verantwortlichkeit als konzernweite, unabhängige Überwachungseinheit die angewandten Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -limitierung und übernimmt die operative Überwachungs- und Reportingfunktion.

Im Liquiditätsnotfall besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfall-Krisengremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank sowie den Bestandsverantwortlichen in den Töchtern und Auslandsniederlassungen.

Gemäß § 12 Liquiditätsverordnung (Übergangsbestimmungen) hat die Postbank im Jahre 2007 weiterhin den Liquiditätsgrundsatz (II) gemäß § 11 KWG als aufsichtsrechtliches Beurteilungskriterium (Abdeckungsverhältnis der zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel zu den abrufbaren Zahlungsverpflichtungen) angewendet. Die Anforderungen wurden durchgehend erfüllt.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen wird geschäftstäglich der Liquiditätsstatus der Postbank festgestellt, anhand dessen die operative Steuerung erfolgt. Die Maßnahmen zur Steuerung sind vor allem darauf ausgerichtet, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit – auch in Stresssituationen – sicherzustellen. Hierfür werden konzernweit die Liquiditätspositionen mindestens monatlich Stresstests unterzogen. Diese Simulationsberechnungen berücksichtigen externe Veränderungen diverser Marktfaktoren und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände.

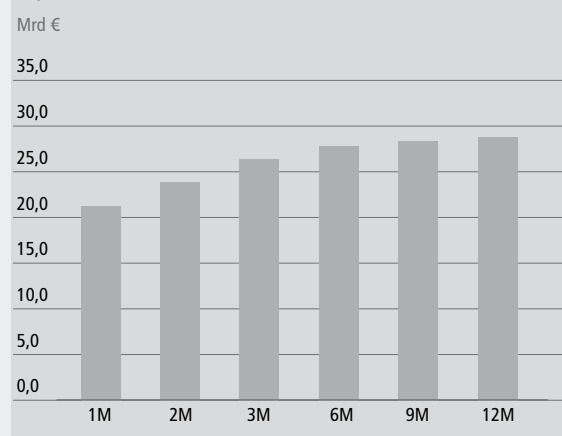
Die Liquiditätssituation der Postbank ist – auch unter Berücksichtigung der im Zuge der Subprime-Krise erschwerten Marktbedingungen – insbesondere aufgrund ihres Einlagengeschäfts solide und lässt über den Betrachtungshorizont des nächsten Jahres keine Engpässe erkennen.

Die folgende Darstellung zeigt den Liquiditätsstatus der Postbank zum 31. Dezember 2007. Dabei handelt es sich um eine kumulierte Darstellung der erwarteten Mittelzu- und -abflüsse und der vorhandenen Liquiditätsquellen nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung innerhalb eines Einjahres-Horizonts.

Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, die Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen, die Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten, zum Teil auf Annahmen, die einer regelmäßigen Validierung unterliegen.

Danach sind über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge zu verzeichnen, die die gute Liquiditätsposition der Postbank unterstreichen.

Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns



Risikoreporting

In 2007 hat der Postbank Konzern wie geplant sein internes Berichtswesen zum Liquiditätsrisikomanagement erweitert. Insgesamt nutzt der Postbank Konzern verschiedene regelmäßige Instrumente zum Reporting der Liquiditätsrisiken:

- I Die Mitglieder des Marktrisikokomitees und die für die Liquiditätssteuerung relevanten Einheiten werden täglich über den Liquiditätsstatus auf Konzernebene unterrichtet.
- I Der Gesamtvorstand erhält monatlich die Übersicht des Liquiditätsstatus inklusive der etablierten Stresstests auf Konzernebene.
- I Monatliche Informationen über die Liquiditätskennzahlen gemäß Liquiditätsverordnung gehen im Rahmen des Vorstands-Informationssystems (VIS) an den Gesamtvorstand.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Risikodefinition

Die Postbank definiert Operationelle Risiken in Übereinstimmung mit der Solvabilitätsverordnung als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder in Folge von externen Ereignissen eintreten. Die Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Seit dem Start der neuen Eigenkapitalregelungen im Jahre 2007 nutzt die Postbank bei der Ermittlung der erforderlichen Eigenkapitalunterlegung für die Operationellen Risiken den Standardansatz. Die Erfüllung der Anforderungen an den Standardansatz entsprechend der Solvabilitätsverordnung wurde im Rahmen einer Prüfung durch die Interne Revision bestätigt und der Bankenaufsicht angezeigt. Mit der Umsetzung der Anforderungen für den Standardansatz wurden zugleich die Grundlagen für einen späteren Wechsel zu einem fortgeschrittenen Ansatz (AMA – Advanced Measurement Approach) gelegt. Hierzu gehört auch die Nutzung externer Daten, die vom Datenkonsortium DakOR bezogen werden.

Organisation und Risikostrategie

Der Vorstand des Postbank Konzerns verantwortet die Steuerung der Operationellen Risiken. Das vom Vorstand eingesetzte Komitee zur Steuerung der Operationellen Risiken (ORK) ist für die Festlegung konzernweiter Grundsätze zuständig. Das Management der Operationellen Risiken ist Aufgabe der jeweiligen Einheiten des Konzerns.

Bereits in 2005 wurde eine Strategie zum Umgang mit Operationellen Risiken im Postbank Konzern definiert. Hierin werden für das Management der Operationellen Risiken verschiedene Prinzipien festgelegt. Die Prinzipien gliedern sich in konzernweite Standards, die vom ORK definiert wurden und von allen Organisationseinheiten beachtet werden müssen, und in Prinzipien, die in der Verantwortung der einzelnen Geschäftsfelder (GF) liegen.

Die Operationellen Risiken sind in das RTF-Konzept (Risikotragfähigkeitskonzept) des Postbank Konzerns integriert. Der ermittelte Anrechnungsbetrag für die Operationellen Risiken fließt als Abzugsgröße von der verfügbaren Risikodeckungsmasse in den Limitierungsprozess ein. Eine Suballokation von Risikokapital auf die einzelnen Profitcenter findet derzeit nicht statt.

Zur Sicherstellung eines konzernweit einheitlichen Vorgehens werden alle Maßnahmen zur Steuerung und Überwachung der Operationellen Risiken durch die Abteilung Markt-/Operationelle Risiken der Postbank Zentrale koordiniert. Dies betrifft die eingesetzten Methoden zur Sammlung von Schadenfällen, die Definition von Indikatoren im Sinne eines Frühwarninstruments sowie das Self Assessment zur Erhebung und Bewertung der aktuellen Risikosituation. Auch die regelmäßige Schulung der dezentralen Risikomanager und die Weiterentwicklung der eingesetzten Softwarelösungen werden von der Zentrale verantwortet. In dem „Handbuch zum Controlling Operationeller Risiken im Postbank Konzern“ sind sowohl die Methoden als auch die originären Verantwortlichkeiten der am Controllingprozess Beteiligten beschrieben.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Das Management der Operationellen Risiken bleibt wichtige Aufgabe der einzelnen operativen Einheiten.

In Ergänzung zum zentralen Controlling und als Unterstützung der jeweiligen Führungskräfte bei der Risikoprävention existiert je Bereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk Managern. Alle wesentlichen Geschäftseinheiten des Postbank Konzerns sind Bestandteil des Controllingprozesses.

Zur Ermittlung der erforderlichen Eigenkapitalunterlegung für die Operationellen Risiken nutzt die Postbank den aufsichtlichen Standardansatz. Die Anrechnungsbeträge für die Operationellen Risiken werden für interne Zwecke – abweichend von den aufsichtlichen Vorgaben – vierteljährlich ermittelt und dem Betrag, der für die Operationellen Risiken im Rahmen der Kapitalallokation reserviert wurde, gegenübergestellt. In der nachfolgenden Tabelle sind die Anrechnungsbeträge je Geschäftsfeld nach Solvabilitätsverordnung zum 31. Dezember 2007 dargestellt.

Baseler Geschäftsfeld	Anrechnungsbetrag für die Operationellen Risiken Mio €
Unternehmensfinanzierungen	–
Handel	22
Privatkundengeschäft	243
Firmenkundengeschäft	32
Zahlungsverkehr und Abwicklung	1
Depot- und Treuhandgeschäft	1
Vermögensverwaltung	0
Wertpapierprovisionsgeschäft	10
Summe Postbank AG	308

Zur internen Validierung ist darüber hinaus im Geschäftsjahr ein Modell zur Quantifizierung der Operationellen Risiken entwickelt worden, mit dem erstmalig der Operational Value-at-Risk (OpVaR) auf Konzernebene berechnet werden kann. Dieses Modell wird nun im Hinblick auf geplante mittelfristige Umsetzung eines fortgeschrittenen Messansatzes sukzessive weiterentwickelt.

Risikoreporting

Die Leitungsebenen des Postbank Konzerns erhalten regelmäßige Berichte zu den Operationellen Risiken und Schäden:

- I Die Mitglieder des ORK werden monatlich über aufgetretene Schadenfälle und ausgewählte Indikatoren, die die definierte Toleranzschwelle überschritten haben, informiert.
- I Der Gesamtvorstand erhält monatlich eine aktuelle Zusammenstellung der erfassten Schadenfälle.
- I Das ORK wird daneben halbjährlich über die Ergebnisse des Self-Assessments unterrichtet.
- I Auf dezentraler Ebene erhalten die jeweiligen Verantwortlichen auf unterschiedlichen Ebenen entsprechend den Informationsbedürfnissen abgestufte Berichte.

Bei gravierenden Schadenfällen oberhalb einer definierten Schadensumme werden die ORK-Mitglieder im Rahmen des Ad-hoc Reportings unverzüglich informiert.

Überwachung und Steuerung von Beteiligungs- und Immobilienrisiken

Risikodefinition

Die Beteiligungsrisiken umfassen die potenziellen Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes.

Als Beteiligungen werden dabei sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Einzelabschluss der Postbank unter den Positionen „Beteiligungen“ sowie „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden.

Die Immobilienrisiken beziehen sich auf den Immobilienbesitz der Postbank und umfassen die Risiken aus Mietausfällen, Teilwertabschreibungen sowie Veräußerungsverlusten.

Organisation und Risikostrategie

Die Portfoliosteuerung des Immobilien- und Beteiligungsbesitzes erfolgt durch den Gesamtvorstand der Bank.

Die laufende Überwachung und Steuerung der Risiken aus Beteiligungsbesitz werden in der Bank von verschiedenen zentralen Konzerneinheiten wahrgenommen. Das Beteiligungsmanagement koordiniert insbesondere im Rahmen der Organbetreuung die Überwachung der Geschäftsaktivitäten der Tochtergesellschaften und sonstigen Beteiligungen im Sinne der Beteiligungsstrategie. Auf die Geschäfts- und Risikopolitik der Beteiligungsunternehmen nimmt die Bank insbesondere durch die Vertretung in den Eigentümer- und Aufsichtsgremien, in der Regel durch Vorstandsmitglieder, Einfluss.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2007 hält die Deutsche Postbank AG 59 unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen. Im Geschäftsjahr 2007 hat sich die Zahl der Anteile an verbundenen Unternehmen/Beteiligungen gegenüber dem Vorjahr moderat erhöht.

Im Verständnis der Postbank handelt es sich bei den Unternehmensbeteiligungen um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt-/Leistungsfeldern des Postbank Konzerns sowie zur Erbringung interner Servicedienstleistungen für den Postbank Konzern. Eine Reihe dieser Beteiligungen werden dabei wie Bereiche der Postbank geführt. Zentralfunktionen wie Controlling, Rechnungswesen, Recht, Personal und Revision werden in diesen Fällen grundsätzlich unmittelbar durch zuständige Organisationseinheiten der Postbank wahrgenommen.

Die Postbank hält darüber hinaus derzeit keine Beteiligungen im Sinne eines Investment- oder Private-Equity-Ansatzes.

Der Postbank Konzern hat ein Verfahren eingerichtet, das eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Gruppenebene sicherstellt. Der Bereich Risikocontrolling überwacht regelmäßig die für die Risiken innerhalb des Beteiligungsbesitzes definierten Wesentlichkeitsgrenzen und informiert hierüber den Vorstand und die Risikokomitees.

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Die wesentlichen Risiken (insbesondere Marktpreis-, Kredit- und Liquiditätsrisiken) strategischer Beteiligungen und Tochtergesellschaften sind in die operativen und strategischen, konzernweiten Risikosteuerungs- und -überwachungssysteme eingebunden. Die Operationellen Risiken und Geschäftsrisiken der Mehrheitsbeteiligungen sind in das entsprechende Steuerungs- und -überwachungssystem der Postbank mit eingebunden. Das residuale Beteiligungsrisiko vermindert als Abzugsposten das verfügbare Risikokapital.

Dem Ziel einer frühzeitigen Kenntniserlangung von Geschäfts- und Risikoentwicklungen dienen darüber hinaus laufende Abstimmungsgespräche zwischen den Gesellschaften und den korrespondierenden Fachebenen der Bank. Dazu sind die Beteiligungen grundsätzlich den jeweiligen Ressorts zugeordnet. Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Beteiligungen werden diese in vierteljährlichem

Abstand einem Impairment-Test unterzogen. Entsprechend der vom Institut der Wirtschaftsprüfer vorgegebenen Grundsätze zur Bewertung von Beteiligungen und Unternehmensanteilen basiert diese Überprüfung auf der Anwendung des Ertragswertverfahrens.

Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiter entwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleistet, dass die Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz, einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken, zu überwachen und zu steuern.

Die Überwachung des Immobilienbestands konzentriert sich auf die regelmäßige unter Risikoaspekten durchgeführte Bewertung der Objekte sowie die Analyse der Veränderungen des Immobilienportfolios.

Risikoreporting

Im Rahmen der Steuerungs- und Überwachungssysteme wird regelmäßig auch über die entsprechenden Risiken der darin einbezogenen strategischen Beteiligungen und Tochtergesellschaften berichtet. Daneben nutzt der Postbank Konzern verschiedene regelmäßige Reporting-Instrumente zu den Beteiligungsrisiken:

- I Dem Vorstand der Postbank werden quartalsweise die wesentlichen Ergebniskennziffern aller im Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften berichtet.
- I Darüber hinaus wird im Rahmen der Organsitzungen der Tochtergesellschaften (Aufsichtsrat, Verwaltungsrat, Gesellschafterversammlungen etc.) kontinuierlich dem Anteilseigner Deutsche Postbank AG über die Entwicklung der Risikosituation in den jeweiligen Tochtergesellschaften berichtet.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Risikodefinition

Geschäftsrisiken bezeichnen unerwartete Ergebnisrückgänge, die dadurch entstehen, dass bei rückläufigen Erträgen die Aufwendungen nicht in gleichem Maße angepasst werden können (Fixkosten-Remanenz) bzw. die Aufwendungen unerwartet steigen. Ursachen für derartige Ergebnisrückgänge können neben internen Faktoren z. B. unvorteilhafte volkswirtschaftliche Veränderungen oder politische Entscheidungen sein, die ein geändertes Kundenverhalten zur Folge haben. Im Rahmen der Geschäftsrisiken werden folgende Risikoarten abgedeckt:

- I Modellrisiken
Risiko aus unerwartetem Volumens- oder Margenrückgang, der durch die Modellierung der Kundenprodukte mit unbekannter Kapitalbindung und variabler Verzinsung hervorgerufen wird.
- I Residuale Geschäftsrisiken
Sonstige unerwartete Volumens- oder Margenrückgänge, die nicht durch das Modellrisiko abgedeckt sind.
- I Strategische Risiken
Gefährdung der Ergebnisreichung infolge einer unzureichenden Ausrichtung der Postbank auf das jeweilige – möglicherweise kurzfristig veränderte – Geschäftsumfeld. Strategische Risiken können somit aus einem inadäquaten strategischen Entscheidungsprozess, unvorhersehbaren Diskontinuitäten im Markt oder aus einer mangelhaften Umsetzung der gewählten Strategie resultieren.

Die Postbank unterscheidet bei den strategischen Risiken wiederum zwischen den unternehmensinternen Risiken, die aus unzureichenden Strategieprozessen entstehen, und den unternehmensexternen Risiken, die durch unerwartete Marktentwicklungen verursacht werden.

I Reputationsrisiken

Risiko, dass die Bank durch fehlerhaftes Verhalten einzelner Personen oder von Gruppen einen Vertrauensschwund bei Geschäftspartnern und Kunden erleidet.

Organisation und Risikostrategie

Die Steuerung der Geschäftsrisiken als Teil der Konzernrisikostrategie obliegt dem Gesamtvorstand. Er steht entsprechend bei strategischen Risiken in der Pflicht, sich abzeichnenden Fehlentwicklungen mit geeigneten Maßnahmen entgegenzuwirken. In Abhängigkeit von der Tragweite der strategischen Entscheidung ist zusätzlich noch die Zustimmung des Aufsichtsrates notwendig.

Die Ermittlung der Geschäftsrisiken wird mindestens quartalsweise im Bereich Risikocontrolling durchgeführt und in der Risikotragfähigkeitsermittlung als Abzugsposten vom Risikokapital berücksichtigt. Der Risikokapitalbedarf durch das Modellrisiko wird aufgrund der möglichen Volatilität monatlich gemessen und an den Gesamtvorstand berichtet.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Die Abschätzung der Geschäftsrisiken erfolgt mit Hilfe eines Earnings-at-Risk-Modells (EaR) mit dem im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts festgelegten Konfidenzniveau und einem einjährigen Prognosezeitraum. Als Grundlage zur Abschätzung der Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden. Im Gegensatz zum VaR, bei dem barwertige Schwankungen betrachtet werden, beruht das EaR-Modell auf der Schwankung von periodenbezogenen Erträgen. Um die Auswirkungen der Ursache einer Schwankung der Erträge und Aufwendungen über die betrachtete Periode hinaus zu erfassen, erfolgt eine Skalierung der Geschäftsrisiken mit einem Nachhaltigkeitsfaktor.

Das Modellrisiko existiert hauptsächlich im Geschäftsfeld Retail Banking innerhalb der Spar- und Giroprodukte, tritt jedoch auch im Bereich der Firmenkunden auf. Risiken aus der Modellierung von Kundengeschäften mit nicht deterministischen Cashflows ergeben sich insbesondere daraus, dass zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken Ablaufkationen von Kundenprodukten mit unbekannter Zins- und Kapitalbindung (v. a. Spar- und Giroeinlagen, Dispositionskredite) definiert werden. In der Ablaufkation werden die Cashflows der variabel verzinslichen Kundenprodukte nach dem gängigen Verfahren der gleitenden Durchschnitte abgebildet. Unter der getroffenen Annahme eines langfristig stabilen Bodensatzes der Kundenvolumina zielt die Mischung gleitender Durchschnitte darauf ab, Portfolios aus Geld- und Kapitalmarktgeschäften zu bilden, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch veränderte Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – können im Zeitablauf Volumens- und Margenschwankungen auftreten, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und die Liquiditätssituation beeinträchtigen können.

Die anderen Geschäftsrisiken werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts nicht separat quantifiziert, sondern aggregiert mit Risikokapital unterlegt. Im Sinne eines Frühwarnsystems werden laufend Markt- und Wettbewerbsanalysen zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene regelmäßige Reporting-Instrumente zu den Geschäftsrisiken:

- I Im Rahmen des Risikotragfähigkeitsberichts wird dem Vorstand quartalsweise über die Höhe der Geschäftsrisiken berichtet.
- I Im Rahmen des monatlichen Risikoberichts wird der Vorstand zur Entwicklung des Modellrisikos informiert.
- I Das monatliche Marktrisikokomitee-Reporting informiert das MRK monatlich über die durch die Modellrisiken entstandenen spezifischen Geschäftsrisiken.
- I Die Volumenentwicklung der Kundenprodukte mit unbekannter Zins- und Kapitalbindung wird in einem täglichen Reporting überwacht.
- I Zu strategischen Risiken existieren in der Postbank mehrere Formen des Reportings. So wird dem Vorstand regelmäßig durch die Ergebnisse der Markt- und Wettbewerbsanalysen, durch quartalsweise Reviews zur Geschäftsentwicklung und im Rahmen des monatlichen und quartalsweisen Vorstands-Informationen-Systems (M- und Q-VIS-Reportings) Bericht erstattet. Darüber hinaus werden im Rahmen des Planungsprozesses strategische Risiken und Entwicklungen intensiv vorgestellt und diskutiert.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Postbank Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Als Teil des unternehmerischen Überwachungssystems prüft die Interne Revision – entsprechend den MaRisk – grundsätzlich alle Teilbereiche der Postbank in mindestens dreijährigem Rhythmus. Bereiche, die einem besonderen Risiko unterliegen, werden jährlich geprüft. Darüber hinaus erstreckt sich ihre Aufgabenwahrnehmung in abgestufter Form auch auf die Tochtergesellschaften im Postbank Konzern und den von der Deutschen Post AG erworbenen Filialbereich. Die Tätigkeiten in den Töchtern reichen von einer Kontroll- und Beratungsfunktion bis hin zur vollständigen Ausübung der Internen Revision.

Die Interne Revision prüft in diesem Rahmen ebenfalls jährlich die Angemessenheit der internen Ratingsysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme.

Die Prüfungsplanung und Festlegung der Prüfungsfrequenzen erfolgt tool-gestützt auf Basis eines seit mehreren Jahren etablierten und bewährten Verfahrens. Für jedes Prüfungsfeld wird ein Risikowert ermittelt, aus dem die Prüfungsfrequenz abgeleitet wird. Die Risikoeinschätzungen werden auf der Grundlage durchgeführter Prüfungen bzw. aufgrund aktueller Veränderungen im Geschäftsfeld vorgenommen. Hieraus ergeben sich die mehrjährige Prüfungsplanung und das

Jahresprogramm für das nächste Geschäftsjahr, mit dessen Durchführung die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt wird.

Als regelmäßige Prüfungen werden im Rahmen des Jahresprogramms Systemuntersuchungen und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen vorgenommen. Darüber hinaus führt die Interne Revision anlassbezogenen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von bedeutenden Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den aktuellen Veränderungen im Konzern und der Rechtslage angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im Internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen (z. B. 2007: MiFid).

Darstellung der Risikolage

Vor dem Hintergrund der im Zuge der Finanzmarktkrise weiterhin volatilen Kapitalmärkte, einer flachen Zinsstrukturkurve und der weiter intensiven Wettbewerbssituation am Einlagen- und Kreditmarkt mit dem daraus resultierenden Druck auf die Zinsmargen sowie der allgemeinen gesamtwirtschaftlichen Insolvenzentwicklung kommt einer effizienten Risikosteuerung weiterhin eine zentrale Bedeutung zu. Der Postbank Konzern hat im Geschäftsjahr 2007 die Strukturen, Instrumente und Prozesse für das Risikomanagement und -controlling in den relevanten Risikoarten weiter verfeinert und verfügt über ein modernes Instrumentarium zur Steuerung der Gesamtbank. Damit ist der Postbank Konzern in der Lage, den Herausforderungen des Marktes gerecht zu werden und eine risiko-/ertragsoptimierte Steuerung und Limitierung über alle Risikoarten und Geschäftsbereiche hinweg durchzuführen. Die Methoden und Verfahren entsprechen den aktuellen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Die aus dem Structured-Credit-Portfolio der Postbank ausgehenden Risiken werden systematisch und intensiv analysiert und im Rahmen einer eigenständigen Projektstruktur zeitnah überwacht. Sofern sich aus den durchgeführten Impairment-Tests voraussichtlich dauerhafte Wertminderungen ergeben, sind entsprechende Impairments gebildet worden.

Im Bereich der sonstigen, nicht mit strukturierten Kreditprodukten in Verbindung stehenden Kreditrisiken konnte auch im Jahr 2007 das relativ risikoarme Profil des Kreditgeschäftes mit vergleichsweise geringen Risikokosten sichergestellt werden. Unter anderem konnte den steigenden Kreditrisiken im Retail-Segment in Deutschland durch eine restriktive scoringgestützte Vergabepolitik sowie effizientere und schnellere Prozesse in der Intensivbetreuung notleidender Engagements begegnet werden. Die Zuführungen zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft resultieren im Wesentlichen aus dem planmäßigen Ausbau des Privatkundengeschäftes des Geschäftsjahres 2007. Im Gegenzug konnte jedoch auch aufgrund der positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in zurückliegenden Perioden gebildete Risikovorsorge aufgelöst werden, so dass die Nettozuführung deutlich begrenzt werden konnte. Seine risikosensitive Geschäftspolitik wird der Postbank Konzern auch in Zukunft weiter fortsetzen.

Der Postbank Konzern konnte und kann bei der Allokation des Risikokapitals den Geschäftsbereichen ausreichenden Spielraum für das strategiekonforme Geschäftswachstum einräumen. Mit Blick auf die vom US-Immobilienmarkt ausgelösten Turbulenzen an den Finanzmärkten und einem evtl. Übergreifen auf die Realwirtschaft können weitere finanzielle Belastungen nicht ausgeschlossen werden.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken, aus den oben dargestellten Risikoarten, waren und sind nicht erkennbar.

Verfahren der EU-Kommission

Ein von der Monopolkommission erhobener Vorwurf ist Gegenstand von Auskunftersuchen, die die EU-Kommission auf Beschwerde eines Dritten hin an die Bundesregierung richtete. Der Vorwurf lautet, dass die Deutsche Post AG der Deutschen Postbank AG ermögliche, Postfilialen zu nicht marktgerechter Vergütung zu nutzen, und dadurch gegen das Beihilfe-Verbot des EG-Vertrags verstoße. Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG sind der Auffassung, dass dieser Vorwurf nicht zutreffend ist und dass das von der Deutschen Postbank AG entrichtete Entgelt den wettbewerbs- und beihilferechtlichen Vorgaben des EU-Rechts entspricht.

Die EU-Kommission bat die Bundesrepublik Deutschland auch um Stellungnahme bezüglich des zum 1. Januar 1999 erfolgten Verkaufs der vollen Anteile der Deutsche Postbank AG an die Deutsche Post AG durch den Bund. Allerdings hat die EU-Kommission den Erwerb der Postbank bereits im Rahmen des mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossenen Beihilfeverfahrens untersucht. Damals war sie ausdrücklich zu dem Ergebnis gelangt, dass der Erwerb der Postbank „ohne jede staatliche Beihilfe“ erfolgte.

Die Bundesregierung hat gegenüber der EU-Kommission dargelegt, dass die Vorwürfe nach ihrer Auffassung unbegründet seien. Dennoch lässt sich für beide im Zusammenhang mit den Auskunftersuchen stehenden Vorwürfe nicht gänzlich ausschließen, dass die EU-Kommission einen Beihilfe-Tatbestand bejahen wird.

Am 12. September 2007 hat die EU-Kommission ein förmliches Beihilfeprüfverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Darin wird untersucht, ob die Bundesrepublik Deutschland die Kosten der von der Deutschen Post AG bzw. ihrer Rechtsvorgängerin Deutsche Bundespost POSTDIENST in den Jahren 1989 bis 2007 erbrachten Universaldienstleistungen durch staatliche Mittel überkompensiert habe und ob dem Unternehmen dadurch eine europarechtswidrige Beihilfe gewährt worden sei. Gemäß der Eröffnungsentscheidung will die Kommission alle in diesem Zeitraum erfolgten staatlichen Vermögenstransfers prüfen, ebenso die vom Staat übernommenen Bürgschaften, die gesetzlich eingeräumten Exklusivrechte, die Preisregulierung der Briefdienste und die staatliche Finanzierung von Beamtenpensionen. Untersucht werden soll zudem die Kostenzuordnung zwischen reguliertem Briefdienst, Universaldienst und Wettbewerbsdiensten innerhalb der Deutschen Post AG und ihrer Vorgängerin. Dies betrifft auch die Kooperationsvereinbarungen zwischen der Deutschen Post AG und der Deutschen Postbank AG sowie zwischen der Deutschen Post AG und dem durch die DHL Vertriebs GmbH vermarkteten Geschäftskunden-Paketdienst.

Die Deutsche Postbank AG ist ebenso wie die Deutsche Post AG der Ansicht, dass die neue Untersuchung ohne jede Grundlage ist. Alle im Zuge der Privatisierung der Deutschen Bundespost erfolgten Vermögensübertragungen, die staatlichen Bürgschaften sowie die Finanzierung der Pensionsverpflichtungen waren schon Gegenstand des mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossenen Beihilfeprüfverfahrens. In dieser Entscheidung wurden diese Maßnahmen nicht als rechtswidrige staatliche Beihilfen gewertet. Deutsche Postbank AG und

Deutsche Post AG sind weiter der Ansicht, dass die Exklusivrechte, die gesetzlich gewährt werden, und die Briefpreise, die der Regulierung unterliegen, schon tatbestandlich nicht als staatliche Beihilfen eingeordnet werden können. Die Deutsche Postbank AG teilt ferner die Auffassung der Deutschen Post AG, dass die internen Kostenverrechnungen mit ihren Tochtergesellschaften im Einklang mit den EU-Beihilferegeln sowie der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs stehen. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Kommission in dem Verfahren das Vorliegen einer rechtswidrigen Beihilfe bejaht.

I Prognosebericht

Weltwirtschaft

Die Unsicherheit über die konjunkturellen Aussichten für die Weltwirtschaft ist zu Beginn des Jahres 2008 außergewöhnlich hoch. Die anhaltenden Verspannungen an den Finanzmärkten bergen in Verbindung mit dem schwachen US-Dollar und dem hohen Ölpreis das Risiko, den globalen Aufschwung spürbar zu dämpfen. Gleichzeitig zeigt sich die Weltkonjunktur bislang aber in einer robusten Verfassung. Dies gilt insbesondere für die Schwellenländer in Asien, Osteuropa und Lateinamerika, die sich weiterhin in einem kräftigen strukturellen Aufschwung befinden. Da wir zudem davon ausgehen, dass sich die Verspannungen an den Finanzmärkten im Jahresverlauf aufzulösen beginnen, sollten ihre negativen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft begrenzt bleiben. Insgesamt dürfte die globale Wirtschaftsleistung 2008 laut Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit 4,1 % etwas schwächer wachsen als im Vorjahr.

Die US-Wirtschaft wird 2008 weiterhin durch rückläufige Wohnungsbauinvestitionen belastet. Für die erste Jahreshälfte rechnen wir mit einer Fortsetzung des kräftigen Abwärtstrends, ab der Jahresmitte sollte jedoch eine allmähliche Stabilisierung auf niedrigem Niveau folgen. Beim privaten Verbrauch erwarten wir infolge der Belastungen durch den hohen Ölpreis und sinkende Hauspreise für das erste Halbjahr nur sehr verhaltene Zuwächse. Jedoch dürften die dämpfenden Effekte im weiteren Jahresverlauf nachlassen und damit ein wieder stärkeres Wachstum des Konsums ermöglichen. Bei den Unternehmensinvestitionen sollte sich der solide Aufwärtstrend fortsetzen. Zudem sind aufgrund des robusten globalen Umfeldes und des niedrigen Niveaus des Dollar-Außenwertes vom Außenhandel weiterhin positive Impulse zu erwarten. Gestützt wird das US-Wachstum außerdem durch eine massive Leitzinssenkung und das geplante Konjunkturpaket der US-Regierung. Insgesamt dürfte die Wachstumsdynamik daher im Verlauf des Jahres 2008 wieder zunehmen. Wegen des schwachen Jahresauftakts dürfte das BIP-Wachstum mit 2,2 % aber nur auf Vorjahresniveau liegen.

Der Aufschwung im Euroraum sollte sich 2008 mit reduziertem Tempo fortsetzen. Träger des Wachstums wird die Binnennachfrage sein. Die Investitionen dürften zwar schwächer wachsen als im Jahr 2007, dafür sollte sich aber die Zunahme des privaten Verbrauchs beschleunigen. Positiv wirkt sich hierbei der anhaltende Rückgang der Arbeitslosenquote aus. Zudem sollte der Konsum in Deutschland Anschluss an die Entwicklung in den anderen EWU-Ländern finden, nachdem die Belastungen durch die Mehrwertsteuererhöhung überwunden sind. Aufgrund der etwas nachgebenden globalen Konjunkturdynamik und der Euro-Stärke dürfte der Außenhandel den Aufschwung

hingegen leicht dämpfen. Das BIP-Wachstum im Euroraum wird deshalb 2008 voraussichtlich mit 2,0 % nicht mehr so kräftig ausfallen wie 2007.

Gesamtwirtschaftliche Situation in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft dürfte 2008 auf Wachstumskurs bleiben. Die konjunkturelle Dynamik wird allerdings nachlassen. Schwächere Impulse sind seitens der ausländischen Nachfrage zu erwarten. Diese sollte zwar weiter zunehmen, ihr Wachstum wird aber von dem starken Euro gebremst. Die Investitionen sollten langsamer steigen als im Vorjahr. Bei den Ausrüstungsinvestitionen wird sich der Aufwärtstrend zwar fortsetzen; das Aufschwungstempo wird sich aber aufgrund der Unternehmenssteuerreform, die zu Jahresbeginn 2008 in Kraft getreten ist, verlangsamen. Viele Unternehmen dürften Investitionen in das Jahr 2007 vorgezogen haben, um so noch in den Genuss der degressiven Abschreibung zu kommen. Bei den gewerblichen Bauinvestitionen rechnen wir dagegen mit einer Beschleunigung des Aufschwungs, während die Wohnungsbauinvestitionen nur sehr mäßig wachsen dürften.

Eine spürbare Belebung erwarten wir beim privaten Verbrauch. Dieser sollte von der deutlichen Verbesserung am Arbeitsmarkt und dem damit verbundenen höheren Volkseinkommen profitieren. Zudem entfällt die Belastung durch die höhere Mehrwertsteuer, die den Konsum 2007 kräftig gedämpft hat. Der private Verbrauch sollte damit 2008 zu einer tragenden Säule der Konjunktur werden. Dies wird zwar nicht ausreichen, um das Wachstumstempo des Vorjahres zu halten. Mit einem Zuwachs des BIP um 2,1 % dürfte sich der Aufschwung in Deutschland jedoch 2008 fortsetzen. Der Sachverständigenrat sowie einige deutsche Wirtschaftsforschungsinstitute kommen zu ähnlichen bis leicht skeptischeren Einschätzungen.

Märkte

Im Januar 2008 hat die US-Notenbank angesichts wachsender Konjunktursorgen und anhaltender Verspannungen im US-Finanzsystem ihren Leitzins in zwei Schritten auf 3 % abgesenkt. Da die Unsicherheit über die Konjunkturentwicklung in den USA vorerst noch anhalten wird, rechnen wir mit einer weiteren Reduzierung des Notenbankzinses auf 2,5 % in der ersten Jahreshälfte. Für eine weitergehende Senkung, wie sie am Markt erwartet wird, sehen wir in anbeacht der vorhandenen Inflationsrisiken keinen Spielraum. Vielmehr könnte die US-Notenbank bei einer wieder anziehenden US-Konjunkturdynamik gegen Ende 2008 bereits einen Kurswechsel in Richtung steigender Leitzinsen signalisieren. Dies sollte die US-Währung gegenüber dem Euro stützen und zu einer leichten Aufwertung des US-Dollars führen.

Im Spannungsfeld zwischen Inflationsrisiken auf der einen und einem unsicheren Konjunkturmilieu auf der anderen Seite dürfte die EZB ihren Leitzins auf absehbare Zeit auf dem aktuellen Niveau von 4 % konstant halten. Bis Ende 2008 rechnen wir nicht mit einer Änderung der Notenbankzinsen im Euroraum. Die Kapitalmarktzinsen dürften von ihrem derzeit niedrigen Niveau leicht steigen, sobald die Konjunktursorgen wie von uns erwartet im weiteren Jahresverlauf abnehmen. Bei den Geldmarktsätzen rechnen wir in 2008 nicht mit einer signifikanten Veränderung. Die Zinsstrukturkurve im Euroraum dürfte damit auch 2008 relativ flach bleiben.

Branchensituation

Für die Finanzbranche dürfte das Jahr 2008 im Zeichen einer anhaltend flachen Zinsstrukturkurve und volatiler Kapitalmärkte stehen.

2008 sollte das Kreditgeschäft in Deutschland wiederum moderat wachsen, die Entwicklung der einzelnen Marktsegmente wird aber wohl gespalten bleiben. Bei den Ausleihungen an Unternehmen rechnen wir mit einem erneuten kräftigen Zuwachs. Wenngleich sich die Ausrüstungsinvestitionen voraussichtlich nicht mehr so stark erhöhen werden wie im Berichtsjahr, wird im Zuge des fortschreitenden Investitionszyklus der Bedarf an Fremdfinanzierungsmitteln aber dennoch weiter steigen. Bei den konsumorientierten Krediten sind erneut allenfalls leichte Zuwächse zu erwarten. Zwar sollte der private Verbrauch 2008 spürbar zulegen, doch dürfte der zusätzliche Konsum überwiegend aus den steigenden Einkommen finanziert werden. Mit einer leichten Belebung ist bei den Wohnungsbaukrediten zu rechnen. Die Wohnungsbauinvestitionen werden 2008 erneut nur sehr schwach wachsen, allerdings hat sich die Zahl der Baugenehmigungen, die Anfang 2007 eingebrochen war, inzwischen wieder auf einem etwas höheren Niveau stabilisiert. Dies wird den Finanzierungsbedarf voraussichtlich leicht steigen lassen.

Die Qualität der Kreditportfolios deutscher Banken dürfte sich 2008 auf einem hohen Niveau stabilisieren. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen sollte allerdings nur noch leicht zurückgehen. Bereits im Verlauf des Jahres 2007 hat sich der Abwärtstrend spürbar abgeschwächt. Zudem wird auf dem erreichten niedrigen Niveau bei gleichzeitiger Abschwächung der konjunkturellen Dynamik das Potenzial für weitere Rückgänge deutlich kleiner. Grundsätzlich ist bei den Verbraucherinsolvenzen aufgrund des weiterhin hohen Bestandes an Altfällen mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Der Zuwachs sollte 2008 aber nochmals deutlich geringer ausfallen als im Vorjahr. Zu beachten ist überdies, dass möglicherweise noch im Verlauf des Jahres 2008 eine rechtliche Neuregelung der Verbraucherinsolvenz in Kraft tritt, die sich auf die Zahl der Insolvenzen auswirken kann.

Bei den deutschen Banken sind aus unserer Sicht - wie auch bei anderen europäischen und US-Banken - in 2008 im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise weitere Belastungen nicht auszuschließen. Insbesondere bei strukturierten Produkten kann es nochmals zu Herabstufungen der Ratings kommen. In der Folge sind weitere Kursverluste bei den entsprechenden Produkten möglich, die zu finanziellen Auswirkungen auf Banken weltweit führen können. Anfang 2008 traten zudem Probleme bei US-Versicherern zu Tage, die sich auf die Vergabe von Garantien für Wertpapieremissionen spezialisiert haben. Die Ausfälle bei US-Hypotheken an Schuldner minderer Bonität werden voraussichtlich weiter steigen. Zudem bleibt der Angebotsdruck auf dem US-Immobilienmarkt hoch, so dass 2008 mit weiteren Rückgängen der Immobilienpreise gerechnet werden muss. Außerdem ist das Risiko eines Übergreifens dieser Entwicklungen auf andere Märkte sowie auf die wirtschaftliche Entwicklung in den USA nach wie vor gegeben.

Investitionsschwerpunkte 2008

Die Investitionsausgaben der Postbank im Jahr 2008 werden sich zum einen auf die Umsetzung gesetzlicher Anforderungen wie Abgeltungssteuer, Basel II und das Projekt Liquiditätssteuerung konzentrieren. Ziel dieses Projektes ist die Implementierung einer optimierten Liquiditätsrisiko-Steuerung orientiert an den Baseler „Sound Practice“. Dadurch wird die Umsetzung der nationalen aufsichtsrechtlichen Vorgaben um internationale Komponenten ergänzt.

Zum anderen werden im Rahmen des Projektes „Filiale im Wandel“ weitere Filialen optimiert, mit dem Ziel die Cross-Selling-Quote nachhaltig zu verbessern und weitere Neukunden zu gewinnen. Darüber hinaus wird die Verschmelzung des AXA-Kollektivs vorbereitet und das Projekt „Fit für Wachstum“ weiter umgesetzt. Weiterhin fortgeführt werden verschiedene IT Investitionen wie der Ausbau der Payment-Solution-Plattform und die Dekommissionierung und Bereitstellung der IT-Infrastruktur.

Ziele Postbank

Die Postbank erwartet auch für die kommenden Jahre eine Fortsetzung der positiven Geschäftsentwicklung.

Auf der Grundlage ihrer Stärke im Kostenmanagement und ihrer im Markt einzigartigen Vertriebsplattform beabsichtigt die Postbank im Retail Banking ihren Wachstumskurs fortzusetzen und Marktanteile hinzuzugewinnen. Sie will ihre rund 14,5 Millionen Kunden künftig mit einem höheren Serviceniveau überzeugen und Innovationsführer bei Produkten und Prozessen sein. Hierzu wird sie ihre Vertriebskapazitäten im Privatkundengeschäft insbesondere auf die 4,6 Millionen Stammkunden des Postbank Konzerns fokussieren. Diese Kunden wickeln ihre Bankgeschäfte vorwiegend über die Postbank ab. Die Postbank will die Zahl ihrer Stammkunden bis 2010 auf 5,2 Millionen Kunden steigern und gleichzeitig deren Potenzial durch intensiveres Cross-Selling stärker ausschöpfen. Gegenüber den weiteren knapp zehn Millionen Potenzialkunden wird sie ein anhaltend hohes Leistungsniveau erbringen.

Im Firmenkundengeschäft wird sich die Postbank darauf konzentrieren, für bis zu 3.000 ihrer insgesamt rund 30.000 Kunden zu einer ihrer Top-5-Banken zu gehören. Mit einer auch für die Firmenkunden erweiterten Value Proposition werden wir uns hier als Liquiditäts- und Finanzmanagement-Spezialist im Markt positionieren. Um dies zu erreichen soll u. a. der Bestand an Mittelstandskrediten bis zum Jahr 2010 auf 5 Mrd € steigen. Gleichzeitig wird das profitable Geschäft der gewerblichen Immobilienfinanzierung mit Schwerpunkt Europa gezielt und risikobewusst ausgebaut. Insgesamt sollen die Erträge aus dem Firmenkundengeschäft bis zum Jahr 2010 signifikant steigen.

Zur Erschließung weiterer Wachstumspotenziale will die Postbank ihr Transaction Banking in Richtung des europäischen Marktes ausbauen. Angesichts der dazu erforderlichen Investitionen strebt sie hierzu eine Partnerstrategie an. Bereits in der ersten Jahreshälfte 2008 wird sie den Aufbau ihrer mandantenfähigen Plattform nach SEPA-Standard abschließen. Auch ihre Kompetenzen in der Kreditabwicklung will sie zur Marktfähigkeit ausbauen.

Aufgrund der oben beschriebenen Maßnahmen erwarten wir eine weitere Verbesserung des Betriebsergebnisses der Postbank in den Jahren 2008 und 2009. Dieses wird durch ein kontinuierliches Wachstum der Erträge sowie weiterhin konsequentes Kostenmanagement erreicht werden können.

Bei der Risikoversorge erwarten wir entsprechend der geplanten Ausweitung des Kreditvolumens einen Anstieg gegenüber dem Berichtsjahr.

Bei einer weiteren spürbaren Verschlechterung der Situation an den Kapitalmärkten im Vergleich zu 2007 bzw. einem Übergreifen der

Entwicklung auf die Realwirtschaft mit entsprechenden Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven kann auch die Postbank weitere finanzielle Belastungen nicht ausschließen.

Die Postbank ist somit mit ihrem Geschäftsmodell langfristig gut aufgestellt. Wir werden uns auch künftig schwerpunktmäßig auf das Privatkundengeschäft in unserem Heimatmarkt Deutschland konzentrieren. Die künftig noch stärkere Fokussierung auf unsere Stammkunden und die kontinuierliche Optimierung unserer Service- und Beratungsangebote, wird zu unserem Erfolg einen maßgeblich Beitrag leisten.

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, den 12. Februar 2008
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Dr. Wolfgang Klein



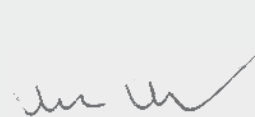
Dirk Berensmann

Dr. Mario Daberkow



Stefan Jütte

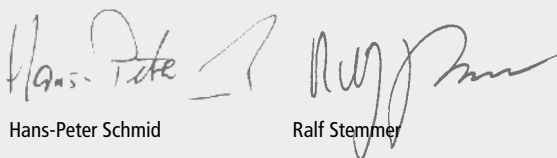
Guido Lohmann



Dr. Michael Meyer



Loukas Rizos



Hans-Peter Schmid

Ralf Stemmer

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007 – Deutsche Postbank AG, Bonn

Aktivseite

	€	Vorjahr Mio €	€	€	€	Vorjahr Mio €
1. Barreserve						
a) Kassenbestand			1.031.879.810,22			805
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			2.172.426.909,64			107
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	2.170.371.354,99	105				
c) Guthaben bei Postgiroämtern				-,-	<u>3.204.306.719,86</u>	
2. Forderungen an Kreditinstitute						
a) täglich fällig			1.673.363.243,15			977
b) andere Forderungen			24.182.164.114,45		<u>25.855.527.357,60</u>	16.538
3. Forderungen an Kunden					<u>61.386.531.234,58</u>	53.169
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	25.730.021.215,31	23.031				
Kommunalkredite	3.543.357.518,90	5.434				
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						
a) Geldmarktpapiere				-,-		
aa) von öffentlichen Emittenten				-,-		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-	0				
ab) von anderen Emittenten			5.730.069.163,03	5.730.069.163,03		171
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.291.909.913,03	151				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			13.410.719.929,90			14.118
ba) von öffentlichen Emittenten						
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	13.126.806.093,01	13.723				
bb) von anderen Emittenten			32.878.478.144,24	46.289.198.074,14		28.649
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	26.507.140.373,45	23.059				
c) eigene Schuldverschreibungen				71.264.722,95	<u>52.090.531.960,12</u>	86
Nennbetrag	72.706.219,13	85				
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					<u>10.259.828.388,47</u>	12.814
6. Beteiligungen					<u>16.501.557,65</u>	33
darunter:						
an Kreditinstituten	1.158.617,98	1				
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-	31				
7. Anteile an verbundenen Unternehmen					<u>4.287.959.661,53</u>	3.975
darunter:						
an Kreditinstituten	712.432.765,28	563				
an Finanzdienstleistungsinstituten	5.000.000,00	5				
8. Treuhandvermögen					<u>1.174.402.557,99</u>	1.287
darunter: Treuhandkredite	1.103.244.527,15	1.203				
9. Immaterielle Anlagewerte					<u>17.237.898,71</u>	19
10. Sachanlagen					<u>638.885.533,04</u>	658
11. Sonstige Vermögensgegenstände					<u>1.364.843.138,57</u>	1.007
12. Rechnungsabgrenzungsposten					<u>965.354.788,83</u>	802
Summe der Aktiva					161.261.910.796,95	135.215

				Passivseite		
				€	€	Vorjahr Mio €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
a) täglich fällig			4.201.947.619,94			2.230
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			51.497.538.704,89	<u>55.699.486.324,83</u>		36.787
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	34.418.546.007,85					35.403
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	228.494.486,61		34.647.040.494,46			259
b) andere Verbindlichkeiten						
ba) täglich fällig	24.717.750.486,76					22.905
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	26.745.803.540,98		51.463.554.027,74	<u>86.110.594.522,20</u>		17.178
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen			6.643.439.266,06	<u>7.406.774.989,13</u>		9.403
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			763.335.723,07			
darunter:						
Geldmarktpapiere	763.335.723,07	i.Vj. 578 Mio €				
4. Treuhandverbindlichkeiten				<u>1.174.402.557,99</u>		1.287
darunter: Treuhandkredite	1.103.244.527,15	i.Vj. 1.203 Mio €				
5. Sonstige Verbindlichkeiten				<u>804.953.296,41</u>		478
6. Rechnungsabgrenzungsposten				<u>599.943.562,71</u>		538
7. Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			562.435.687,91			564
b) Steuerrückstellungen			34.266.562,06			29
c) andere Rückstellungen			270.966.425,36	<u>867.668.675,33</u>		241
8. Nachrangige Verbindlichkeiten				<u>3.711.887.101,27</u>		3.194
9. Genussrechtskapital				<u>1.215.584.020,60</u>		1.081
darunter:						
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,-	i.Vj. 4 Mio €				
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken				<u>1.165.000.000,00</u>		1.165
11. Eigenkapital						
a) gezeichnetes Kapital			410.000.000,00			410
b) Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter			51.225.837,62			51
c) Kapitalrücklage			1.158.937.687,86			1.159
d) andere Gewinnrücklagen			648.178.287,62			591
e) Bilanzgewinn			237.273.933,38	<u>2.505.615.746,48</u>		262
Summe der Passiva				161.261.910.796,95		135.215
			€	€		Vorjahr Mio €
1. Eventualverbindlichkeiten						
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen			-,-			
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen *			<u>3.462.070.974,79</u>			7.281
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-,-	<u>3.462.070.974,79</u>		
2. Andere Verpflichtungen						
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,-			-
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,-			-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>20.283.317.205,57</u>	<u>20.283.317.205,57</u>		16.603
* Verpflichtungen aus Patronatserklärungen sind im Anhang unter Punkt C.I. angegeben						

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

Gewinn- und Verlustrechnung – Deutsche Postbank AG, Bonn, für die Zeit vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007

Vergleichszahlen vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2006

Aufwendungen

	€	€	€	Vorjahr Mio €
1. Zinsaufwendungen			<u>4.575.051.841,66</u>	3.657
2. Provisionsaufwendungen			<u>238.573.802,45</u>	219
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	499.909.995,03			476
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung 153.511.120,59 €, i.Vj. 162 Mio €	201.549.675,20	701.459.670,23		208
b) andere Verwaltungsaufwendungen		1.455.589.798,34	<u>2.157.049.468,57</u>	1.355
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			<u>29.791.006,42</u>	54
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen			<u>52.709.684,65</u>	24
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>901.528.683,47</u>	405
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			<u>12.999.694,81</u>	35
8. Aufwendungen aus Verlustübernahme			<u>31.101.563,41</u>	62
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			<u>25.274.644,64</u>	46
10. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen			<u>8.005.444,40</u>	5
11. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			<u>3.707.647,39</u>	4
12. Jahresüberschuss			<u>237.273.933,38</u>	262
Summe der Aufwendungen			<u>8.273.067.415,25</u>	6.812

Erträge

	€	€	Vorjahr Mio €
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	4.090.795.665,29		3.305
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.777.131.989,37	<u>5.867.927.654,66</u>	1.421
2. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	737.639.715,12		488
b) Beteiligungen	266.763,37		0
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	10.732.321,23	<u>748.638.799,72</u>	18
3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		<u>242.989.811,01</u>	230
4. Provisionserträge		<u>766.692.705,20</u>	730
5. Nettoertrag aus Finanzgeschäften		<u>92.934.061,36</u>	66
6. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		--	0
7. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behan- delten Wertpapieren		<u>129.604.465,18</u>	126
8. Sonstige betriebliche Erträge		<u>424.279.918,12</u>	407
9. Erträge aus der Abwicklung DSL-Holding AG i.A.		--	21
Summe der Erträge		<u>8.273.067.415,25</u>	<u>6.812</u>

	€	Vorjahr Mio €
1. Jahresüberschuss	<u>237.273.933,38</u>	<u>262</u>
2. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	--	--
	<u>237.273.933,38</u>	<u>262</u>
3. Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
a) aus der gesetzlichen Rücklage	--	--
b) aus der Rücklage für eigene Anteile	--	--
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	--	--
d) aus anderen Gewinnrücklagen	--	--
	<u>237.273.933,38</u>	<u>262</u>
4. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die gesetzliche Rücklage	--	--
b) in die Rücklage für eigene Anteile	--	--
c) in satzungsmäßige Rücklagen	--	--
d) in andere Gewinnrücklagen	--	--
5. Bilanzgewinn	<u>237.273.933,38</u>	<u>262</u>

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

Anhang

Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

A. Allgemeine Angaben zur Gliederung des Jahresabschlusses sowie zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG (Postbank) wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt und umfasst den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Wie Umlaufvermögen bewertete Vermögensgegenstände

Die Barreserve, die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, andere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit ihrem Nennwert angesetzt. Agien/Disagien wurden zeitanteilig verteilt. Angekaufte Forderungen wurden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Die in den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden enthaltenen Namenspapiere und Schuldscheindarlehen sind nach § 340e Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem Nennbetrag zuzüglich abgegrenzter Zinsen bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwerten und den Anschaffungskosten wurden in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und planmäßig aufgelöst.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft sowie Länderrisiken wurde durch die Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen in steuerlich zulässiger Höhe. Darüber hinaus besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit ihren historischen Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert (§ 340e Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 1 HGB und § 280 HGB). Soweit Wertpapiere durch betrags-, währungs- und laufzeitkongruente Termin- oder Optionsgeschäfte gesichert wurden, sind Bewertungseinheiten gebildet worden. Bewertungsergebnisse wurden nicht berücksichtigt.

Soweit derivative Produkte zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, sind sie zu aktuellen Marktpreisen bewertet worden. Für Bewertungsverluste wurden Rückstellungen gebildet. Bewertungsgewinne wurden nicht vereinnahmt.

Die Postbank führt eine Portfoliobewertung für die Geldhandelsbücher in der Abteilung Geld- und Devisenhandel und Treasury Asset-Swaps durch. Die Zinsfutures, Optionen auf Zinsfutures und Geldmarktprodukte innerhalb der Handelsportfolien Geldmarkt-Kasse, Geldmarkt-Derivate,

Geldmarkt-Portfolio und dem Handelsportfolio ASW-Derivate werden mit Marktkursen bewertet. Die sich ergebenden Bewertungsverluste werden mit Bewertungsgewinnen des Portfolios verrechnet. Eine sich ergebende Spitze wird erfolgswirksam vereinnahmt.

Wie im Vorjahr wurde das Verfahren einer risikoadjustierten Marktbewertung für die Geldhandelsportfolien und das Swaphandelsportfolio angewandt. Dabei wird das ermittelte Mark-to-Market-Ergebnis jedes dieser Portfolien um den nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben (zehn Tage Haltedauer, 99 % Konfidenzniveau, historischer Beobachtungszeitraum von einem Jahr) ermittelten Value-at-Risk (VaR) gekürzt. Damit wird sichergestellt, dass im Nettoertrag aus Finanzgeschäften keine schwebenden Gewinne aus risikobehafteten Portfolien ausgewiesen werden. Diese ergebniswirksame risikoadjustierte Marktbewertung wird durch einen bilanziellen Ausgleichsposten abgebildet, der unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen wird.

Wie Anlagevermögen bewertete Vermögensgegenstände

Wie Anlagevermögen bewertete Wertpapiere wurden gemäß § 340e Abs. 1 i. V. m. § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (Agien/Disagien) wurden zeitanteilig verteilt. Die Bestände werden buchhalterisch getrennt von den Wertpapieren des Umlaufvermögens geführt.

Im Berichtsjahr wurden neu erworbene Asset Backed Securities in Teilen dem Anlagevermögen zugeordnet. Die enthaltenen synthetischen CDO stellen strukturierte Produkte nach IDW ERS HFA 22 dar und werden bilanziell getrennt dargestellt.

Beteiligungen einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden gemäß § 340e Abs. 1 S. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet.

Die auf ausländische Währung lautenden Beteiligungen einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen wurden mit dem jeweiligen Anschaffungskurs in € umgerechnet.

Immaterielle Anlagewerte

Entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen bilanziert. Die Abschreibungen erfolgen linear, nach Maßgabe steuerlich zulässiger Werte.

Die immateriellen Anlagewerte entfallen im Wesentlichen auf den Geschäfts- und Firmenwert der Niederlassung London, der planmäßig über 15 Jahre abgeschrieben wird.

Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen, entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer – orientiert an den steuerlichen AfA-Tabellen – angesetzt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden gemäß § 6 Abs. 2 EStG im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Rechnungsabgrenzungsposten

Erhaltene und gezahlte Close-out-Zahlungen bei Mikrowaps, deren Basiskontrakte noch im Bestand sind, werden grundsätzlich abgegrenzt und über die Laufzeit des Underlyings zeitanteilig aufgelöst. Gegen den Abschreibungsbedarf auf den Basiskontrakt wurde erstmalig in 2007 kompensierend die Auflösung der Close-out-Zahlung gebucht.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag passiviert. Agien/Disagien wurden zeitanteilig verteilt. Begebene Zerobonds sind mit dem Emissionswert zuzüglich anteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert. Die anteiligen Zinsen von Zerobonds wurden nach der Effektiv-Zinsmethode zugeschrieben.

Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung der „Richttafeln 2005 G“ errechnet und mit dem steuerlich zulässigen Teilwert der Verpflichtungen für laufende Pensionszahlungen und Pensionsansparungen bewertet.

Die Steuerrückstellungen und die anderen Rückstellungen wurden ausreichend bemessen und tragen allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten stellen im Wesentlichen vier Emissionen von nachrangigen Schuldverschreibungen dar, die durch für diesen Zweck bestehende Tochtergesellschaften für 1.600 Mio € gekauft wurden. Die Nachrangigen Verbindlichkeiten sind nicht vor einer Mindestlaufzeit von 5 Jahren rückzahlbar.

Eventualverbindlichkeiten

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen mit ihren valutierenden Beträgen zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Die Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung wurden gemäß § 340h Abs. 1 Satz 2 HGB mit den am Bilanzstichtag gültigen Kassamittelkursen in € umgerechnet. Termingeschäfte, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt sind, wurden zum Terminkurs des Bilanzstichtages bewertet.

Ergebnisse aus der Umrechnung kursgesicherter Bilanzposten und korrespondierender schwebender Geschäfte wurden durch die Bildung von Ausgleichsposten neutralisiert.

Die auf Fremdwährung lautenden Bilanzbestände und schwebenden Geschäfte werden in jeder Währung gemäß § 340h Abs. 2 S. 2 HGB als besonders gedeckt eingestuft und bewertet. Dementsprechend wurden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340h Abs. 2 S. 1 und 2 HGB in der Erfolgsrechnung erfasst. Auszusondernde Erträge ergaben sich nicht, da die am Bilanzstichtag bestehenden Positionen aufgrund der hohen Umschlaghäufigkeit zeitnah begründet worden sind.

III. Angaben über Beteiligungsverhältnisse

Die Postbank wurde zum 31. Dezember 2007 in den Konzernabschluss der DPAG aufgenommen. Der Konzernabschluss der DPAG ist im elektronischen Bundesanzeiger hinterlegt.

IV. KWG Grundsätze

Im Berichtsjahr hielten sich die eigenen Mittel und die Liquidität der Postbank stets im Rahmen der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht aufgestellten Grundsätze (§§ 10, 10a und 11 KWG).

B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Aktivseite der Bilanz

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Verbundene Unternehmen		
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an verbundene Unternehmen enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	3.325	6.930
Forderungen an Kunden	4.503	1.308
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.466	0
Sonstige Vermögensgegenstände	1.004	680
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	0	0
Forderungen an Kunden	71	77
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Sonstige Vermögensgegenstände	0	23
Nachrangige Forderungen		
Nachrangige Forderungen sind in folgenden Positionen ausgewiesen:		
Forderungen an Kreditinstitute	21	21
Forderungen an Kunden	0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0

Die Erhöhung der Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere resultiert im Wesentlichen aus von der BHW Bausparkasse AG erworbenen Geldmarktpapieren (Zerobonds).

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Als Deckung verwendet mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	105	267
davon mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	0	0
davon vier Jahren oder länger	105	267

Wertpapierpensionsgeschäfte

Reverse Repos in Höhe von 11.980 Mio € wurden als Forderungen an Kreditinstitute bilanziert.

Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesem Geschäftstyp entstandene Zinsen in Höhe von 172 Mio € wurden als Zinserträge erfasst.

Repos in Höhe von 8.710 Mio € wurden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilanziert. Aus diesem Geschäftstyp entstandene Zinsen in Höhe von 274 Mio € wurden als Zinsaufwendungen erfasst.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Forderungen an Kunden		
Als Deckung verwendet mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	17.207	17.937
weniger als vier Jahren	49	15
davon vier Jahren oder länger	17.158	17.922
Sicherung durch Grundpfandrechte	25.730	23.031
davon als Deckung verwendet	13.231	12.608
Kommunaldarlehen	3.543	5.434
davon als Deckung verwendet	3.542	5.329

Die wesentliche Veränderung der Forderungen an Kunden resultiert im Berichtsjahr aus der Herauslegung neuer Wohnungsbaudarlehen mit einem Volumen von 3,8 Mrd €. Darüber hinaus wurden Forderungen von der BHW Bausparkasse AG in Höhe von 2,6 Mrd € angekauft. Desweiteren haben sich die Forderungen durch einen Anstieg der internationalen gewerblichen Finanzierungen in Höhe von 1 Mrd € und durch Konsortialkredite in Höhe von 0,5 Mrd € erhöht.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
In dieser Position sind börsenfähige Wertpapiere enthalten in Höhe von:	52.091	43.024
Geldmarktpapiere		
Von öffentlichen Emittenten		
börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
Von anderen Emittenten		
börsennotierte Geldmarktpapiere	5.730	171
nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Von öffentlichen Emittenten		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	13.307	14.114
nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	104	4
Von anderen Emittenten		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	31.913	28.131
nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	966	518
Nicht nach dem Niederstwertprinzip bewertete Wertpapiere	7.138	9.962
Eigene Schuldverschreibungen		
börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	70	85
nicht börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	1	1

Im Anlagevermögen sind 62 Wertpapiere mit einem Buchwert von 7.138 Mio € (Vorjahr: 9.962 Mio €) enthalten, bei denen, bei einer Bewertung mit den Börsenkursen des Bilanzstichtages, Abschreibungen in Höhe von 413 Mio € (Vorjahr: 275 Mio €) angefallen wären. 24 Wertpapiere (Buchwert: 2.223 Mio €, Marktwert: 2.145 Mio €) betreffen inländische Banken. 3 Wertpapiere (Buchwert: 82 Mio €, Marktwert: 81 Mio €) betreffen ausländische Banken. 8 Wertpapiere (Buchwert: 3.489 Mio €, Marktwert: 3.237 Mio €) betreffen ausländische Staatsanleihen der Europäischen Union. Desweiteren wurden bei 7 inländischen Bundes- und Landesanleihen (Buchwert: 859 Mio €, Marktwert: 816 Mio €) sowie bei der im nächsten Jahr fälligen Anleihe der Stadt Weimar (Buchwert: 20 Mio €) und bei 20 Asset Backed Securites (Buchwert: 486 Mio €, Marktwert: 446 Mio €) die Wertänderungen nicht erfolgswirksam erfasst. Die Wertänderungen bei den verzinslichen Wertpapieren sind zins- und creditspreadinduziert und voraussichtlich nicht von Dauer. Für die gemäß IDW ERS HFA 22 Stellungnahme von den synthetischen Collateralized Debt Obligations abgespaltenen Credit Default Swaps wurde eine Drohverlustrückstellung in Höhe von 32 Mio € berücksichtigt.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
In dieser Position sind börsenfähige Wertpapiere enthalten in Höhe von:	712	2.550
davon börsennotierte Wertpapiere	689	2.257
davon nicht börsennotierte Wertpapiere	23	293
Nicht nach dem Niederstwertprinzip bewertete Wertpapiere	0	0

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Beteiligungen		
In dieser Position sind börsenfähige Anteile enthalten in Höhe von:	6	33
davon börsennotiert	6	0
davon nicht börsennotiert	0	33
Anteile an verbundenen Unternehmen		
In dieser Position sind börsenfähige Anteile enthalten in Höhe von:	4.147	3.975
davon börsennotiert	1.753	1.753
davon nicht börsennotiert	2.394	2.222

Anlagespiegel

	Historische Anschaffungskosten 01.01.2007	Zugänge	Abgänge	Wechselkurs-/ Zinsabgrenzungs- änderungen	Kumulierte Abschreibungen	Restbuchwert 31.12.2007	Abschreibung Geschäftsjahr 2007
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	11.311	626	4.435	-101	13	7.590	13
Beteiligungen	33	6	22	0	0	17	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	3.975	313	0	0	0	4.288	0
Sachanlagen	1.002	10	0	0	373	639	28
Gesamt	16.321	955	4.457	-101	386	12.534	41

Die Zugänge bei den Beteiligungen betreffen den Erwerb von Aktien an der Hypoport AG (6.000 T€). Die Abgänge resultieren aus dem Verkauf der 50%igen Beteiligungen an der PB Lebensversicherung AG (14.339 T€) sowie der PB Versicherung AG (7.632 T€) mit Wirkung zum 30. September 2007.

Die Zugänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betreffen im Wesentlichen die Kapitalerhöhungen der PB (USA) Holdings Inc. (144.305 T€) und der Erwerb der BHW Bank AG (160.100 T€) zum 1. Oktober 2007.

Weitere Zugänge betreffen die Dotierung einer Kapitalrücklage an der Postbank Vertriebsakademie GmbH (vormals PB Dritte Beteiligungen GmbH) (1.900 T€), die Kapitalerhöhung bei der PB Factoring GmbH (6.546 T€), sowie die Kapitaleinlagen der neu gegründeten Gesell-

schaften Deutsche Postbank Funding Trust IV (50 T€) und Deutsche Postbank Funding LLC IV (25 T€).

Darüber hinaus wurde die Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A. mit Wirkung zum 1. Januar 2007 von der Deutschen Postbank AG an die Deutsche Postbank International S.A. (PBI) veräußert.

Die am 1. Januar 2007 von der Deutschen Post AG übernommenen Anteile (100%) an der einsnull IT-Support GmbH, Köln wurden von der Postbank am 13. August 2007 an die PB Beteiligungen GmbH veräußert.

Die Sachanlagen enthalten die im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzten Grundstücke und Gebäude in Höhe von 540 Mio € und Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 15 Mio €.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Sonstige Vermögensgegenstände		
Hier werden im Wesentlichen folgende Werte ausgewiesen:		
Nicht bankgeschäftliche Forderungen	1.004	702
Ausgleichsposten Portfoliobewertung	297	163
Steuererstattungsansprüche	33	49
Erstattungsanspruch PB Lebensversicherung AG	17	0
Einzugspapiere	7	77
Erstattungsanspruch an den Bund	0	9

Die Postbank weist unter den sonstigen Vermögensgegenständen im Wesentlichen Forderungen an die Spezialfonds (SF) aus Ausschüttung in Höhe von 680 Mio €, Forderungen gegenüber der Postbank Filialvertrieb AG in Höhe von 214 Mio €, der PB Firmenkunden AG in Höhe von 32 Mio € und ein nicht realisiertes Bewertungsergebnis aus Eigenhandelsportfolien (Mark-to-Market-Bewertung) in Höhe von 297 Mio € aus.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten		
In dem Ausweis sind enthalten:		
Close-out-Zahlungen bei Mikroswaps	510	257
Agjoabgrenzungen aus Forderungen	214	302
Abgrenzung Emissionskosten/Disagio	71	60

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Restlaufzeiten		
andere Forderungen an Kreditinstitute	24.182	16.538
bis 3 Monate	17.860	10.244
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.996	3.381
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.585	2.565
mehr als 5 Jahre	741	348
mit unbestimmter Laufzeit	0	0
Forderungen an Kunden	60.875	52.466
bis 3 Monate	8.723	4.483
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	6.598	5.286
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	18.727	18.571
mehr als 5 Jahre	24.640	22.652
mit unbestimmter Laufzeit	2.187	1.474

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
im Folgejahr fällig werdend	10.883	5.935

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Fremdwährungsaktiva		
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände	17.608	14.739
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Treuhandvermögen		
In dieser Position sind enthalten:	1.174	1.287
Forderungen an Kunden	1.123	1.240
Forderungen an Kreditinstitute	51	47

Den traditionellen Schwerpunkt bildet die Finanzierung von Maßnahmen zur Strukturverbesserung des ländlichen Raumes, insbesondere die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe im Haupt- und Nebenerwerb. In den neuen Bundesländern finanziert die Bank im Rahmen staatlicher Förderprogramme die Wiedereinrichtung und die Umstrukturierung landwirtschaftlicher Unternehmen durch Gewährung von Darlehen und Zuschüssen sowie durch Zinsverbilligungen und Bürgschaften.

II. Passivseite der Bilanz

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Verbundene Unternehmen		
In den nachstehenden Positionen sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in unverbriefter Form enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.320	1.783
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	158	104
Sonstige Verbindlichkeiten	139	51
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Sonstige Verbindlichkeiten		
Im Wesentlichen setzt sich diese Position zusammen aus:		
Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	340	207
Steuerverbindlichkeiten	145	86
Nicht bankgeschäftliche Verbindlichkeiten	139	51

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten		
Im Ausweis sind enthalten:		
Close-Out-Zahlungen bei Mikroswaps	449	348
Disagioabgrenzungen aus Forderungen	58	49
Emissionskosten/Agioabgrenzung begebene Anleihen	22	14
Über Pari-Anteil erworbener Par-Structure-Bonds	15	55
Zinsen und Gebühren Ratenkredite	0	0

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Rückstellungen		
In den anderen Rückstellungen sind enthalten:		
Personalbezogene Rückstellungen	93	88
Drohverlustrückstellungen aus Derivaten	63	9
Rückstellungen für Neustrukturierungsmaßnahmen	35	71

Nachrangige Verbindlichkeiten

Am 29. Juni 2007 ist eine nachrangige Anleihe mit einem Nominalvolumen von insgesamt 500 Mio € emittiert worden. Diese Schuldverschreibung ist am 29. Juni 2037 endfällig. Nach dem 29. Juni 2017 ist eine vorzeitige Rückzahlung möglich. Bis dahin wird die Anleihe mit 5,983 % verzinst. Danach ist die Verzinsung variabel.

Gläubiger der Verbindlichkeit von 500 Mio € ist eine in den USA gegründete Tochtergesellschaft, die Deutsche Postbank Funding Trust LLC IV. Einziger Zweck dieser Gesellschaft ist die Begebung von Wertpapieren an die neu gegründete Deutsche Postbank Funding Trust IV (Trust IV). Das neu gegründete Tochterunternehmen ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Postbank. Die Anleihe in Höhe von 500 Mio € wurde von der Postbank direkt begeben und befindet sich im Streubesitz.

Trust IV begibt sogenannte Trust-Preferred-Wertpapiere an externe Investoren. Die Trust-Preferred-Wertpapiere sind zum amtlichen Markt in Luxemburg zum Handel zugelassen.

Angaben zu jeder Mittelaufnahme über mehr als 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten:

ISIN	Währung	Betrag	Zinssatz	Fälligkeit
DE0001397081	€	500.000.000	variabel	04.11.2015
XF0002431707	€	500.027.000	6,005 %	23.12.2034
XF0002432002	€	500.076.000	5,983 %	29.06.2037

Die Bedingungen der nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen aufgrund kurzfristiger Fälligkeiten nicht in vollem Umfang den Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG; ein außerordentliches Kündigungsrecht ist dem Gläubiger nicht eingeräumt.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Für die nachrangigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen (einschließlich anteiliger Zinsen und Agioeträge) angefallen in Höhe von:	186	163

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Restlaufzeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	51.497	36.787
bis 3 Monate	34.285	27.313
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	10.463	3.008
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.197	3.840
mehr als 5 Jahre	3.552	2.626

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Spareinlagen	228	259
bis 3 Monate	5	4
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	59	66
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	164	189
mehr als 5 Jahre	0	0

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	26.746	17.178
bis 3 Monate	6.136	4.015
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	5.305	2.122
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.728	4.015
mehr als 5 Jahre	11.577	7.026

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Verbrieftes Verbindlichkeiten		
Begebene Schuldverschreibungen		
im Folgejahr fällig werdend	1.252	2.327

Für die Verbindlichkeiten sind keine Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen worden.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Fremdwährungspassiva		
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Schulden	17.741	14.716

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Offenmarktgeschäfte		
Im Rahmen von Offenmarktgeschäften waren Wertpapiere mit Rückkaufvereinbarung an den Pfandpool der LZB abgetreten	14.661	9.825

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Treuhandverbindlichkeiten	1.174	1.287
In dieser Position sind enthalten:		
Kapital Treuhandvermögen (Durchlaufende Kredite)	551	594
Kapital Zweckvermögen	415	427
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	152	211
Sondervermögen des Landes Mecklenburg-Vorpommern	45	44
Altenteilerrentenfonds	11	11

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Genussrechte	1.216	1.081
In dieser Position sind enthalten:		
Inhabergenusscheine	560	560
Namensgenusscheine	656	521

Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt 410 Mio € und ist vollständig in 164.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt.

Der Vorstand ist gemäß Satzung ermächtigt, das Grundkapital bis zum 24. März 2009 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer stimmrechtsloser, auf den Namen lautender Stückaktien (Vorzugsaktien) gegen Sacheinlagen um bis zu 41 Mio € zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen.

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung ist der Vorstand ermächtigt, neue auf den Namen lautende Stückaktien bis zu insgesamt 137 Mio € bis zum 10. Mai 2011, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, aus dem genehmigten Kapital II auszugeben. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Die genauen Regelungen zum genehmigten Kapital sind unserer im Internet einsehbaren Satzung zu entnehmen.

Die Hauptversammlung der Postbank am 10. Mai 2007 hat die Vorratsbeschlüsse zum Erwerb eigener Aktien erneuert, die den Vorstand zum Erwerb eigener Aktien bis zu 10 % des Grundkapitals ermächtigen.

Eigenkapitalentwicklung 2007	Gezeichnetes Kapital	Einlagen typischer stiller Gesellschafter	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Bilanzgewinn	Eigenkapital
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 01.01.2007	410	51	1.159	591	262	2.473
Ausschüttung					-205	-205
Einstellung in die Gewinnrücklagen				57	-57	0
Bilanzgewinn					237	237
Stand 31.12.2007	410	51	1.159	648	237	2.505

Der Bilanzgewinn beträgt 237 Mio €. Nach dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstandes sollen 205 Mio € an die Anteilseigner ausgeschüttet und 32 Mio € in die Gewinnrücklagen eingestellt werden. Gemäß § 10 Abs. 4a Satz 1 i.V.m. Abs. 4c KWG werden den Eigenmitteln nach Feststellung des Jahresabschlusses nicht realisierte Reserven in Höhe von 470 Mio € zugerechnet.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Typisch stille Beteiligungen	51	51

Die typisch stillen Gesellschafter erhalten für jedes Geschäftsjahr eine Gewinnbeteiligung auf den Nennbetrag der Vermögenseinlage in Höhe des Prozentsatzes, den die Postbank der Ausschüttung auf das Grundkapital der Bank einschließlich offener Rücklagen zugrunde legt. Der Prozentsatz ist jeweils durch Mindest- bzw. Höchstsätze begrenzt.

III. Gewinn- und Verlustrechnung

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten Aufwendungen für Sonderprojekte in Höhe von 23 Mio €, aus Gerichts- und Prozesskosten 7 Mio € und aus der Vergütung an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation 6 Mio €.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 25 Mio €.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten 335 Mio € Erträge aus Kostenerstattungen für Personal- und Sachaufwendungen. Darüber hinaus enthält die Position 44 Mio € Erträge aus Mieten und Pachten und 12 Mio € Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

IV. Eventualverbindlichkeiten

Unter den Eventualverbindlichkeiten weist die Postbank eine Garantie gegenüber der PB Capital Corp. (PB Capital) in Höhe von 106 Mio € aus. Diese besteht im Wesentlichen aus Mietgarantien für Büroräume, Garantien für CP-Programme sowie Garantien für Swaps und Derivate. Des Weiteren weist sie eine Garantie gegenüber der PBI in Höhe von 945 Mio € aus. Darin werden im Wesentlichen Engagements in Form von Risikounterbeteiligungsvereinbarungen abgesichert, die u. a. nach der Übertragung der Niederlassung Luxemburg die Großkreditgrenze der PBI überschreiten.

C. Sonstige Angaben

I. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Gemäß Artikel 4 § 16 Gesetz zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (PTNeuOG) zahlt die Postbank seit 2000 33 % der Bruttobezüge ihrer aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge ihrer beurlaubten Beamten an eine zu diesem Zweck eingerichtete Unterstützungskasse. Darüber hinausgehende

Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Unterstützungskasse bestehen nicht, sondern sind durch den Bund zu tragen.

Der Barwert der Leasingverbindlichkeiten beträgt 90 Mio €.

Patronatserklärung

Die Postbank trägt dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften PBI, und PB Capital abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II, III und IV, alle vier Delaware, USA, abgegeben.

Nachschussverpflichtung

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht entsprechend gesellschaftsvertraglicher Regelungen eine anteilige Nachschusspflicht von bis zu 5 Mio €. Darüber hinaus haftet die Postbank anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V. angehörenden Gesellschafter.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes.

II. Mitarbeiter (durchschnittliche Arbeitskräfteeinheiten)

	Gesamt 2007	Gesamt 2006
Arbeitnehmer		
Vollzeit	2.936	2.789
Teilzeit	281	277
Beamte Vollzeit	2.268	2.255
Beamte Teilzeit	637	689
	6.122	6.010
Nachwuchs		
Auszubildende	244	262
Trainees	0	0
AIS-Studierend	15	16
	259	278
Gesamtsumme Mitarbeiter	6.381	6.288

III. Vorstandsvergütung 2007

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung wird vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrates berät über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG

unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten und überprüft sie regelmäßig.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Sie entspricht damit den Vorgaben des § 87 Aktiengesetz (AktG).

Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert. Die Gesamtvergütung besteht aus einer erfolgsunabhängigen und einer erfolgsabhängigen Komponente.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind das Fixum (Grundgehalt), Nebenleistungen sowie Versorgungszusagen. Das Fixum wird in 12 gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Erfolgsabhängige (variable) Vergütungskomponente ist der Jahresbonus.

Der Jahresbonus des Vorstandsvorsitzenden wird durch den Präsidialausschuss des Aufsichtsrats auf Grundlage der Geschäftsentwicklung des Unternehmens nach pflichtgemäßem Ermessen festgelegt.

Die Jahresboni der übrigen Vorstandsmitglieder werden auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen gezahlt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres zu treffenden Zielvereinbarung. Sie setzen sich zu jeweils 50 % aus Unternehmenszielen der Deutschen Postbank AG und aus individuellen Zielen zusammen. Die Höhe richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden.

Die Bonushöhe ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt. Ist der für das Geschäftsjahr festgelegte obere Zielwert realisiert, wird der maximale Jahresbonus gewährt. Im Fall des Vorstandsvorsitzenden liegt die Begrenzung bei der Höhe der fixen jährlichen Vergütung. Im Übrigen ist das Verhältnis des möglichen variablen Vergütungsbestandteils zum fixen Vergütungsbestandteil aus Anreizgründen so bemessen, dass der mögliche variable Vergütungsbestandteil die Höhe des fixen Vergütungsbestandteils übersteigen kann.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats bei außergewöhnlichen Leistungen einen angemessenen Sonderbonus beschließen.

Die Deutsche Postbank AG hat kein Aktienoptionsprogramm aufgelegt und plant dies derzeit auch nicht. Bis 2004 haben Mitglieder des Vorstandes der Deutschen Postbank AG Aktienoptionen der Deutschen Post AG erhalten.

Die aktiven Mitglieder des Vorstands haben im Geschäftsjahr 2007 insgesamt Bezüge in Höhe von 10.529,0 T€ erhalten. Von diesem Gesamtbetrag entfielen 4.469,8 T€ auf erfolgsunabhängige Komponenten (im Vorjahr: 4.489,2 T€) und 6.059,2 T€ auf Boni (im Vorjahr: 6.082,2 T€).

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 189,8 T€ enthalten. Diese Nebenleistungen

bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Einzelheiten ergeben sich in individualisierter Form aus der nachfolgenden Tabelle:

	Fixum	Nebenleistungen	Erfolgsabhängige Vergütung	Summe
	T €	T €	T €	T €
Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender seit 1. Juli 2007) ¹	687,5	45,7	797,7	1.530,9
Prof. Dr. Wulf von Schimmelfmann (Vorsitzender bis 30. Juni 2007)	555,0	14,6	825,0	1.394,6
Dirk Berensmann	500,0	23,9	742,3	1.266,2
Dr. Mario Daberkow	250,0	14,5	339,4	603,9
Henning R. Engmann (Mitglied bis 31. März 2007)	125,0	7,8	200,0	332,8
Stefan Jütte	512,5	14,2	761,1	1.287,8
Guido Lohmann (Mitglied seit 1. Juli 2007)	125,0	9,8	161,5	296,3
Dr. Michael Meyer (Mitglied seit 1. Juli 2007)	175,0	6,9	219,9	401,8
Loukas Rizos	550,0	19,5	1.067,3	1.636,8
Hans-Peter Schmid	400,0	16,5	464,0	880,5
Ralf Stemmer	400,0	16,4	481,0	897,4
Gesamt	4.280,0	189,8	6.059,2	10.529,0

¹ Der ausgewiesene Betrag umfasst die Vorstandstätigkeit im Gesamtjahreszeitraum.

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

IV. Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Im Fall von Herrn Rizos bestehen Ruhegehaltsansprüche darüber hinaus bei mehrheitlicher Übernahme der Gesellschaft durch eine Drittgeseellschaft oder wegen Änderung des vereinbarten Aufgabenbereichs ohne wichtigen, von Herrn Rizos zu vertretenden Grund.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht. Eine Ausnahme hiervon bilden die Vorstandsmitglieder Jütte und Rizos. Herr Rizos hat einen maximalen Versorgungsgrad von 75 %. Der höchstmögliche Versorgungsgrad beträgt bei Herrn Jütte 50 % des versorgungsfähigen Einkommens. Der Vorstandsvorsitzende hat den maximalen Versorgungsgrad von 60 % bereits erreicht.

Die bis zum 28. Februar 2007 erteilten Standard-Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invaldität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre. Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrages durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Berensmann, Dr. Daberkow, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt in den bis zum 28. Februar 2007 erteilten Standard-Versorgungszusagen entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrages des Verbandes öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Am 10. Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Lohmann und Dr. Meyer liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags. Dieser Versorgungsbeitrag wird einem virtuellen Versorgungskonto gut geschrieben und ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst. Derzeit liegt dieser Zinssatz bei 6 %. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p.a.

Die Vorstandsmitglieder Rizos und Dr. Meyer haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

	Pensionszusagen		
	Versorgungsgrad am Ende d. Geschäftsjahres 31.12.2007	Maximal-Versorgungsgrad	Dienstzeit-aufwand für die Pensionsverpflichtung
	%	%	€
Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender seit 1. Juli 2007)	60	60	184.414
Prof. Dr. Wulf von Schimmellmann (Vorsitzender bis 30. Juni 2007) Ruhestand	–	75	1.623.938
Dirk Berensmann	56	60	206.979
Dr. Mario Daberkow	0	60	95.858
Henning R. Engmann (ausgeschieden am 31. März 2007)	–	60	146.386
Stefan Jütte	28,4	50	232.740
Loukas Rizos	66	75	343.715
Hans-Peter Schmid	0	60	303.715
Ralf Stemmer	0	60	79.976

In den Fällen der Herren Schmid, Stemmer und Dr. Daberkow ist die Wartezeit noch nicht erfüllt, so dass zum Ablauf des Geschäftsjahres 2007 noch keine Anwartschaft auf Altersruhegeld aus der Versorgungszusage besteht. Bei Herrn Stemmer greifen vor Ablauf der Wartezeit die Bestimmungen seiner vorhergehenden Versorgung ein.

	Beitragssumme für 2007	Stand des Versorgungskontos am 31.12.2007	Dienstzeit-aufwand für die Pensionsverpflichtung
	€	€	€
Guido Lohmann (seit 1. Juli 2007)	192.109	197.872	55.806
Dr. Michael Meyer (seit 1. Juli 2007)	229.214	236.090	nicht bei Postbank bewertet

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 4,95 Mio €.

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen beläuft sich auf 42,77 Mio €.

Sonstiges

Die Vorstände haben im Geschäftsjahr keine Leistungen Dritter erhalten, die im Hinblick auf die Tätigkeit als Vorstand zugesagt oder gewährt worden sind.

Abgesehen von den aufgeführten Versorgungszusagen sind keinem Vorstandsmitglied weitere Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit zugesagt worden.

V. Aufsichtsratsvergütung

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmalig im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei der Vergütung berücksichtigt.

Die feste Vergütung beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt.

Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 300 € für jeweils 1%, um die der Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2009 den Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2006 übersteigt. Die Vergütung wird nach Ablauf der Hauptversammlung 2010 fällig.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache, sein Stellvertreter das 1,5-Fache der Vergütung. Für den Vorsitzenden eines Aufsichtsratsausschusses erhöht sich die Vergütung jeweils um das 1-Fache, für ein Mitglied eines Aufsichtsratsausschusses jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen. Anfallende Umsatzsteuern auf die Aufsichtsratsvergütung und Auslagen werden erstattet. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufichtsrats oder eines Ausschusses.

Begrenzt wird die Aufsichtsratsvergütung, indem die beiden variablen Vergütungskomponenten jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten dürfen. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt nicht 0,5% des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von 4% der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen, übersteigen. Darüber hinaus darf die Ausschussvergütung nicht das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds übersteigen.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Für das Geschäftsjahr 2007 beträgt die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats 996 T€ (Vorjahr: 963 T€). Die Erhöhung der variablen Vergütung beruht im Wesentlichen auf dem deutlich verbesserten und nachhaltigen positiven Ergebnis des Deutschen Postbank Konzerns.

Die Gesamtvergütung gliedert sich, bezogen auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats, wie folgt:

	Fixe Vergütung	Variable Vergütung*	Summe	Vergütungsanspruch mit langfristiger Anreizwirkung**
	T€	T€	T€	T€
Dr. Klaus Zumwinkel	52,5	55,3	107,8	52,5
Michael Sommer	45,0	47,5	92,5	45,0
Wilfried Anhäuser	12,8	14,3	27,1	12,8
Jörg Amussen	15,0	15,5	30,5	15,0
Marietta Auer	22,5	25,3	47,8	22,5
Rolf Bauermeister	9,7	10,7	20,4	9,7
Rosemarie Bolte	5,3	5,6	10,9	5,3
Wilfried Boysen	15,0	16,0	31,0	15,0
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	33,5	63,5	30,0
Annette Harms	15,0	16,3	31,3	15,0
Dr. Peter Hoch	37,5	41,0	78,5	37,5
Ralf Höhmann	5,3	5,6	10,9	5,3
Elmar Kallfelz	32,7	36,5	69,2	32,7
Prof. Dr. Ralf Krüger	37,5	41,5	79,0	37,5
Harald Kuhlow	6,3	6,8	13,1	6,3
Dr. Hans-Dieter Petram	15,0	15,8	30,8	15,0
Dr. Bernd Pfaffenbach	15,0	15,8	30,8	15,0
Dr. Klaus Schlede	22,5	23,8	46,3	22,5
Elmo von Schorlemer	15,0	16,3	31,3	15,0
Torsten Schulte	12,8	14,1	26,9	12,8
Sabine Schwarz	5,3	5,6	10,9	5,3
Eric Stadler	9,7	10,7	20,4	9,7
Gerd Tausendfreund	22,5	24,5	47,0	22,5
Renate Treis	12,8	14,8	27,6	12,8
Christine Weiler	5,3	5,6	10,9	5,3
Summe	478,0	518,4	996,4	478,0

* inkl. Sitzungsgeld

** Grundlage für die Bewertung des langfristig erfolgsorientierten Vergütungsanspruchs ist die zu bildende Rückstellung.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsrats Tätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 14,5 T€. Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsrats Tätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2007 weniger als 1% der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Bis zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 931 T€ (Vorjahr: 924,7 T€) gewährt. An Vorstandsmitglieder, die in 2007 ausgeschieden sind, wurden keine Kredite vergeben. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

VI. Termingeschäfte

Das Volumen der noch nicht abgewickelten Derivate, die einem Erfüllungsrisiko sowie Währungs-, Zins- und/oder sonstigen Marktpreisrisiken aus offenen und im Fall eines Adressenausfalls auch aus geschlossenen Positionen unterliegen, belief sich zum 31. Dezember 2007 auf 528 Mrd € (Vorjahr: 447 Mrd €).

In der folgenden Tabelle sind die bestehenden Kontrakte im derivativen Geschäft hinsichtlich ihrer Risikostruktur aufgegliedert. Entsprechend den international üblichen Usancen werden die Nominalvolumina ausgewiesen. Bei dem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die

Ermittlung von gegenseitig vereinbarten Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Tabellen auf der Folgeseite erläutern die Angaben nach unterschiedlichen Kriterien. Neben den Angaben zur Laufzeitklasse nach Risikokategorie erfolgte eine Aufteilung nach Kontrahenten. Handelsgeschäfte wurden separat dargestellt.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf der Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

	Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina					
	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Zinsderivate						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	483.655	412.170	5.259	3.299	-5.257	3.558
FRAs	5.895	964	0	0	-2	0
Zinsoptionen						
Käufe (long)	50	0	0	0	0	0
Verkäufe (short)	10	10	0	0	0	0
Caps, Floors	778	405	2	1	-2	1
Sonstige Zinstermingeschäfte	0	0		0		0
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures (Bund, Bobl, Schatz)	9.868	4.066	0	0	0	0
Zinsoptionen (Bund, Bobl, Schatz)	490	7.996	0	1	0	0
Insgesamt	500.746	425.611	5.261	3.301	-5.261	3.559
Währungsrisiken						
OTC-Produkte						
Devisentermingeschäfte/-swaps	22.763	17.573	216	170	-300	140
Zins-Währungsswaps	1.439	1.815	14	4	-244	208
Devisenoptionen						
Käufe (long)	286	490	4	3	-	-
Verkäufe (short)	181	217	0	0	-4	2
Sonstige Währungstermingeschäfte		0		0		0
Börsengehandelte Produkte						
Devisenfutures	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	24.669	20.095	234	177	-548	350
Aktien- und sonstige Preisrisiken						
OTC-Produkte						
Aktientermingeschäfte		0		0		0
Aktien-/Index-Optionen						
Käufe (long)	85	52	8	13	0	0
Verkäufe (short)	82	59	0	0	-9	13
Sonstige Aktien-/Indexkontrakte		-	-	-		-
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Index-Futures	117	5	0	0	0	0
Aktien-/Index-Optionen	259	68	2	1	-1	0
Insgesamt	543	184	10	14	-10	13
Kreditderivate						
Käufe	515	519	2	0	0	3
Verkäufe	1.442	353	4	1	-36	0
Insgesamt	1.957	872	6	1	-36	3
Gesamtbestand	527.915	446.762	5.511	3.493	-5.855	3.925

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

Derivative Geschäfte – Restlaufzeiten								
Nominalwerte in Mio €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Restlaufzeiten								
bis 3 Monate	64.223	88.037	17.896	13.775	328	60	7	0
mehr als 3 Monate								
bis 1 Jahr	51.556	59.702	5.478	4.439	51	53	73	73
mehr als 1 Jahr								
bis 5 Jahre	114.877	96.924	970	1.692	164	71	1.058	780
mehr als 5 Jahre	270.090	180.948	325	189	0	0	819	19
Insgesamt	500.746	425.611	24.669	20.095	543	184	1.957	872

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung						
Nominalwerte in Mio €	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Kontrahenten						
Banken in der OECD	525.862	444.528	5.485	3.472	-5.804	3.889
Banken außerhalb der OECD	0	0	0	0	0	0
Sonstige Kontrahenten	2.053	2.234	26	21	-51	36
Insgesamt	527.915	446.762	5.511	3.493	-5.855	3.925

Derivative Geschäfte – Handelsgeschäfte						
Nominalwerte in Mio €	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Zinskontrakte	457.520	374.485	4.928	2.733	-4.622	2.681
Währungskontrakte	16.055	16.115	174	161	-239	129
Aktienkontrakte	370	80	2	1	-1	0
Kreditderivatekontrakte	0	0	0	0	0	0
Handelsgeschäfte insgesamt	473.945	390.680	5.104	2.895	-4.862	2.810

VII. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

	Beteiligungs- verhältnisse %	31.12.2007 Eigenkapital T€	31.12.2007 Jahresergebnis T€
Anteile an verbundenen Unternehmen			
Betriebs-Center für Banken Processing GmbH, Frankfurt am Main	100,0	-1.216	5.129 ²
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	8.644	-5.609 ²
Betriebs-Center für Banken Verwaltungen GmbH, Frankfurt am Main	100,0	26	-3 ²
BHW Holding AG, Berlin/Hameln	98,4	939.677	-150.203 ²
BHW Bank AG, Hameln	100,0	121.900	228 ²
CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn	100,0	1.000	0 ¹
Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0	5.000	0 ¹
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	-7	-38 ⁴
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	-18	-37 ⁴
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	14	-2 ⁴
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	25	0 ⁴
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0 ⁴
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0 ⁴
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0 ⁴
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	51	1 ⁴
Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg	100,0	737.347	65.961 ²
Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn	100,0	14.800	0 ¹
DSF Deutsche System Finanzplan Gesellschaft für Finanzdienstvermittlung mbH, Hameln	100,0	36	6 ²
DSL Holding AG i.A., Bonn	100,0	55.071	-677 ²
DVD Gesellschaft für DV-gestützte Dienstleistungen mbH & Co. KG, Köln	51,0	2.570	2.175 ²
easyhyp GmbH, Hameln	100,0	25	0 ²
easytrade services GmbH, Leipzig	100,0	25	0 ¹
PB (USA) Holdings Inc., Wilmington, Delaware	100,0	391.174	37.814 ⁴
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	11.546	0 ¹
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	1.100	0 ¹
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	25	0 ¹
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	55	0 ¹
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	15.677	677 ²
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	18.874	0 ¹
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	500	0 ¹
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn	100,0	8.049	5.568 ²
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	51.573	0 ¹
Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln	100,0	25	0 ²
RALOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München	94,0	-1.872	264 ²
VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn	75,0	10.347	1.791 ²
Beteiligungen			
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	-658	-233 ²

¹ Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag

² vorläufiger Jahresabschluss 2007

³ Jahresabschluss zum 31.12.2006

⁴ vorläufiger IAS-Jahresabschluss 2007

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

VIII. Deckungsrechnung

	2007 Mio €	2006 Mio €
Deckung der Pfandbriefe		
deckungspflichtige Pfandbriefe	1.423	1.890
Deckungswerte	2.583	3.023
Überdeckung	1.160	1.133
Deckung der Kommunalschuldverschreibungen		
deckungspflichtige Kommunalschuldverschreibungen	3.943	4.953
Deckungswerte	4.544	5.640
Überdeckung	601	687
Deckung der Namenspapiere – Typ C		
deckungspflichtige Namensschuldverschreibungen	13.307	9.191
Deckungswerte	14.408	11.390
Überdeckung	1.101	2.200
Deckung der Zinsaufwendungen für Pfandbriefe		
Zinsaufwendungen für Pfandbriefe	72	101
Zinserträge aus Deckungswerten	106	160
Überdeckung	34	59
Deckung der Zinsaufwendungen für Kommunalschuldverschreibungen		
Zinsaufwendungen für Kommunalschuldverschreibungen	154	248
Zinserträge aus Deckungswerten	199	271
Überdeckung	45	24
Deckung der Zinsaufwendungen für Namenspapiere Typ C		
Zinsaufwendungen für Namensschuldverschreibungen Typ C	583	395
Zinserträge aus Deckungswerten	656	555
Überdeckung	73	160

IX. Andere Angaben

Nach § 2 Abs. 4 Postumwandlungsgesetz (PostUmWG) trägt der Bund die Gewährleistung für die Erfüllung der zum Zeitpunkt der Eintragung der Deutschen Postbank AG in das Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten.

Für die Spareinlagen endete die Gewährleistung nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Handelsregistereintragung.

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e. V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 285 Abs. 1 Nr. 17 HGB:

Die im Berichtsjahr aufwandswirksam erfassten Honorare für Abschlussprüfer in Höhe von 7,7 Mio € resultieren aus Leistungen im Rahmen der Abschlussprüfung in Höhe von 2,6 Mio €, sonstigen Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen in Höhe von 2,3 Mio € und sonstigen Leistungen in Höhe von 2,8 Mio €.

X. Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat haben gemeinsam am 30. November 2007 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2007 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.

D. Namen der Organmitglieder

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:

Dr. Wolfgang Klein, Bonn
(Vorsitzender seit 1. Juli 2007)

Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann,
Brüssel (Vorsitzender bis 30. Juni 2007)

Dirk Berensmann, Unkel

Dr. Mario Daberkow, Bonn

Henning R. Engmann, Ostelsheim bis 31. März 2007

Stefan Jütte, Bonn

Guido Lohmann, Dülmen seit 1. Juli 2007

Dr. Michael Meyer, Bonn seit 1. Juli 2007

Loukas Rizos, Bonn

Hans-Peter Schmid, Baldham

Ralf Stemmer, Königswinter

**Mandate der Vorstandsmitglieder der Postbank zum
31. Dezember 2007 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:**

Dr. Wolfgang Klein	Vorsitzender seit 1. Juli 2007
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 28. Juni 2007)	BHW Holding AG, Berlin/Hamel
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 27. Juni 2007)	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 28. Juni 2007)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 27. Juni 2007)	
Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Comma Soft AG, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors (seit 1. Juli 2007)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors (seit 1. Juli 2007)	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	
Mitglied des Vorstands (seit 1. Juli 2007)	Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin
Mitglied des Beirats (seit 1. Januar 2007)	Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. September 2007)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. September 2007)	PB Versicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Beirats (bis 30. Juni 2007)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsver- kehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 30. Juni 2007)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 30. Juni 2007)	Deutsche Postbank Vermögens- Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 30. Juni 2007)	VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 21. September 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hamel
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 30. Juni 2007)	V PAY Deutschland, Frankfurt am Main

Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann	Vorsitzender bis 30. Juni 2007
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	maxingvest ag, Hamburg*
Mitglied des Board of Directors	accenture Corp., Irving (Texas, USA)
Mitglied des Board of Directors	Altadis S.A., Madrid (Spanien)

Im Laufe des Zeitraums 1. Januar 2007 bis 30. Juni 2007 aufgegeben Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 26. Juni 2007)	BHW Holding AG, Berlin/Hamel
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 26. Juni 2007)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	PB Versicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Board of Directors (bis 30. Juni 2007)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors (bis 30. Juni 2007)	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Vorstands (bis 30. Juni 2007)	Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin

* vormals TCHIBO Holding AG, Hamburg

Dirk Berensmann	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Vorsitzender des Beirats	einsnull IT-Support GmbH, Köln
Vorsitzender des Board of Directors	Eurogiro Holding A/S, Taastrup (Dänemark)*
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hamel
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Vorstands	e-Finance Lab Universität Frankfurt am Main

* vormals Eurogiro Network A/S

Dr. Mario Daberkow	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2007)	Betriebs-Center für Banken Payments & Services GmbH, München
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 29. Juni 2007)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Beirats	CREDA Objektanlage- und verwal- tungsgesellschaft mbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Beirats (seit 17. Dezember 2007)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungs- verkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Mitglied des Beirats (von 1. Dezember 2007 bis 16. Dezember 2007)	
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hamel
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 11. Oktober 2007)	Betriebs-Center für Banken Payments AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 11. Oktober 2007)	Betriebs-Center für Banken Zahlungsverkehrservice GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 20. November 2007)	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Henning R. Engmann	Mitglied des Vorstands bis 31. März 2007

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	EUWAX AG, Stuttgart
Mitglied des Aufsichtsrats (von 17. März 2007 bis 16. April 2007)	BHW Bank AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 16. März 2007)	
Mitglied des Aufsichtsrats (von 17. März 2007 bis 16. April 2007)	BHW Lebensversicherung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 16. März 2007)	
Mitglied des Aufsichtsrats (von 17. März 2007 bis 16. April 2007)	BHW Pensionskasse AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 16. März 2007)	

Im Laufe des Zeitraums 1. Januar bis 31. März 2007 aufgegeben Mandate

Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 16. März 2007)	Frankfurter Service Kapitalanlage- Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Board of Directors (bis 16. März 2007)	BHW Home Finance Limited, New Delhi (Indien)

Stefan Jütte

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Leasing GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Factoring GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Mitglied des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Aufsichtsrats	BVVG Bodenverwertungs- und verwal- tungsgesellschaft mbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	IVG Institutional Funds GmbH, Wiesbaden*
Mitglied des Beirats	CorpusSireo Immobiliengruppe, Düsseldorf**

* vormals Oppenheim Immobilien-Kapitalanlagegesellschaft mbH, Wiesbaden
** vormals SIREO REAL Estate Asset Management GmbH, Heusenstamm

Guido Lohmann Mitglied des Vorstands seit 1. Juli 2007

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 30. Januar 2008)	BHW Immobilien GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (von 19. Dezember 2007 bis 29. Januar 2008)	
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 7. August 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln

Dr. Michael Meyer Mitglied des Vorstands seit 1. Juli 2007

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bank AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 4. Dezember 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (von 24. September 2007 bis 3. Dezember 2007)	
Präsident des Verwaltungsrats (bis 31.12.2007)	BHW Financial S.r.l., Verona (Italien)
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (seit 4. Juli 2007)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Mitglied des Verwaltungsrats (von 1. Juli 2007 bis 3. Juli 2007)	
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (seit 4. Juli 2007)	Deutsche Postbank Vermögens- Management S.A., Luxemburg
Mitglied des Verwaltungsrats (von 1. Juli 2007 bis 3. Juli 2007)	
Mitglied und Vorsitzender des Beirats (seit 1. Juli 2007)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsver- kehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	PB Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Verwaltungsrats (seit 1. Juli 2007)	VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main

Neues Mandat ab 2008

Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2008)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
---	-----------------------------

Loukas Rizos

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens- Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln

Hans-Peter Schmid

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 7. Mai 2007)	Bayerische Börse AG, München
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 24. September 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. September 2007)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. September 2007)	PB Versicherung AG, Hilden

Ralf Stemmer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 4. Dezember 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (von 24. April 2007 bis 3. Dezember 2007)	
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 29. Juni 2007)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Beirats	einsnull IT-Support GmbH, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Danzas Deutschland Holding GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	DHL Freight GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Der Aufsichtsrat der Postbank setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Klaus Zumwinkel, Vorsitzender des Vorstands Deutsche Post AG, Köln (Vorsitzender)
Jörg Asmussen, Abteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen, Berlin
Wilfried Boysen, Hamburg
Prof. Dr. Edgar Ernst, Unternehmensberater, Bonn
Dr. Peter Hoch, München
Prof. Dr. Ralf Krüger, Unternehmensberater, Kronberg
Dr. Hans-Dieter Petram, Bonn
Dr. Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Wachtberg-Pech
Dr. Klaus Schlede, Carabietta/Lugano
Elmo von Schorlemer, Rechtsanwalt, Aachen

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin (Stellv. Vorsitzender)
Wilfried Anhäuser, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Postbank Filialvertrieb AG, Kerpen seit 10. Mai 2007
Marietta Auer, Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale, Unterhaching
Rolf Bauermeister, Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin seit 10. Mai 2007
Rosemarie Bolte, Landesbezirksfachbereichsleiterin Finanzdienstleistungen Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Stuttgart bis 10. Mai 2007
Annette Harms, Stv. Vorsitzende des Betriebsrats Deutsche Postbank AG, Hamburg
Ralf Höhmann, Vorsitzender des Betriebsrats Postbank Stuttgart, Korntal-Münchingen bis 10. Mai 2007
Elmar Kallfelz, Mitglied des Europäischen Betriebsrats und des Gesamtbetriebsrats Deutsche Post AG, Wachtberg
Harald Kuhlow, Betriebsratsmitglied Deutsche Postbank AG, Weingarten bis 10. Mai 2007
Torsten Schulte, Vorsitzender des Konzernbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Hessisch Oldendorf seit 10. Mai 2007
Sabine Schwarz, Vorsitzende des Betriebsrats Postbank Berlin, Berlin bis 10. Mai 2007
Eric Stadler, Vorsitzender des Betriebsrats Deutsche Postbank AG, Markt Schwaben seit 10. Mai 2007
Gerd Tausendfreund, Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau
Renate Treis, Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Brühl seit 10. Mai 2007
Christine Weiler, Mitarbeiterin Postbank München, Krailing bis 10. Mai 2007

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Postbank zum 31. Dezember 2007 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Klaus Zumwinkel

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	Arcandor, Essen
Mitglied des Board of Directors	Morgan Stanley, Delaware, USA

Jörg Asmussen

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	Euler Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg

Prof. Dr. Edgar Ernst

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Allianz Versicherungs-AG, München

Dr. Peter Hoch

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis Mai 2007)	Giesecke & Devrient GmbH, München

Prof. Dr. Ralf Krüger

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	KMS AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	KMS Asset Management AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	DIAMOS AG, Sulzbach
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn
Mitglied des Beirats	SIREO REAL Estate Asset Management GmbH, Heusenstamm

Dr. Hans-Dieter Petram

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Talanx AG, Hannover
Chairman of the Board of Directors (bis 30. Juni 2007)	Williams Lea Holdings PLC, London
Chairman of the Board of Directors (bis 30. Juni 2007)	Williams Lea Group Limited, London

Dr. Bernd Pfaffenbach

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Lufthansa Cargo AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bahn AG, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 11. Dezember 2007)	KfW IPEX-Bank, Frankfurt am Main

Dr. Klaus Schlede

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Swiss International Airlines AG, Basel, Schweiz

Elmo von Schorlemer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Caruno AG, Köln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Consuno AG, Köln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Schneider Golling Die Assekuranzmakler AG, Düsseldorf
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Finum AG, Essen*
Mitglied des Aufsichtsrats	VHV Allgemeine Versicherung AG, Hannover

* vormals Securess AG Die Versicherungsmakler

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	DGB Rechtsschutz GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Salzgitter AG, Salzgitter
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Wilfried Anhäuser Mitglied des Aufsichtsrats seit 10. Mai 2007

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Annette Harms

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Elmar Kallfelz	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn
Torsten Schulte	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln/Berlin
Gerd Tausendfreund	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 14. März 2007)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Rosemarie Bolte	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (bis September 2007)	Karlsruher Lebensversicherung AG, Karlsruhe
Ralf Höhmann	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche BKK, Wolfsburg
Mitglied des Vorstands	Landesfachbereich Finanzdienstleistungen, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Stuttgart
Mitglied des Vorstands	UKPT, Tübingen
Mitglied des Verwaltungsrats	BKK Bundesverband
Mitglied des Verwaltungsrats	BKK Landesverband Niedersachsen-Bremen

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, den 12. Februar 2008
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



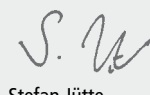
Dr. Wolfgang Klein



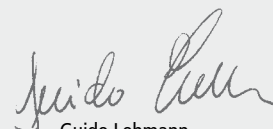
Dirk Berensmann



Dr. Mario Daberkow



Stefan Jütte



Guido Lohmann



Dr. Michael Meyer



Loukas Rizos



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer

I Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Postbank AG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Deutsche Postbank AG. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Deutsche Postbank AG sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Postbank AG. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Deutsche Postbank AG und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 13. Februar 2008

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Burkhard Eckes)
Wirtschaftsprüfer

(Susanne Beurschgens)
Wirtschaftsprüferin

Impressum

Herausgeber
Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations
Telefon: 0228 920 -18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Gestaltung und Satz
EGGERT GROUP, Düsseldorf
Koordination/Redaktion
Postbank
Investor Relations

Dieser Bericht wurde auf
100 %igem Recyclingpapier gedruckt.

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Berichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Berichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

